BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 10 Köln, 25. Oktober 1958 **Preis DM 1,50**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Linus Pauling, „Mit der Bombe kann man nicht leben"* S. 713
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das verlorene Vaterland"* S. 719
- *Dr. Achim von Borries, „Aufrüstung und kein Ende"* S. 729
- *Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg, „Staatsbürgerliches Widerstandsrecht als Pflicht"* S. 735
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Was nun?"* S. 738
- *Peter Tauroggen, „Befehl im Widerstreit?"* S. 740
- *Dr. Hans-Heinz Holz, „Karl Jaspers und die indirekte Apologie der Atombombe"* S. 750
- *Pastor Adolf Schmidt, „Das Wort der Evangelischen Kirche zu den Massenvernichtungsmitteln"* S. 760
- *Senator a. D. Ernst Plate, „Hamburg und Rostock"* S. 765
- *Esther Sophia Hayiron, „Afrikas Kritik am Westen"* S. 768
- *Kurt Hirsch, „Akademische Leibstandarte Hitlers auf bundesdeutschen Hochschulen"* S. 772
- *Rudolf Pikola, „Manöverball und Totentanz"* S. 778
- *Günther Weisenborn, „Besuch in Peking"* S. 780
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 784

Probeexemplar

Prof. Dr. Linus Pauling

Mit der Bombe kann man nicht leben

Atombomben lösen die internationalen Probleme nicht

Wir leben in einer prachtvollen Welt, einer großartigen Welt, einer wunderbaren Welt. Ich liebe diese Welt, und besonders die Menschen. Ich hoffe, daß diese wunderschöne Welt und die Menschen weiter existieren werden, Jahrhundert für Jahrhundert; aber die Gefahr besteht, daß die menschliche Rasse ausstirbt, daß die ganze Welt zerstört wird. Wir sind alle in Gefahr, jedes Land ist in Gefahr, in größerer Gefahr als jemals zuvor in der Geschichte der Welt.

Die Welt verändert sich von Generation zu Generation, und das geschah besonders rasch während der letzten Jahrzehnte durch die Entdeckungen der Wissenschaft. Niemals wieder werden wir die Welt von William Shakespeare, auch nicht die von Franklin Delano Roosevelt haben. Es gab zwei große Sprünge in der Entwicklung der Welt, die größten, die je stattgefunden haben. Der eine fand vor dreizehn Jahren statt, als die erste Atombombe explodierte. Die Natur des Krieges änderte sich, als Bomben über Hiroshima und Nagasaki explodierten, die zwanzigtausendmal die Explosionsenergie von eintonnigen „blockbusters" oder gewöhnlichen Riesensprengbomben enthielten, wie sie vorher benutzt worden waren, mit einer Sprengladung von tausend Kilogramm Trinitrotoluol (TNT), dem stärksten chemischen Sprengstoff, den wir kennen. Jede der beiden ersten Atombomben tötete etwa 100 000 Menschen und verletzte weitere 100 000 schwer. Wir können verstehen, warum Albert Einstein 1946 sagte, daß durch die Entwicklung der Atombomben Kriege unmöglich geworden sind und daß Kriege so arg zerstörerisch geworden seien, daß keine Nation sich erlauben könnte, als ein Mittel zur Lösung von internationalen Problemen je wieder Krieg zu führen. Er sagte: „In der Vergangenheit haben Flintenkugeln einzelne Menschen getötet, nun vernichten Atombomben Städte." Er sagte, daß die Zeit jetzt gekommen sei, wo internationale Probleme durch die Anwendung von gesundem Menschenverstand, durch Gesetze geregelt werden müßten, in einer Weise, die gerecht zu allen Nationen und zu allen Menschen sei und vereinbar mit den Prinzipien der Ethik. Er sagte, daß wir nun gezwungen seien, Kriege aufzugeben und in einer Weise zusammenarbeiten müßten, daß Kriege für immer ausgeschlossen seien. Die Alternative wäre eine Katastrophe für die Welt. Doch was geschah dann?

Dann kam vor nur fünf Jahren der zweite große Sprung, als Wasserstoffbomben, Superbomben entwickelt wurden: Bomben mit eintausendmal so viel Explosionsenergie wie die Hiroshima-Bombe und die Nagasaki-Bombe, Bomben, deren jede den Gegenwert von 20 Millionen Tonnen TNT enthält. 20 Millionen Tonnen!

Das Grauen der H-Bomben

Am 1. März 1954 ließen die Vereinigten Staaten die erste Superbombe explodieren, eine dreistufige Bombe mit einer ersten kleinen Fissionsstufe, vielleicht einige Pfund Uran 235 oder Plutonium 239, die als Auslösung für die zweite Stufe, die Fusion von Lithiumdeuterid, dient. Dann folgt die dritte Stufe, die Fission von vielleicht 1000 Pfund gewöhnlichem Uran 238, verursacht durch Neutronen, die in der zweiten Stufe entstanden sind. Diese Bombe explodierte im millionsten Teil einer Sekunde und produzierte etwa 17 Millionen Tonnen Energie. Der Explosionswert dieser Bombe entspricht dem Sechsfachen von allen Sprengmitteln, die während des ganzen zweiten Weltkrieges verbraucht wurden.

Eine Riesenbombe dieser Art, und es existieren heute Tausende von ihnen in den amerikanischen, russischen und britischen Lagern, könnte, wenn sie über New York zur Explosion gebracht würde, diese Stadt in einem Durchmesser von 20 Meilen vernichten. Sie könnte zehn Millionen Menschen töten. Würde sie über Moskau zur Explosion gebracht, so würde sie diese Weltstadt zerstören und vielleicht acht Millionen Menschen töten. Solch eine Bombenexplosion über London oder Berlin oder Paris oder Chicago würde diese Städte dem Erdboden gleichmachen und die Menschen in ihnen töten. Weiterhin produziert solch eine Bombe eine ungeheure Masse von radioaktiven Stoffen, von denen die meisten innerhalb einer Stunde auf die Erde fallen und weiteren Schaden anrichten würden. Dieser Niederschlag könnte eine Geländefläche von ungefähr 20 000 qkm, zum Beispiel 75 km breit und 300 km lang, überdecken. Die meisten Menschen in

dieser Gegend würden durch den radioaktiven Niederschlag so geschädigt, daß sie früher oder später sterben müßten. Solch eine Bombenexplosion über Essen könnte die meisten Menschen, die in Düsseldorf, Köln und Frankfurt leben, wahrscheinlich auch in Mannheim, durch radioaktiven Niederschlag töten, wenn der Wind in dieser Richtung wehen würde.

Vielleicht sind wir schon in vierzehn Tagen alle tot. Es ist nicht unmöglich, daß nächste Woche ein Atomkrieg plötzlich ausbricht, denn es existieren schon Zehntausende von diesen großen Atombomben in der Welt. Fünfzehn Riesenbomben würden genügen, die sechzig Millionen Menschen im Westen Deutschlands auszulöschen.

Im Falle eines Atomkrieges könnte man erwarten, daß Hunderte dieser Riesenbomben über den Großstädten Amerikas und Europas explodieren würden, jede Bombe mit der sechsfachen Energie von allen Sprengmitteln, die während des zweiten Weltkrieges verbraucht wurden. Ich wiederhole: Jede einzelne Bombe mit sechsmal soviel Explosionsenergie wie alle Bomben zusammen, die während des zweiten Weltkrieges gefallen sind, und wir haben Tausende davon! Eine Analyse, die über die Folgen eines Atombombenkrieges gegen die Vereinigten Staaten gemacht wurde, eines Atomkrieges mittlerer Größe mit nur sechshundert Bomben von durchschnittlich zehn Megatonnen TNT, die über den Städten der Vereinigten Staaten explodiert wären, führte zu der Voraussage, daß 160 Millionen Amerikaner getötet würden durch Bomben, die am ersten Tage explodiert wären. Und wir haben nur 175 Millionen Einwohner!

Im ganzen können wir schätzen, daß während eines Atomkrieges mit ungefähr 2000 Bombenexplosionen etwa eine Milliarde Menschen in der ganzen Welt schnell sterben und die übrigen großen Schaden leiden würden. Ein großer Atomkrieg, der mit zehnmal mehr Atomwaffen ausgefochten würde, das heißt mit allen Riesenbomben, könnte durch Explosionen, durch Feuer und durch radioaktive Schäden die meisten Menschen der Welt töten und vielleicht als Endresultat des radioaktiven Niederschlages zum Ende der menschlichen Rasse führen. Ich möchte jetzt fragen, gibt es ein Problem zwischen Nationen, das genügend bedeutend ist, um eine Milliarde Menschen dafür sterben zu lassen?

Einstellung und Ablehnung der Kernwaffenversuche durch alle Nationen

Ich kann verstehen, was der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten McElroy meinte, als er sagte: „Wir glauben, daß wir einen Atomkrieg überleben können, aber daß es die UdSSR nicht kann." Der Verteidigungsminister sagt, daß er glaubt, im Falle eines Atomkrieges würden alle Menschen in der Sowjetunion vernichtet werden, während vielleicht einige Millionen Amerikaner ihn überleben würden. Kein Deutscher, versteht sich! Und vielleicht gibt es auch in der UdSSR Leute, die das glauben, daß einige Millionen in der Sowjetunion ihn überleben würden. Was für eine Zukunft ist das!

Es gibt heute nur den Weg der Vernunft zur Lösung der Weltprobleme. Jeder Streit zwischen Nationen kann nur durch internationale Verträge, durch die Formulierung eines wirksamen Systems von internationalem Recht gelöst werden. Die Zeit ist jetzt da, daß jedermann seinen gesunden Menschenverstand benutzen muß, um der Vernichtung zu entrinnen. Zum erstenmal in der Geschichte der Welt besteht die Möglichkeit, daß ein diplomatischer Vertreter einer Nation ein ethischer Mensch sein kann. In der Vergangenheit war es den Nationen möglich, für sich Nutzen aus dem Schaden zu ziehen, den sie ihrem Nachbarn durch Krieg antaten. Dies ist nicht mehr möglich. Heute bedeutet Krieg Vernichtung jeder Nation, aller Menschen! Der erste internationale Vertrag, über den verhandelt

werden sollte, betrifft die Einstellung aller Atombombenversuche. Es genügt nicht, daß die USA, die UdSSR und Großbritannien sich verständigen, nach dem 31. Oktober 1958 keine Atomwaffenversuche mehr auszuführen. Andere Nationen müssen diesem Vertrag beitreten, alle Nationen der Welt.

Unverantwortliche Menschenopfer durch die Testversuche

Für viele Jahre habe ich versucht, soviel Informationen wie möglich über die Folgen von Atombombenversuchen zu erhalten. Der weltweite radioaktive Niederschlag von Strontium 90, Cäsium 137, Kohlenstoff 14 verursacht Gesundheitsschäden der Menschen der ganzen Welt. Dieser Niederschlag schädigt das gemeinsame Erbgut des Menschen in einer Weise, daß die Zahl der unterentwickelten Kinder, die in der Zukunft geboren werden, sich sehr vergrößert. Die Schätzung, die ich über diese Schäden angestellt habe, ist, daß jährlich 15 000 Menschen, die heute leben, wahrscheinlich an Leukämie, Knochenkrebs und anderen Krankheiten als Resultat des radioaktiven Materials, das in jedem Jahr durch Atomwaffenteste verbreitet wird, sterben werden und daß fünfzehntausend zukünftige Kinder mit krassen körperlichen und geistigen Schäden als Resultat von Mutationen durch diese radioaktiven Stoffe geboren werden. Meine Schätzung stimmt im wesentlichen mit der vom „Komitee der Vereinten Nationen über Strahlungsschäden" überein. Ein einziger Bombentest mit einer Fünfzehn- oder Zwanzig-Megatonnen-Bombe, das heißt einer Bombe, wie sie in den Lagern gestapelt sind, entspricht einem Jahresäquivalent von Atombombenversuchen der üblichen Art. Solche großen Versuche sind bisher vielleicht ein halbes Dutzend durchgeführt worden. Ein Staatsoberhaupt aber, das heute den Befehl zur Explosion einer großen Bombe gibt, muß wissen, daß er dabei 15 000 ungeborene Kinder opfert. Albert Schweitzer hat gesagt, daß ein Menschenfreund ein Mann ist, der keinen Menschen für ein Vorhaben opfert. Ich glaube, daß kein Mensch für ein Vorhaben geopfert werden soll, und besonders nicht für das Unternehmen einer kleinen Verbesserung dieser furchtbaren Waffen, die jetzt schon hundert Millionen Menschen töten können.

Wie sichern wir unsere Zukunft?

Wir müssen einen wirksamen, internationalen Vertrag haben, der alle Nationen bindet, auch China, das ein Mitglied der Vereinten Nationen sein sollte, einen Vertrag, die Bombenversuche einzustellen, so daß die Anhäufung von Atomwaffen, die die Gefahr eines zufälligen Ausbruchs eines großen Weltkrieges vergrößert, verhindert wird. Die tatsächliche Gefahr besteht, daß ein alles vernichtender Atomkrieg ausbrechen könnte, daß die Welt zerstört würde, daß wir und unsere Mitmenschen in der ganzen Welt getötet würden. Ein solcher Krieg könnte durch Zufall ausgelöst werden. Wir müssen deshalb internationale Verträge haben, Vorschriften, die die Möglichkeit eines zufälligen Krieges ausdrücklich verhindern.

Ich selbst bin froh, daß es unmöglich ist, alle Atomwaffen abzuschaffen und zu konventionellen Waffen zurückzukehren. Es ist wirklich kein Weg vorhanden, der uns die Garantie gibt, daß alle Lager von Atomwaffen vernichtet werden, kein Weg, durch den man die heute existierenden Atomwaffen sicher aufspüren kann. Auf jeden Fall wäre ich nicht gewillt, diese Lager von Atomwaffen zu zerstören und zur konventionellen Art der Kriegsführung zurückzukehren mit schweren Sprengbomben, den „blockbusters", die gewöhnlichen molekularen Sprengstoff enthalten. Ich wäre nicht gewillt, einen dritten Weltkrieg, in dem hundert Millionen Menschen durch diese konventionellen Explosionsmittel getötet werden,

mit anzusehen, und dann einen vierten Weltkrieg, in dem zweihundert Millionen Menschen getötet werden usw. Auf jeden Fall, sowie ein großer Krieg ausbrechen würde, so würden die streitenden Nationen bald fähig sein, wieder Atomwaffen herzustellen und die Welt zu vernichten.

Der Krieg hat heute auf der Erde seine Rolle ausgespielt. Wir treten nun in eine Periode des Friedens ein. Ich bin überzeugt, ganz überzeugt davon. Ich bin Optimist, und ich bin ganz sicher, daß wir Frieden haben werden, keinen Krieg, aber wir müssen dafür arbeiten. Es sind große Probleme anzufassen. In der Vergangenheit wurden Streitigkeiten zwischen Nationen durch Kriege entschieden, oft sogar auf der Seite der Gerechtigkeit, wenn Kraft und Recht zufällig übereinstimmten. Heute würden, wenn Kriege stattfänden, diese Probleme unentschieden bleiben. Wie soll man die Probleme also lösen?

Die Universität des Friedens

Ich schlage vor, daß diese Probleme, genau wie andere Probleme der modernen Welt, durch Forschung gelöst werden. Alle großen Gesellschaften, die pharmazeutische Industrie, die elektrische Industrie, haben ihre großen Forschungslaboratorien, wo Tausende von Forschern an der Lösung der Probleme arbeiten, die wichtig für die moderne Welt sind. Die Wehrmacht jedes großen Staates unterhält Tausende von Wissenschaftlern, Zehntausende von Forschern und anderen Fachleuten, die Forschungen über die besten Methoden der Kriegsführung betreiben, des Tötens von Menschen, der Zerstörung von Eigentum. Und nichts wird getan für die Friedens-Forschung, zur Erforschung der Gesetze und Grundlagen eines wirklichen und dauerhaften Friedens zwischen den Völkern. Ich schlage vor, daß durch die Vereinten Nationen eine große Forschungsorganisation errichtet wird, die „Weltfriedensforschungsorganisation" genannt werden könnte. Sie würde einer großen Universität gleichen oder einem großen Forschungsinstitut, in dem Tausende von Wissenschaftlern, Volkswirtschaftlern, Geographen, Fachleuten in internationalen Angelegenheiten, Historikern und Spezialisten aller Art arbeiten würden. Jahrein, jahraus würden sie sich mit dem Problem beschäftigen, der Welt den Frieden zu erhalten und Wege zu finden, die die Probleme des Friedens lösen. Eines dieser Probleme ist zum Beispiel das Bevölkerungsproblem. Die Bevölkerung der Welt wächst schnell, im Jahr ungefähr zwei Prozent. Das heißt, in fünfzehn Jahren würden es fünf Milliarden Menschen insgesamt sein. Können wir erlauben, daß die Bevölkerung der Welt zunimmt, bis Hunderte von Millionen am Hungertod sterben, wenn es unmöglich ist, soviel Nahrungsmittel zu produzieren, um alle zu ernähren? Es gibt viele solcher Probleme, die eine Lösung brauchen. Ich meine, wir müssen eine solche Forschungsorganisation für den Frieden haben, an Stelle der kostspieligen und gefährlichen Forschungsorganisationen für den Krieg. Auch wenn diese Forschungsorganisation im Jahr eine Milliarde Dollar kostet, so wäre das nur ein Promille von der Summe, die jedes Jahr für Waffenrüstung ausgegeben wird. Ich bin Optimist, und auch Realist. Ich wohne nicht in einem Elfenbeinturm, aber ich glaube, daß Diplomaten heute noch dort wohnen. Ich glaube, daß wir glücklicherweise in der Epoche der Weltgeschichte leben, wo das Zeitalter der Kriege seinem Ende entgegengeht. In der Vergangenheit gab es Kriege, große Kriege, mit den begleitenden menschlichen Leiden und elendem Tod. In der Zukunft darf es nie wieder Kriege geben. Es ist jetzt die Zeit gekommen, wo Realismus und Egoismus mit der Ethik zusammenarbeiten müssen. Es ist nun für ganze Nationen nötig, ethisch zu werden, genau wie einzelne Menschen in der Vergangenheit ethisch waren. Die ethischen Prinzipien, die das Verhalten der einzelnen Menschen beherrschen, müssen nun auf die Nationen angewendet werden. Ich glaube, daß das Gebot:

„Du sollst nicht töten" nicht heißt: „Du sollst nicht töten, abgesehen von Hunderten von Millionen" oder: „Du sollst nicht töten, außer, wenn Saatsoberhäupter sagen, daß es richtig sei." Ich glaube, daß dieses Gebot einfach heißt, daß Du nicht töten sollst.

Nie wieder Krieg!

Die Welt hat sich sehr schnell verändert, vielleicht zu rasch für Staatsmänner und Diplomaten, und beinahe auch zu schnell für mich. Ich kann kaum glauben, daß es nur fünf Jahre seit diesem zweiten großen Sprung her ist, seitdem die Bomben tausendmal so groß geworden sind wie die Hiroshima- und Nagasaki-Bomben. Die Staatsmänner und Diplomaten scheinen noch in der Welt des neunzehnten Jahrhunderts zu leben, in der Welt von Großmacht-Politik. Sie müssen jetzt anerkennen, jedermann muß anerkennen, daß die großen Waffen, die die Welt vernichten und den Tod der Menschheit verursachen können, nicht benutzt werden dürfen. Durch die Existenz dieser furchtbaren Waffen sind wir gezwungen, zusammen in dieser Welt zu leben, auch mit den Russen, und unsere Probleme in einer Weise zu lösen, die Gerechtigkeit für alle Nationen und alle Menschen bringt. Es liegt an uns, daß wir nun mit einer Periode des Weltfriedens beginnen, mit einer Periode, in der der gesunde Menschenverstand dominiert. Ich bin sicher, wir können jetzt anfangen, die Last der Aufrüstung durch internationale Verträge zu verringern und die natürlichen Hilfsquellen in der Welt und in jedem Land zum Nutzen der Menschen zu verwenden. Ich möchte hier den amerikanischen Wissenschaftler und Staatsmann Benjamin Franklin zitieren, der in einem Brief an den englischen Wissenschaftler und Minister Joseph Priestley vor hundertachtzig Jahren sagte: „Der schnelle Fortschritt, den die Wissenschaft jetzt macht, veranlaßt mich zu bedauern, daß ich so früh geboren wurde. Es ist unmöglich, sich vorzustellen, zu welcher Höhe die Herrschaft des Menschen über die Materie in tausend Jahren gelangen wird. O, daß doch die sittliche Wissenschaft auf einem so guten Weg des Fortschritts wäre, daß die Menschen aufhören würden, sich wie Wölfe gegeneinander zu benehmen, und daß die Menschen endlich lernen würden, wirklich menschlich zu sein."

Was müssen wir jetzt tun? Es ist wahnsinnig, die Welt durch einen Atomkrieg zu vernichten. Wir müssen also die Möglichkeit eines Atomkrieges ganz und gar fallen lassen. Beschränkte Kriege sind unmöglich, die Natur des Krieges sorgt dafür, daß sich jeder Krieg ausbreitet. Und . . . mit der Bombe kann man nicht leben! Es darf also keinen Krieg mehr geben. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um die Gefahr eines Ausbruches des Krieges zu verringern. Wenn Frankreich, Deutschland, Nord- und Süd-Korea, Ägypten, China und Formosa in den Besitz von Atomwaffen kommen, würde ein Atomchaos entstehen, und die Kriegsgefahr würde viel größer werden. Wir müssen internationale Verträge schließen, die Struktur des Völkerrechts stärken. Jetzt müssen wir alle, Wissenschaftler und Politiker und alle Menschen, mit ganzer Kraft daran arbeiten, daß es nie wieder Krieg gibt.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das verlorene Vaterland

Das Berliner Schauspiel

Wenn man Bonner Versicherungen glauben soll, dann ist die Deutsche Frage zum Thema Nummer eins der deutschen Politik geworden. Wir nehmen das nicht ohne Überraschung zur Kenntnis. Gestern hieß es noch, daß alle außenpolitischen Fragen unserer Sicherheit untergeordnet wären, gestern hieß unser Glaubensbekenntnis noch Nato und unser Zauberwort Atombombe. Inzwischen vernahmen wir von höchster Stelle, daß für die nächsten zehn oder zwanzig Jahre nicht mit einer Störung des Weltfriedens zu rechnen sei und daß Herr Chruschtschow nicht an Krieg, sondern an die Wohlfahrt seines Volkes denke. Hat der Ferienwind an südlichen Gestaden das Eis des Kalten Krieges endlich zum Schmelzen gebracht? Ist unter der Eisdecke endlich wieder das gesamtdeutsche Herz zum Vorschein gekommen? Zyniker werden freilich behaupten, daß der Klimawechsel besondere Gründe hat. Hat nicht inzwischen das Prestige der Vereinigten Staaten als Weltmacht und Weltschiedsrichter einen schweren Stoß bekommen? Ist nicht inzwischen der außenpolitische Bankrott des Herrn Dulles in schärfsten Beschuß der Opposition geraten? In der Tat, die Karte des Kalten Krieges sticht nicht mehr, und in den Gesprächen der westeuropäischen Regierungschefs hat schwerlich ein amerikanischer Wind geweht. Wie dem auch sei, der Außenseiter darf erstaunt sein, warum das deutsche Problem auf einmal so kräftig „hoch gespielt" worden ist.

Sehen wir freilich näher zu, so stellen wir fest, daß von einer grundsätzlichen Wendung oder Neuorientierung in der Deutschen Frage keine Rede ist. Genau genommen, geht es nicht um die Deutsche Frage, sondern nur um das Flüchtlingsproblem. Wochenlang bestritt es die Schlagzeilen der deutschen Presse, es war Gegenstand interfraktioneller Beratungen der Parteien und Thema der Berliner Bundestagssitzung. Auch darüber dürfen wir erstaunt sein, denn diese Flüchtlingsnot besteht schon seit Jahren, ohne daß Presse, Parteien und Regierung deswegen den nationalen Notstand proklamiert hätten. Damals wurde dieser Jammer, der manchem von uns schlaflose Nächte bereitete, weithin mit einem müden Achselzucken quittiert, und die Bundesbürger fuhren gelassen fort, die Früchte ihres Wirtschaftswunders zu pflücken. Nun auf einmal appelliert Bonn „an die Welt", im Namen der Menschenrechte. Aber es fordert beileibe nicht die politische Lösung der Deutschen Frage, sondern die Intervention des Weltgewissens zugunsten der Flüchtlinge. Es wurde eine „Dokumentation des Unrechts" vorgetragen, die dem Kenner nichts Neues sagt, von der man sich aber gewisse Wirkungen nach außen und innen erhoffte.

Verspricht der humanitäre Appell einen Erfolg nach draußen? Dazu fehlt vorläufig die innere Glaubwürdigkeit eines Volkes, in dessen Namen die größten Verbrechen der Weltgeschichte verübt wurden. Dazu fehlt die innere Glaubwürdigkeit einer Regierung, die bis heute konsequent ihre „Politik der Stärke" verfolgt und die Ausrüstung ihrer Wehrmacht mit den unmenschlichsten Vernichtungswaffen aller Zeiten durchsetzte. Dazu fehlt die Glaubwürdigkeit eines Staates, der so negative Beweise einer echten nationalen Verbundenheit erbracht hat. Ein Separatstaat, der eine Separatwehrmacht aufbaut und die Möglichkeit eines Bürgerkrieges in seine konventionellen und atomaren Berechnungen einsetzt, darf nicht damit rechnen, daß der Heimatverlust von ein paar hunderttausend Menschen ein echtes Weltecho auslöst, zudem in einer Welt, die durch die Atom-

rüstung stündlich mit der totalen Ausrottung bedroht ist, in der die Appelle eines Albert Schweitzer, eines Nehru, eines Lord Russell von Hohn und Rüstungslärm übertönt werden, in der die geheiligten Grundgesetze des Völkerrechts von großen Mächten mit Füßen getreten werden. So blieb es bei einigen höflichen Versicherungen befreundeter Minister und Blätter, und die so zurückhaltende Londoner „Times" quittierte die Berliner Deklamation des Bundestages mit dem Zitat, der Bundestag habe einen Kranz am Grabe der deutschen Einheit niedergelegt. Dieses Gefühl ist auch bei uns anzutreffen.

Die Meinungsverschiedenheiten in der Deutschen Frage gehen quer durch alle Parteien; sie würden vor der Öffentlichkeit deutlicher sein, wenn nicht der leidige Franktionszwang die Lippen verschlösse. Anstatt allein der Stimme ihres Gewissens zu folgen und ihre Überzeugung offen kundzutun, haben sich die Skeptiker aller Parteien in der Berliner Bundestagssitzung wieder einmal in die Einheitsfront eingereiht, mit der man auf das Volk und die Welt Eindruck zu machen versucht hat. Natürlich trifft dieser Vorwurf vor allem jene Sprecher der Opposition, die in der Deutschen Frage eine echte politische Konzeption besitzen. Er trifft Herrn Wehner, der sich als Sprecher seiner Partei damit abquälte, seine durchaus undogmatischen Auffassungen in der Deutschen Frage hinter wohlwollenden Deklamationen zu verbergen, um sich dann zum Dank vom Bundeskanzler sagen zu lassen, daß er die Sprache der SED spreche. Von Carlo Schmid sind wir es gewohnt, daß er gern um des lieben Friedens willen gute Miene zum bösen Spiel macht. Und doch hätte gerade er einen sehr persönlichen Beitrag zum Ursprung der deutschen Spaltung leisten können. Schließlich ist er im Parlamentarischen Rat nicht müde geworden, vor unwiderruflichen Schritten zu warnen, hat er manchen schlimmen Anschlag auf die deutsche Einheit durch sein Eingreifen verhindert. Wie er es damals voraussagte, ist auf die Gründung des „provisorischen Staatsfragments" die Gegengründung eines zweiten Provisoriums prompt gefolgt; die „normative Kraft des Faktischen" hat zu einer wachsenden Perfektionierung dieser Separatgebilde und zu einer immer stärkeren Entfremdung zwischen den Staaten und Systemen geführt. Es wurde zwar keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz konzipiert, aber dafür besitzen wir heute ein Verfassungsschutzamt und ein Verfassungsschutzgericht, das Abweichungen vom westdeutschen Staatsprovisorium als Landes- und Hochverrat aburteilt. Wissen diese Leute nicht, daß sie sich damit heute noch zu Befehlsträgern der westlichen Besatzungsmächte machen?

Wer hat die Spaltung verschuldet?

Es gilt in Bonner Führungskreisen als unfein, an die Vorgeschichte der Spaltung zu erinnern. Man kennt sie, aber man spricht nicht darüber, weil man seine innen- und außenpolitischen Freunde — in manchen Fällen auch sich selbst — nicht gern belasten möchte. Das Volk hat an diese Vorgänge, wenn überhaupt, nur noch eine schwache Erinnerung. Zum zehnten Jahrestag dieser Ereignisse sollten es Presse und Rundfunk als ihre publizistische Pflicht betrachten, die Zusammenhänge an Hand der Dokumente ausführlich und objektiv darzustellen. Nur die Unwissenheit über die wirklichen Zusammenhänge hat es möglich gemacht, daß sich wahrheitswidrige Legenden breit machen und daß die Propaganda es sich leisten kann, den Sowjets und den Ulbrichtleuten die alleinige Schuld an der deutschen Spaltung zuzuschieben. Das ist auch eine Dolchstoßlegende, der man nicht früh genug entgegentreten kann. Das Studium der Dokumente beweist einwandfrei, daß die deutsche Spaltung primär ein Werk der Westmächte, vor allem der Amerikaner ist, während die Sowjets aus was immer für Beweggründen konsequent an den Potsdamer Beschlüssen

von 1945 festgehalten haben: Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, baldiger Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland, Abzug aller Besatzungstruppen. Es mag glaubhaft sein, daß die Sowjets darauf gehofft haben, ein wiederhergestelltes Deutschland politisch und vielleicht sogar ideologisch auf ihre Seite zu ziehen. Es wäre Sache einer weitsichtigen deutschen Führung gewesen, dem neuen Staat eine echte Zwischenstellung zwischen den Machtblöcken zu sichern, so wie dies unter gleichfalls schwierigen Umständen u. a. Indien, Jugoslawien, Österreich, Finnland verstanden haben. Daß dieser Versuch nicht unternommen wurde, daß sich die westdeutschen Länder dem Diktat der Amerikaner gebeugt und Sicherheit und Wohlstand mit der nationalen Einheit erkauft haben, ist die tiefere Wurzel der Not jener Millionen von Menschen, die man mit der Gründung der Bundesrepublik in das Ghetto ihres Zonendaseins gestoßen hat. Wenn man sich aber damals zu schwach fühlte, um den dritten Weg zu gehen, so hätte mindestens der Gewissensvorbehalt nicht fehlen dürfen, wie er während der deutschen Besatzung für einen Marschall Pétain oder einen König von Belgien das Gesetz des Handelns war. Es hätte viele Wege gegeben, um dem Volk diese Zwangslage und dies Provisorium deutlich zu machen.

Stattdessen wurde das Volk mit Ersatzidealen abgespeist, mit der Fata Morgana eines christlichen Abendlandes, eines kleineuropäischen Staatswesens, mit der Legende von dem Edelmut der herrlichen Amerikaner, der „Führer der Menschheit und Schirmherren aller menschlichen Ideale", wie sie Herr Adenauer im Washingtoner Kongreß gefeiert hat. Das nicht zu ertötende Streben nach der deutschen Wiedervereinigung wurde in das Prokrustesbett der Illusionen und Fiktionen gezwängt, in dem es langsam verdorren mußte.

Fiktionen statt Realitäten

Da in der Koblenzer Straße nicht die Politiker, sondern die „Kronjuristen" den Ton angeben, nahmen diese Fiktionen zunächst die Form von scheinjuristischen Dogmen an, deren unheilvolle Wirkung bis heute zu spüren ist. Eine dieser Fiktionen proklamierte die Rechtspflicht der Besatzungsmächte auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Jeder Laie kann diese Fiktion an Hand der Dokumente entlarven. Die Franzosen, die in Potsdam nicht vertreten waren, haben eine solche Rechtspflicht niemals vertraglich anerkannt. Aus den amerikanischen Dokumenten wissen wir, daß die Washingtoner Regierung im Rahmen ihrer antikommunistischen Einkreisungspolitik schon 1945 ein Dreizonenregime in Deutschland plante. Fast zur gleichen Zeit setzte sich Adenauer öffentlich für den Zusammenschluß der drei Zonen ein. Ende 1947 erhielt Amerikas Statthalter in Deutschland, General Lucius Clay, die Weisung, die Errichtung einer trizonalen Regierung vorzubereiten. Clay hat prompte Arbeit geleistet. Bereits ein Jahr später wurde der neue Separatstaat aus der Taufe gehoben, und Clay erzählt mit begrüßenswerter Offenheit, mit welchen Mitteln die deutschen Beauftragten zur Erfüllung seiner Weisungen angehalten wurden. Die Gründung des Separatstaates geschah unter Nichtachtung der Potsdamer Beschlüsse und gegen die wiederholten Moskauer Proteste und Warnungen.

Auf welche Rechtsansprüche kann sich die Bundesrepublik demnach heute noch berufen? Das Deutsche Reich hat 1945 zu bestehen aufgehört, — sogar die Karlsruher Richter haben diesen Tatbestand anerkannt — und keine der beiden Teilregierungen kann im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen. Eine gesamtdeutsche Willenskundgebung ist aber bisher nicht erfolgt. Im März 1948 wurde das Volksbegehren über die deutsche Einheit in den drei Westzonen

verboten, auf spätere Moskauer Vorschläge für freie gesamtdeutsche Wahlen ist die Gegenseite nicht eingegangen. Wie will man aber heute nach zehn Jahren durch ein alliiertes Diktat jene Kluft überwinden, an deren Vertiefung auf beiden Seiten mit fast herostratischem Eifer gearbeitet worden ist? Ein solcher Eingriff wäre nicht nur praktisch unrealisierbar, er widerspräche auch dem Grundgesetz der Nichteinmischung und Integrität, nachdem beide Staaten zu international anerkannten Rechtspersönlichkeiten geworden sind. Wer den Sowjets zumutet, daß sie das von ihnen geschaffene, völkerrechtlich anerkannte und politisch-militärisch gestützte Regime der DDR einfach fallen lassen, der muß das gleiche für zumutbar halten gegenüber dem von den Amerikanern geschaffenen, völkerrechtlich anerkannten und politisch-militärisch gestützten Regime der Bundesrepublik. Die Sowjets handelten also rechtlich einwandfrei, wenn sie sich zu Verhandlungen über den Friedensvertrag bereiterklärt haben, aber die entscheidenden Schritte zur Wiedervereinigung den beiden deutschen Staaten überlassen.

Die Aufrechterhaltung der Fiktion von der „Sowjetzone" bedeutet eine Irreführung der Öffentlichkeit. Zur völkerrechtlichen Existenz eines Staates gehören vier Kriterien: Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsregierung. Von diesen vier Eigenschaften kann nur die erste bestritten werden, aber das gilt in gleicher Weise für die Bundesrepublik. Heute ist die DDR von 15 Ländern als Staatswesen anerkannt, sie steht mit zahlreichen weiteren Staaten in vertraglichen und faktischen Beziehungen, darunter auch der Bundesrepublik. Auf welchem Wege ein Staatswesen begründet und ob es demokratisch legitimiert wurde, ist völkerrechtlich unerheblich. An angelsächsischen Maßstäben gemessen, sind die meisten Länder der Welt keine echten Demokratien, darunter alte Kulturstaaten wie Spanien, Portugal und die Türkei. Selbst die Fünfte französische Republik verdankt ihre Existenz einer Militärrevolte und einem bloßen Massenplebiszit. Wer sich darauf beruft, daß die Verfassung der DDR nicht durch freie Wahlen bestätigt wurde, sollte nicht vergessen, daß auch das Grundgesetz den Bundesbürgern niemals zur Entscheidung vorgelegt wurde. Daß in der Trizone zweieinhalbmal mehr Menschen leben als in der Sowjetzone, mag machtpolitisch wichtig sein, rechtlich ist es bedeutungslos.

Wer leidet unter der Spaltung?

Naturgemäß kann man eine innerstaatliche Konfliktsituation nicht rein rechtspositivistisch betrachten. Sehen wir aber das Verhältnis der Deutschen beiderseits der Grenzen unter menschlichen Wertmaßstäben, so schneiden wir Deutschen in der Bundesrepublik nicht gut ab. Die Mitverantwortung — nicht Mitschuld! — für den Hitlerkrieg und für die Folgen des totalen Zusammenbruchs sollten alle Deutschen gemeinsam tragen, aber die tatsächlichen Kriegslasten wurden sehr ungleich verteilt. Die Westdeutschen haben sich weitgehend dem Regime des Hungers, der Demontage, der Reparationen, der territorialen Amputationen entzogen, indem sie sich in eine vom Westen angebotene Eigenstaatlichkeit flüchteten. Die Deutschen drüben aber haben viele Jahre in der Verelendung vegetiert und mit ihrer Hände Arbeit jene Reparationen aufgebracht, welche die Sowjet-Union nach altem Kriegsbrauch als Teilwiedergutmachung für die ungeheuren Kriegszerstörungen forderte. Weit über 40 Milliarden Mark an Reparationen hat das verarmte, schwer kriegszerstörte Gebiet der DDR aus Demontagen und laufender Produktion aufbringen müssen, während Westdeutschland ohne laufende Reparationen und mit hohen Marshall-Plan-Krediten schnell zur wirtschaftlichen Gesundung, ja zu einer beispiellosen Blüte gelangte. Wer sich der politischen Werbewirkung der wirtschaftlichen Konjunktur erin-

nert, die Hitler nach einer schweren Wirtschaftskrise dem deutschen Volk bescherte, der wundert sich nicht, daß auch die westdeutsche Nachkriegskonjunktur dem Bonner Regime Millionen von Anhängern zuführte, während das DDR-Regime den gequälten, ausgebeuteten deutschen Landsleuten drüben als Sklavenhalter verhaßt werden mußte. Nicht in hochmütiger Selbstgerechtigkeit sollten also die Bundesbürger auf ihre armen Verwandten herabblicken, sondern deren stellvertretende Not müßte ihnen die Röte der Scham in die Wangen treiben. Verachtung verdient, wer seinen hungernden Bruder von der Tür weist und ihn obendrein noch verhöhnt, nicht wer schäbig und heimatlos im Niemandsland des verlorenen Vaterlandes vegetiert.

Wie steht es mit den politischen Führern unserer provisorischen Bundesrepublik?

Wir wissen es, und die bekanntgewordenen Dokumente und Protokolle beweisen es, daß die Mehrzahl der Mitschöpfer des westdeutschen Separatstaates das Beste gewollt und der Staatsgründung nicht leichtfertig zugestimmt haben. Damals hing über den drei Zonen das Damoklesschwert des Morgenthauplanes, und es waren vor allem die amerikanischen Generale, die den Hunger, die Demontage, die Drohung mit territorialer Amputation planmäßig als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Absichten einsetzten. Unter diesem Druck standen die deutschen Minister und Abgeordneten, die bei den alliierten Befehlsempfängen versammelt waren, die im Sommer 1948 in Frankfurt und auf dem Rittersturz die Weisungen des Generals Clays entgegennahmen und die dann in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat in Bonn befehlsgemäß eine „Verfassung" ausarbeiten mußten. Ob sie alle Möglichkeiten genutzt haben, um das Verhängnis der Spaltung und ihrer Fernwirkungen wenigstens zu mildern, das wird unparteiische, historische Forschung einmal zu beantworten haben. Um so schwerer fällt die Schuld an der deutschen Spaltung in allen den Fällen auf deutsche Schultern, wo Ermessen und Entscheidung in deutscher Hand lagen und wo weststaatlicher Egoismus oder persönliches Machtstreben über die gesamtdeutsche Verantwortung siegten. Mitschuldig an der Spaltung sind alle jene, die einseitig und planmäßig „abendländische" Ziele verfolgt und durch ideologische, wirtschaftliche, politische Integration mit dem „freien Westen" die Kluft gegen das andere Deutschland ständig vertieft haben. Am schwersten aber lastet diese historische Schuld auf denen, die bei diplomatischen Verhandlungen und internationalen Konferenzen planmäßig die östlichen Vorschläge für gesamtdeutsche Wahlen, für Friedensvertrag und militärische Räumung sabotiert haben. Daß ein ständig wachsender Teil der Bevölkerung, betäubt von Wohlstand und hämmernder antikommunistischer Propaganda, diesen Akten nationaler Selbstentmannung ihre formale Zustimmung gab, kann die persönliche und sachliche Schuld schwerlich herabmindern. Die Erinnerung an diese Vorgänge warf ihren riesengroßen Schatten auf das makabre Schauspiel deutscher Einheit, das in diesem Herbst unter den Augen der leidgeprüften Bevölkerung Berlins abrollte.

Wie steht es mit den Machthabern in Ost-Berlin?

Auch sie haben sich nur insoweit schuldig gemacht, als sie nicht in Ausführung von Moskauer Weisungen gehandelt haben, und es ist schwer zu entscheiden, wer unter ihnen sich etwa den Namen eines Quisling verdient hat. Auch die Sozialisierung als solche kann nicht unbedingt als Schlag gegen die deutsche Einheit gelten, denn sie war in allen vier Zonen geplant und vorbereitet worden, verfiel aber im Westen dem Verbot der Besatzungsmächte. Nicht die Sozialisierung als solche, sondern ihr Ausmaß und ihre ideologische Begründung haben

die Spaltung verhängnisvoll vertieft. Nicht der Wortlaut der Verfassung hat die Einheit zerstört, sondern ihre politische Wirklichkeit. Das totalitäre System, das 12 Jahre lang auf ganz Deutschland gelastet hat, lebte in vielen seiner Erscheinungen unter roten Vorzeichen östlich der Zonengrenze fort, es hat die geistige und wirtschaftliche Spaltung zwischen den beiden Deutschland, aber auch zwischen Regierung und Volk der DDR vertieft. Wir müssen das bedauern und verurteilen. Immerhin ist es seltsam, daß das SED-Regime gerade von denen am heftigsten verurteilt wird, die damals am gläubigsten dem Totalitarismus anhingen. Fest steht, daß es nicht die Deutschen selber waren, die sich in Freiheit ihre Ordnung gaben, sondern die Besatzungsmacht, so wie uns die westlichen Gesellschaftsformen von den Besatzungsmächten verordnet worden sind. Selbstgerechtigkeit ist also völlig fehl am Platze, eher schon Mitgefühl mit denen, die in eine östliche Gesellschaftsform integriert wurden. Für den gläubigen Christen gibt es keine Brücke zum dialektischen Materialismus, wohl aber zu einem christlichen Sozialismus, und so sollte es manche Wege geben, um zueinander zu kommen. Toleranz gegenüber den Menschen ist immer möglich, auch wo die Toleranz gegenüber den Ideen verwehrt ist. Wäre es anders, so müßten die meisten Staaten der Welt in Bürgerkriegen ertrinken. Wer sein Volk liebt, kann seine Teile nicht hassen, auch wenn er ihre gesellschaftliche Wirklichkeit ablehnt.

W e r h a t d i e T r e n n u n g v e r s c h ä r f t ?

In einem Punkt hat die Führungsschicht der DDR einen klaren Vorsprung vor den Mächtigen in Bonn: in der ständig betonten Bereitschaft, über die Deutsche Frage zu sprechen. Auf immer neuen Wegen haben die Verantwortlichen, Regierung, Volkskammer, Länderkammer immer neue Vorschläge für ein gesamtdeutsches Gespräch gemacht. Daß dies mit Billigung, vielleicht auf Weisung Moskaus geschah, kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Welches Schicksal hatten alle diese Vorschläge? Sie wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit totgeschwiegen oder aber mit Hohn und Verachtung zurückgewiesen. Eine DDR gab es ja nicht, und was mit den 17 Millionen Menschen drüben geschah, das ging höchstens ihre Verwandten oder die amtlich bestellten Flüchtlingsbehörden an. Dafür wurde jeder unfreundliche Akt aus „Pankow" als Kriegserklärung des „Sowjetzonenregimes" aufgegriffen und als willkommene Bestätigung für den Terror in der „Zone des Unrechts" verbreitet. Indessen trafen sich heimlich die technischen Fachleute der beiden Regierungen, um über Fragen von Handel und Verkehr, von Paß und Polizei zu verhandeln. Vor den Augen der Welt aber kennt man diese Leute nicht, weigert man sich hartnäckig, sie als Gesrächspartner anzuerkennen. Obwohl man genau weiß, daß das Schicksal von 17 Millionen Deutschen in ihrer Hand liegt und daß man nur am Verhandlungstisch erfahren kann, wie ernst es Herr U l b r i c h t mit seinen Vorschlägen meint.

Was aber tat man indessen in Bonn für die Einheit? Man forderte und förderte „menschliche Kontakte", man nutzte damit die trotz der Nichtexistenz der DDR bestehenden Post- und Reisemöglichkeiten zur Einwirkung auf die Landsleute von drüben. Man duldete, ja förderte die Tätigkeit von Agenten, die einen untergründigen Kleinkrieg auf deutschem Boden, oft für fremde Interessen und meist zu Lasten deutscher Menschen führten. Man drapierte das „Schaufenster Berlin" mit Wirtschaftswunderdingen, um Unzufriedenheit in die Herzen der armen Verwandten zu säen. Das alles waren Maßnahmen der „psychologischen Kriegsführung" in jenem Kalten Krieg, der auf deutschem Boden noch immer nicht sein Ende gefunden hat. Bundesminister L e m m e r hat wie sein Vorgänger Jakob K a i s e r

manche Versuche zu einer positiveren gesamtdeutschen Arbeit unternommen. Er versprach, mit dem Agentenwesen aufzuräumen, die „technischen Kontakte" zu erweitern und die Handelsbeziehungen auszubauen. Aber Bonn ist ihm in den Arm gefallen, denn man will weiter den Kalten Krieg und keinen Brückenschlag. Wenn aber das Volk müde wird und zweifelt, ob Bonn überhaupt noch die Einheit will, dann organisiert man gesamtdeutsche Schaustellungen, dann bestellt man sich Noten und Entschließungen jener Mächte, die einstmals den Bonner Separatstaat gezeugt haben. So täuscht man sich und andere darüber hinweg, daß in Wahrheit nichts geschieht und nichts geschehen darf, denn ohne die armen Verwandten geht es uns angeblich viel besser, und warum soll man noch für ein Objekt zahlen, das einem eines Tages „ohne Mühe und Opfer in den Schoß fallen wird".

„Die Zeit arbeitet für uns"?

Zu den verhängnisvollen Fiktionen der Bundespolitik gehört auch die Behauptung, daß die Zeit für uns arbeite. Inzwischen wuchsen die beiden deutschen Staaten immer weiter auseinander, wuchs die Resignation drüben und die Gleichgültigkeit hüben, rutschte die Wiedervereinigungsfrage ganz unten auf die Liste der internationalen Dringlichkeiten, ging der Substanzverlust in der DDR durch Abwanderung pausenlos weiter und unterhöhlt die Grundlagen der früheren gesellschaftlichen Ordnung. Adenauer tröstete die Ungeduldigen, die noch immer an Wiedervereinigung glauben, damit, die deutsche Einheit werde gewißlich kommen, freilich könne das noch zwanzig, dreißig oder vierzig Jahre dauern. Sein Freund Dulles hat sogar von fünfzig bis hundert Jahren gesprochen. In diesem Zeitraum wird sich die Deutsche Frage im bisherigen Stil in der Tat gelöst haben: nämlich durch endgültige und unwiderrufliche Trennung. Von Jahr zu Jahr wurde bei den Sitzungen des Kuratoriums Urteilbares Deutschland die Erkenntnis bitterer, daß Deutschland teilbar ist, daß bald etwas geschehen muß, wenn nicht über der Deutschen Frage das Motto stehen soll: „Zu spät!" Die Fiktion ist geplatzt, daß die Zeit für uns arbeitet, nur Zyniker und Separatisten wagen dieses Wort noch in den Mund zu nehmen, aber im Volk übt es noch immer seine gefährlich einschläfernde Wirkung aus.

Daß die Zeit drängt, hat sich auch im Bundestag herumgesprochen. Er hat Anfang Juli wieder einmal die Bundesregierung aufgefordert, die Deutsche Frage aufzugreifen. Volle 69 Tage hat sich die Regierung Zeit genommen, bevor eine Deutschland-Note an die vier Mächte herausging. Und wieder einmal ist die DDR-Regierung zuvorgekommen. Sie hat einen Appell an die vier Mächte und an die Bundesrepublik gerichtet, eine ständige Kommission zur Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages einzusetzen. Sofort erklärte sich Moskau zur Teilnahme an dieser Kommission bereit, aber für die Frage der Wiedervereinigung verwies Chruschtschow wie immer seit drei Jahren auf Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Westalliierten dagegen verkündeten die verstaubte These der Wiedervereinigung durch Vier-Mächte-Verhandlungen. Sie wissen genau, daß Moskau das ablehnen wird, und es ist ihnen recht so. Im Bundestag aber meldeten sich zum ersten Mal Zweifel an der Aufrichtigkeit der westlichen Wiedervereinigungstaktik. Man legt diesmal Wert darauf, den Faden der Verhandlungen nicht wieder abreißen zu lassen wie damals in Berlin, in Genf und anderswo. In der SPD durchbrach man zum ersten Mal seit 10 Jahren ein Tabu: man erörterte die Zweckmäßigkeit von Verhandlungen mit Pankow und stellte sich hinter Heinemanns Vorschläge eines Ministeramtes für innerdeutsche Regelungen. Das ist ein schüchterner Anfang mit vielen Wenn und Aber, und die CDU wird den Vorschlag unter Berufung auf die „Verfassung"

des „provisorischen Staatsfragments" ablehnen, aber immerhin ist das ein Schritt nach vorn in einer Welt erstarrter politischer Formeln und planmäßiger Sabotage.

Verhandlungen bedeuten nicht Anerkennung

Wer noch vor einem Jahr öffentlich Verhandlungen mit Ost-Berlin forderte, der wurde niedergeschrien oder als bezahlter Söldling Moskaus verleumdet. Inzwischen ist die Lautstärke der Proteste aus dem Lager der Rechtgläubigen schwächer geworden. Man bemüht sich neuerdings darum, Argumente vorzubringen. Da heißt es dann, man könne vielleicht mit Grotewohl sprechen, aber niemals mit Ulbricht — als ob es um Personen ginge! Da behauptet man, verhandeln bedeute Anerkennung — als ob Anerkennung im Zeichen der Wiedervereinigung überhaupt aktuell sein kann. Auf die Behauptung, daß verhandeln schon Vorleistung bedeute, konnte nur typisch Bonner Arroganz oder völlige politische Ahnungslosigkeit verfallen. Merkwürdige Unsicherheit verrät die andere These, daß man von Herrn Ulbricht am Verhandlungstisch unter Druck gesetzt oder übers Ohr gehauen würde. Man sollte meinen, daß, wer im Namen der Freiheit verhandelt, der Stärkere ist, oder sollte man so wenig Zutrauen zur vielberufenen Freiheit haben? Am häufigsten kann man den Einwand hören, es lohne sich nicht, Zeit und Mühe an Pankow zu verschwenden, man solle lieber gleich beim Herrn und Meister in Moskau anfragen. Mit dem gleichen Recht könnte man die Ost-Berliner Unterhändler statt an Bonn gleich an Washington verweisen. Nur vor einem Argument pflegen neuerdings die Neinsager zu kapitulieren: vor dem Hinweis, daß Washington mit Peking verhandelt, obwohl es ihm seit 8 Jahren die Anerkennung verweigert. Das Argument zeigt nur, wie viele Neinsager nur Papageien des Herrn Dulles sind. Der gesunde Menschenverstand ist älter als die Weisheiten des Weißen Hauses, er ist dort seit Dulles allerdings ein seltener Gast geworden.

Jahrelang haben die Neunmalweisen in Bonn darauf bestanden, daß am Anfang aller Dinge allgemeine Wahlen stehen müßten. Das war damals richtig, als die Sowjets ihrerseits freie Wahlen vorschlugen, eine Tatsache, die man in jedem Geschichtskalender nachlesen kann. Adenauer und Acheson haben damals diese Vorschläge verworfen, und nicht nur Dehler und Heinemann, sondern auch führende amerikanische Senatoren haben das als unbegreiflich und verhängnisvoll bezeichnet. Als dann der Nato-Eintritt der Bundesrepublik die internationale Lage grundlegend änderte und die Sowjets ihren Vorschlag dahin abwandelten, daß die beiden deutschen Staaten sich über die Modalitäten der Wiedervereinigung nunmehr selbst verständigen müßten, lief die abgespielte Platte von den freien Wahlen in Bonn unablässig weiter und verkündete eine der seltsamsten Fiktionen der Bonner Dogmatiker. In letzter Zeit ist es auch um dieses Schlagwort stiller geworden. Selbst die Bundesregierung gibt jetzt öffentlich zu, daß freie Wahlen „nicht unbedingt an erster Stelle" stehen müßten. Das Entschwinden mancher Nato-Illusionen hat diese Einsicht sicherlich erheblich beschleunigt. Es hilft kein Ausweichen: am Anfang werden keine Wahlen stehen, sondern Verhandlungen einerseits zwischen und mit den vier Mächten über den Friedensvertrag, andererseits zwischen den beiden deutschen Staaten über den Weg zur Wiedervereinigung. Der Weg wird hart sein und dorniger, als er es vor Jahren gewesen wäre.

Wohlwollende Kritiker haben der Bundesregierung geraten, anstatt Klagelieder über die Flüchtlinge anzustimmen, lieber in Moskau nach dem Preis für die Wiedervereinigung zu fragen. Smirnows Vorgänger Sorin hat sich nicht genug darüber wundern können, daß ihn in Bonn während seiner gesam-

ten Amtstätigkeit niemand auf die Wiedervereinigung angesprochen hat, weder „Hoheitsträger" noch gewöhnliche Sterbliche. Nun ja, die Eingeweihten kannten den Preis schon lange, er ist in Noten und Verhandlungen oft und klar genug genannt worden. Moskau fordert Sicherheit. Ein Land, das in einem Menschenalter zweimal durch deutsche Armeen an den Rand des Abgrundes gebracht wurde, muß ein mit den USA verbündetes Nato-Deutschland noch mehr fürchten als das einstige Deutsche Reich. Moskau macht daher zur Vorbedingung der Wiedervereinigung, daß Gesamt-Deutschland außerhalb der Militärblöcke steht und auf territoriale und militärische Ambitionen Verzicht leistet. Diese Tatsache ist hart, aber unumstößlich. Nicht an der Verweigerung freier Wahlen durch die Sowjets sind die früheren Konferenzen gescheitert, sondern an der Weigerung der Westmächte, einem wiedervereinigten Deutschland Blockfreiheit zuzugestehen. Auch der Bundesregierung erschien bisher die „Sicherheit" durch Nato und Atombomben wichtiger als ein durch Verträge gesichertes Gesamt-Deutschland; sie hat dadurch entscheidend daran mitgewirkt, daß alle Wiedervereinigungsbestrebungen scheiterten. Die Bundesregierung ist offensichtlich auch heute nicht bereit, diesen Preis zu zahlen, obwohl der Traum von der „absoluten Sicherheit durch Atomrüstung" und von der Wiedervereinigung durch Demonstrationen der Stärke längst ausgeträumt ist. Sollte im Zeichen der Ausrüstung mit Atombomben etwa die Anwendung von Stärke in manchen Köpfen spuken? „An einer Wiedervereinigung in einer Atomwüste haben wir kein Interesse", hat Herr Ulbricht vor einigen Monaten einem westdeutschen Interviewer erklärt. Mit d i e s e r Feststellung findet er sicher die Zustimmung der Gesamtheit aller Deutschen.

W o r ü b e r m u ß m a n v e r h a n d e l n ?

Gesamt-Deutschlands politischer und militärischer Status kann nur mit den Siegermächten ausgehandelt werden. In der Ära des Kalten Krieges bestand wenig Aussicht auf Einvernehmen der Mächte. Heute sieht sich Washington gezwungen, seine bisherige Einkreisungs- und Blockpolitik zu überprüfen, und die innerpolitische Opposition drängt darauf, auch Lösungen wie den Rapacki-Plan und ein Disengangement mit Moskau zu besprechen. Hinsichtlich der territorialen Regelungen eines Friedensvertrages sind die Westmächte ohnehin so wenig wie Moskau geneigt, sich auf deutsche Revisionsforderungen einzulassen. Eine internationale Verständigung erscheint also heute nicht mehr völlig illusionär. Ein Friedensvertrag ist aber nicht ohne deutsche Mitwirkung und Zustimmung denkbar, denn 13 Jahre nach dem Waffenstillstand kann unmöglich ein einseitiges Diktat verkündet werden. Unter keinen Umständen aber darf ein Friedensvertrag mit zwei deutschen Vertragspartnern unterzeichnet werden, wenn die Wiedervereinigung nicht endgültig verspielt werden soll. Gegenüber hartnäckigen Bonner Entstellungen muß nachdrücklich betont werden, daß die Sowjetregierung stets einen Friedensvertrag mit Gesamt-Deutschland gefordert hat. Zu diesem Zweck müßten sich aber die Bevollmächtigten der beiden deutschen Staaten mindestens soweit abgestimmt haben, daß sie nach außen als Einheit auftreten können. Wenn also die Verhandlungen über einen Friedensvertrag nicht ins Unendliche verzögert werden sollen, ist es unvermeidlich, daß die Vertreter beider deutschen Staaten möglichst bald miteinander Kontakte aufnehmen; nicht allein „technische", sondern politische Kontakte auf verantwortlicher Ebene, damit kein Ausweichen und Finassieren mehr möglich ist. Wie diese Verhandlungen ausgehen werden, ist ungewiß. Gewiß aber ist, daß sie von beiden Seiten viel Geduld, viel guten Willen und Kompromißbereitschaft erfordern, wenn sie nicht scheitern sollen.

Diese Verhandlungen können nicht bei den „großen" Fragen stehen bleiben. Natürlich wäre es hoffnungslos, ideologische Meinungsverschiedenheiten am Verhandlungstisch überbrücken zu wollen. Das Ziel kann nur sein, die von diesen unterschiedlichen Ideologien gestaltete politische und gesellschaftliche Wirklichkeit soweit aufeinander abzustimmen, daß ein nationales und staatliches Zusammenwachsen und Zusammenleben möglich ist. Daß eine Verfremdung, die sich in 13 Jahren vollzogen hat, nur schrittweise, nur in Etappen korrigiert werden kann, beginnt man allmählich auch in Bonn einzusehen. Irreal wäre es, „mit Null beginnen" zu wollen, wie Lemmer einmal gemeint hat, denn vollzogene Entwicklungen lassen sich nicht einfach annullieren. Wir werden uns ebenso einfühlsam mit den Problemen der „sozialistischen Errungenschaften" befassen müssen wie die Ost-Berliner Unterhändler mit den Vorteilen der westlichen Marktwirtschaft. Finanzielle und wirtschaftliche Angebote dürften eine geringere Rolle spielen, als z. B. Professor Carl J. Friedrich, Harvard, in seinem „Welt"-Aufsatz vom 20. September zu glauben scheint. Die östlichen Partner wollen nicht als „arme Verwandte" behandelt werden, und die schlimmste Zeit des Hungerns und Darbens liegt tatsächlich hinter ihnen. Die westdeutsche Wirtschaft wird wahrscheinlich weniger Opfer zu bringen und mehr Vorteile zu erwarten haben, als man sich dies gemeinhin vorstellt.

Die „gesamtdeutsche Konföderation"

Wir brauchen bald ein gemeinsames Organ, das in gesamtdeutschen Fragen verhandlungs- und handlungsfähig ist. Es ist daher ein durchaus fruchtbarer Gedanke, eine Konföderation als vorläufiges Dachgebilde der beiden deutschen Teilstaaten zu schaffen. Wir brauchen diese Konföderation nicht nur am Verhandlungstisch der vier Besatzungsmächte, sondern auch gegenüber der UN und anderen internationalen Gremien, in denen das janusköpfige deutsche Zwittergebilde heute eine so traurige Rolle spielt. Man hat in Bonn diesen Vorschlag, weil er aus „Pankow" kommt, als undiskutierbar abgelehnt mit der Begründung, daß Pankow auf diesem Umweg seine Anerkennung erreichen wolle. Wie fremd oder verhaßt muß gewissen Leuten in Bonn der Gedanke an eine nationale Wiedervereinigung sein, wenn sie nicht begreifen, daß die Konföderation nicht ein Schritt zur Anerkennung eines Teilstaates, sondern zu Gesamtdeutschland werden soll. Man muß sich schon bessere Gegenargumente oder bessere Gegenvorschläge einfallen lassen, wenn man noch ernst genommen werden will.

Zehn Jahre lang wurde jede ernsthafte Initiative in der Wiedervereinigungsfrage mit dem Argument beiseite geschoben, daß Freiheit und Sicherheit wichtiger seien als eine Wiedervereinigung ohne Freiheitsgarantien. In Wahrheit hat uns die Sicherheitspolitik der Bonner Regierung in einen Teufelskreis von Bündnisverträgen und militärischen Verantwortlichkeiten verstrickt, der eines Tages bei weiterer Verhärtung nur noch mit dem Atomblitz durchschlagen werden kann. Was aber die Freiheit betrifft, so ist der uns geschenkte Umfang der staatsbürgerlichen und rechtsstaatlichen Freiheiten wahrhaftig nicht den Preis der nationalen Einheit wert, zumal die außenpolitische Freiheit ohnehin vorläufig eine bloße Fiktion ist. Tatsache bleibt, daß für die meisten Deutschen der Zusammenhang mit dem Westen eine Frage des Herzens, die Verbindung mit dem Osten allenfalls eine Frage der Vernunft darstellt. Aber was nützt uns die vieldeutige und vielmißbrauchte Parole der Freiheit, wenn sie als Schlachtzeichen einer Phalanx voraufflattert, in der die widersprechendsten Interessengruppen marschieren, die Anbeter des Wirtschaftswunders, die Totalitären von gestern und übermorgen, die Parteigänger „abendländischer" Ideolo-

gien und die Vorkämpfer eines Kleriko-Faschismus, die gar nicht an die Freiheiten der parlamentarischen Demokratie, sondern an die ständische Ordnung eines christlichen Führerstaates denken?

In seiner vielbeachteten Frankfurter Rede hat Karl Jaspers erklärt, daß kein Friede ohne Freiheit, aber auch keine Freiheit ohne Wahrheit möglich ist. Diese Worte sollten wir alle beherzigen: Jene Mächtigen in Bonn, die sich die formalrechtliche Legitimation ihrer Politik der Stärke verschafften; jene Parteien, die ihre Grundsätze so oft durch ihr praktisches Handeln Lügen strafen; jene Wirtschaftsführer, die hinter dem „Dienst an der Gemeinschaft" vor allem Profit und Rüstungsinteressen verstecken; nicht zuletzt jene Kirchenführer, die tagespolitische Thesen und Interessen mit theologischen Argumenten zu legitimieren suchen. Haben die schlimmen Erfahrungen, die wir Deutschen im letzten Menschenalter mit der Umkehrung der Wahrheit unter totalitären Mächten erlebten, uns zu einem Volk von Heuchlern gemacht, die nicht mehr den Mut zu ihrer eigenen Überzeugung haben? Es ist schlimm, daß durch äußere Gewalt und menschliche Schwäche unser Volk auseinandergerissen wurde. Viel schlimmer ist es, daß wir Deutschen nicht mehr den Mut zu uns selber haben, weil unsere sittliche und soziale Persönlichkeit von den Mühlsteinen der Zeit zerrieben wurde. Wir haben unser deutsches Vaterland doppelt verspielt und verloren. Ehe wir es draußen wiederfinden können, müssen wir es in uns selber wieder schaffen, in unserem Glauben, unserer Hoffnung und in unserer Liebe zum Volk und allen seinen Geschöpfen.

Dr. Achim von Borries

Aufrüstung und kein Ende

„Psychologische Verteidigung"

Die westdeutsche Innenpolitik steht weiterhin im Zeichen der ehrgeizigen wehrpolitischen Pläne des Ministers Strauß, der „seine große Auseinandersetzung mit der SPD um die Verteidigungspolitik einem neuen Höhepunkt zutreiben will", wie kürzlich die Neue Zürcher Zeitung schrieb. Die Vorbereitung der Atombewaffnung, das Projekt einer ‚Psychologischen Verteidigung' und das anhaltende Werben des Ministers um die Zustimmung der Opposition zu einem wehrpolitischen ‚Minimalprogramm' gehören zusammen. Eine vehemente propagandistische Aktivität begleitet diesen Beginn einer neuen Phase der Wiederaufrüstung des westdeutschen Teilstaates, deren grundsätzliche staatspolitische Tragweite schon heute nicht mehr zu übersehen ist. Herr Strauß tritt als sein eigener Herold auf. In seiner Pressekonferenz vom 10. Oktober, die einer ‚Manöver-Bilanz' galt, zeigte er sich befriedigt über das bisher beim Aufbau der Bundeswehr Erreichte und zuversichtlich im Hinblick auf seine weiteren Pläne. Was immer man als Zweck-Optimismus von diesen Feststellungen wird abziehen müssen: Befriedigung und Zuversicht des Ministers sind nicht ganz grundlos. Nicht nur haben die großen (und, wie man sagen darf, demonstrativen) September-

Manöver den relativ hohen Stand der waffentechnischen und taktischen Ausbildung der deutschen Nato-Armee erkennen lassen, und zwar auch nach dem Urteil ausländischer Fachleute. Für die Zukunft der Bundesrepublik weit bedeutsamer ist ein anderer Umstand. In der Bundesrepublik ist in weiten Schichten der anfängliche nüchterne Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Wiederbewaffnung erloschen. Die Abnutzungs-Taktik der Regierung trägt heute ihre Früchte. Weit entfernt davon, ‚populär' zu sein, ist die Bundeswehr doch gewissermaßen ‚selbstverständlich' geworden. Langsam, aber sicher hat ihr bloßes Dasein (zusammen mit dem psychologisch nicht ungeschickten Auftreten ihrer Führung in der Zeit des Zögerns und Zweifels) psychologisch als ein fait accompli gewirkt, mit dem offensichtlich die Mehrheit der Bundesbürger ihren inneren Frieden gemacht hat. Die grundsätzliche Frage — welche hier gerade die konkrete ist — nach dem militär-politischen Sinn, der staats-politischen Bedeutung und der welt-politischen Wirkung dieser Wiederbewaffnung wird heute selbst in den Reihen der SPD nur noch vereinzelt und überaus zaghaft gestellt, ohne daß doch diese Partei sich bisher zu einer eindeutigen wehrpolitischen Stellungnahme durchgerungen und das fatal opportunistische So-und-auch-anders (bei dem gerade ihre Gegner sie mit Erfolg immer wieder behaften) aufgegeben hätte. Gerade diese unklare Haltung der Opposition hat nicht wenig beigetragen zu jenem Fatalismus in allen wehrpolitischen Fragen, der im Hinblick auf das Programm der Ära Strauß für die Bundesrepublik das Schlimmste erwarten läßt. Denn Gedankenlosigkeit, Bequemlichkeit und Resignation haben die Bundeswehr und mit ihr die Aufrüstungspolitik der Regierung A d e n a u e r faktisch sanktioniert und bereiten heute der Atombewaffnung den Weg. Die Herbstmanöver der Bundeswehr waren nicht zuletzt in dieser Hinsicht noch einmal ein wichtiger Test. Und Herr Strauß dürfte nicht viel übertrieben haben, wenn er in seiner Pressekonferenz von dem „herzlichen Verhältnis zwischen Bevölkerung und Soldaten" sprach. Ganz offensichtlich ist es das — durchaus nicht erfolglose — Bestreben der Bundeswehr-Führung, durch geschickte Steuerung von ‚menschlichen Kontakten', durch organisierte ‚public relations' die Bevölkerung auch weiterhin von der politischen Problematik der Wiederbewaffnung abzulenken, vor allem in den Mittel- und Kleinstädten (die nicht ohne Grund als Garnisonsstädte ausgesucht worden sind) und auf dem Lande. All dies aber dient bereits der Vorbereitung der atomaren Aufrüstung. Der nachdrückliche offensive Protest gegen sie hat an Wucht verloren und ist vielerorts bereits zu einem Rückzugsgefecht geworden. Aber dieser Widerstand kann wieder aufflammen, wenn sich die Pläne der Bundesregierung ihrer endgültigen Realisierung nähern. Ihm schon vorher das Rückgrat zu brechen, seine Wortführer und Anhänger politisch und moralisch zu diskreditieren und zu isolieren — ist der Sinn des Projektes ‚Psychologische Verteidigung'.

D e r W e h r s t a a t

Das nicht zu leugnende verhaltene Wohlwollen weiter Schichten der Bevölkerung gegenüber ‚unseren Soldaten' bedeutet faktisch nicht weniger als die gedankenlose Hinnahme der Bundeswehr selbst als vermeintliche staatspolitische ‚Notwendigkeit'. Sie ist für den Verteidigungsminister eine denkbar günstige psychologische Voraussetzung seines weitläufigen Programms. Man hat bagatellisierend (sogar in Kreisen der SPD) von einer ‚Normalisierung' des Verhältnisses von Staats- und Wehr-Politik, von ‚Volk' und ‚Armee' gesprochen. Solche Redensarten, die schön im Allgemeinen bleiben, sind heute das Ruhekissen all derer, die sich einmal mehr dem, was ‚ist', anpassen und damit die Restauration besiegeln, deren vorletzten Akt eben die Wiederaufrüstung darstellt. Dergleichen Beschönigungen und Beschwichtigungen bezeugen nur ein bequemes Ausweichen vor der

besonderen staatspolitischen, weltpolitischen und militärischen Situation des westdeutschen Teil-Staates im Zeitalter des Kalten Krieges und der Vernichtungswaffen. Auch die Sozialdemokratie hat sich allzu häufig in diese Allgemeinheiten geflüchtet, anstatt nach den Vorzeichen dieser Aufrüstung in diesem Staat und in dieser Gesellschaft zu fragen. Selbst eine Konsequenz der gesellschaftlichen und politischen Restauration, konnte diese Wiederbewaffnung nur zu einer unabsehbaren Rehabilitierung und Reaktivierung entscheidender ideologischer Elemente der fatalen deutschen „Tradition" führen, die denn auch immer offener eine neue Legitimierung oder gar Förderung durch die Führung der Bundeswehr selbst erfährt. Der Kompromiß gewisser neuer autoritärer Tendenzen mit dieser autoritären „Tradition" ist das Lebensgesetz der neuen westdeutschen Armee. Nach diesem Gesetz angetreten, wird sie nach ihm marschieren. Die Vertreter der „Tradition", die sich ihrer staatspolitischen ‚Unersetzlichkeit' heute in eben dem Maße wieder bewußt sein können, in dem diese ihnen fortwährend von offizieller Seite bescheinigt wird, treten mit dem schnöden und unverbesserlichen Selbstbewußtsein des „Wir sind wieder da" auf. Die Wehr-Ideologie, die nunmehr durch den Apparat der ‚Psychologischen Verteidigung' in der Bundesrepublik propagiert werden soll, ist eine ideologische Montage, die das Bündnis der autoritären Kräfte von heute mit denen von gestern widerspiegelt. Innerhalb der Bundeswehr selbst ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Daß sie Anlaß zu höchst kritischer Aufmerksamkeit ist, ist erst kürzlich von einer Seite bestätigt worden, die es gewöhnlich an Rechtfertigung und Unterstützung der Militärpolitik der Regierung Adenauer nicht fehlen läßt. Die Neue Zürcher Zeitung brachte am 10. Oktober einen Bericht ihres Bonner Korrespondenten über „Die innere Struktur der deutschen Bundeswehr", in dem dieser nicht ohne Unbehagen feststellte: „Es brodelt ‚weltanschaulich' in der neuen Deutschen Armee ... und wo es mit ihr hinaus will, ist noch nicht mit Sicherheit zu sagen ..." Diesen sehr gedämpften Sätzen folgte am Schluß eine sehr offenherzige Darstellung der Verhältnisse in der Bundeswehrschule ‚Innere Führung' in Koblenz: „... Das Unternehmen hat als Ganzes neben vielem Einleuchtenden auch seine Klippen, zum Beispiel in Tendenzen zu einer Staatsideologie. Im Bestreben, über geistige Antipositionen zum Marxismus hinauszukommen, werden von gewissen Dozenten etwa abendländische Ordnungsideen entwickelt, die den zum vornherein stark ordnungsfreudigen Militärs aufs beste zusagen mögen, die aber doch als Fundierung eines demokratischen Verteidigungsgedankens reichlich salazarianisch wirken ..." Das liberale schweizer Blatt, ein denkbar unverdächtiger Tatzeuge, bestätigt damit nur, was im Septemberheft dieser Zeitschrift anläßlich der Fälle Ibach und Taubert gesagt worden ist. Stellen wir daneben nur noch die selbstbewußten und vielsagenden Sätze, die der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Röttiger, nach den September-Manövern in das Gästebuch der Panzertruppenschule Munsterlager schrieb: „Allen Widerständen zum Trotz werden wir die Panzertruppe im alten Geiste wieder gestalten" — so haben wir die beiden Tendenzen erwähnt, um deren ideologische Verschmelzung sich die politisch-psychologische Führung der Bundeswehr heute bemüht.

Diese Entwicklung ist staatspolitisch von ganz außerordentlicher Bedeutung. Gemäß den Absichten des Verteidigungsministers wird die Bundeswehr mehr und mehr zum Träger und Propagandisten eines neuen westdeutschen Staatsbewußtseins. Der politischen und militärpolitischen Eingliederung des westdeutschen Teil-Staates in die Nato folgt

nunmehr deren ideologische und psychologische ‚Zementierung'. Das neue Nato-Wehrbewußtsein soll auch ein unaufhebbares Nato-Staatsbewußtsein fundieren. Herr Strauß selbst hat am 10. Oktober zu seinem Projekt der ‚Psychologischen Verteidigung' offenherzig erklärt: „Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Westen und der Nato soll wachsen." Das heißt, die durchaus relative und umstrittene außenpolitische Konzeption der heutigen CDU-Bundesregierung wird zu ‚der' deutschen Staatspolitik überhaupt erklärt, zu einem Tabu, an dem nicht mehr gerüttelt werden darf.

Dem entspricht innenpolitisch die überaus zweideutige Formel von „unserer Gesellschaftsordnung", deren Teil und deren bewaffneter Arm die Bundeswehr sei. Die anhaltende anti-sozialistische und anti-marxistische Kampagne der Regierungspartei weist in dieselbe Richtung. Die unbedingte Nato-Politik der Bundesregierung ebenso wie ihre ‚Freie Marktwirtschaft' werden staatspolitisch verabsolutiert. Die bloße Erörterung von Alternativen verstößt gegen das neue Staatsbewußtsein, mit dessen Propagierung die heutige Regierungspartei ihre eigene Herrschaft zu verewigen gedenkt.

So ist in der Ära Strauß die Bundeswehr zu einem aktiven Faktor der staatspolitischen Restauration geworden. Der Ausbau des westdeutschen Teilstaates zum autoritären Wehrstaat schreitet rapide fort. Immer stärker zeichnet sich eine von der dynamischen Persönlichkeit des Verteidigungsministers selbst bestimmte Autonomie der Aufrüstungs-Politik von allen außen- und innenpolitischen Rücksichten ab. Die Politik der Bundesregierung ist heute in erster und letzter Linie nichts anderes als Wehrpolitik. In diesen Zusammenhang gehört die Aktivität der Minister Strauß und Schäffer zugunsten eines neuen Notstandsrechtes, das der Bundesregierung die Handhabe für schärfste Zwangsmaßnahmen auch gegen innnenpolitische Gegner geben würde.

Diesem wehrpolitischen Ausbau der Bundesrepublik entspricht das Bemühen der publizistischen Hilfskräfte der Regierung, den westdeutschen Nato-Teilstaat auch weiterhin für den Repräsentanten ‚Gesamtdeutschlands' zu erklären. So bezeichnete etwa P. W. Wenger am 19. September im Rheinischen Merkur das westdeutsche Grundgesetz emphatisch als „Lex fundamentalis aller Deutschen", um vierzehn Tage später eifervoll gegen die einzig realistische These vom Provisorium Bundesrepublik zu Felde zu ziehen. Seit Jahr und Tag ist es bekannt, daß gerade dieser imaginäre ‚gesamtdeutsche' Anspruch der Bonner Regierung jede ernsthafte politische Wiedervereinigungsdiskussion — die nicht im rein Deklamatorischen à la Berlin stecken bleiben will — blockiert. Die absolute Unglaubwürdigkeit der Wiedervereinigungs-Beteuerungen der Bundesregierung wird denn auch durch nichts so eindeutig dokumentiert wie durch den Eifer, mit dem sie die Aufrüstung vorantreibt und propagandistisch deckt.

Volk ans Gewehr

Die Wehrpropagandisten im Verteidigungsministerium passen sich nicht ungeschickt der erschreckenden psychologischen Situation eines Teiles der heutigen Jugend an. Gerade diese Jugend gilt es für den „Wehrgedanken" zu gewinnen. Die allgemeine Dienstpflicht ist von ihr im allgemeinen widerstandsloser und gleichmütiger akzeptiert worden, als man in Bonn erwartet hatte. Eine gewisse Zunahme der Wehr-Freudigkeit ist unverkennbar. Sie geht nicht nur auf Gewöhnung zurück. Die totale Kommerzialisierung des Lebens in der spätkapitalistischen Erwerbs- und Konsum-Gesellschaft hat bei zahlreichen Jugendlichen zu

einem Gefühl der Leere, der Unerfülltheit, des Ekels geführt, unter dem sie halbbewußt leiden, wie oft sie es auch im Betrieb der Unterhaltungsindustrie verdrängen mögen. Diese auf ihr „Wirtschaftswunder" und ihre „Freie Marktwirtschaft" so stolze Gesellschaft hat den Menschen zum Konsumenten degradiert. Sie ist nicht in der Lage, dem tiefen Bedürfnis der Jugend nach echter Bindung und gemeinschaftlicher Betätigung ihres Idealismus sinnvolle Friedensaufgaben zu bieten. Stattdessen verweist sie die Jugend einmal mehr an die von ihr selbst geschaffenen Surrogate, an die militärischen Pseudo-Werte, die im Atom-Zeitalter mit seinen ungeheuren Aufbau-Problemen und Entwicklungs-Möglichkeiten ihren Sinn endgültig verloren haben. „Einsatz" und „Bewährung", „Erlebnis" und „Kameradschaft" — mit diesen Losungen lockt heute die Bundeswehr. Es ist ein Teufelskreis. Denn dieselbe Gesellschaft, die ihre Jugend erst dem Nihilismus der leeren Geschäftigkeit ausliefert, treibt dann diese Jugend in die Kasernen, um sie dort von jenem Nihilismus zu kurieren — indem sie sie zu Verteidigern gerade der ‚Ordnung' ausbildet, der sie ihn verdanken! So schlägt der totale Kapitalismus in einen neuen Militarismus um, der psychologisch eine Flucht aus der Leere der kapitalistischen Gesellschaft darstellt und politisch-militärisch doch deren verzweifelter Selbstbehauptung dient. Diese furchtbare Dialektik weist viele Analogien zu der psychologischen und ideologischen Entwicklung in den Jahren vor der ‚Machtergreifung' Hitlers auf. Mit dem einen sehr wichtigen Unterschied aber, daß heute schon die herrschenden Mächte selbst innerhalb der neo-kapitalistischen Ordnung die Surrogate von ‚Gemeinschaft' und ‚Erlebnis' organisiert haben und sich in ebenso geschickter wie gewissenloser Weise des Verlangens der Jugend nach echten Werten bedienen, nach eben den Werten, die die Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft in Wahrheit längst zerstört hat. Zahllose Filme und Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren — teils von Bonn direkt unterstützt, teils von ihm wohlwollend toleriert — arbeiten an dieser Förderung des Wehr-Bewußtseins und leiten den naiven jugendlichen Idealismus auf die Bahn der Nato- und Atomwaffen-Politik. Die entsetzlichen Schrecken eines Atomkrieges werden dabei wohlweislich verschleiert. In demselben Maße wird abgelenkt von der grundsätzlichen Frage nach dem Sinn und der Zweckmäßigkeit dieser Aufrüstungspolitik. Das Dasein der Bundeswehr selbst, kaum noch angefochten durch die Erwachsenen, verfehlt mit der Zeit seine Wirkungen auf die heranwachsende Jugend nicht. Als die Süddeutsche Zeitung in diesem Sommer bei Volksschullehrern eine Umfrage veranstaltete: „Was die Schüler von der Hitlerzeit wissen", berichtete einer der Lehrer: „Seit dem Aufbau der Bundeswehr ist bei den Jungen die Begeisterung für Heldentaten sehr gestiegen, und deshalb interessieren sie sich für das Dritte Reich, besonders für den Krieg. Sie haben ihn eben nicht mehr mit Bewußtsein erlebt." (Süddeutsche Zeitung, 26./27. Juli.) Dieses erschreckende ‚Interesse' aber, die eigentliche Drachensaat der westdeutschen Remilitarisierung, wird von der Bonner Wehrpropaganda bedenkenlos ausgebeutet.

Die Freiheit zum Nein

Während Herr Strauß auf der einen Seite das ‚gesunde Volksempfinden' und den ‚natürlichen Verteidigungswillen' wie weiland Adolf Hitler gegen ‚Marxisten' und ‚Intellektuelle' mobilisiert, die Kritiker der Atombewaffnung als potentielle Staats- und Freiheitsfeinde deklariert, setzt er gleichzeitig sein lebhaftes Werben um die SPD fort. Wieder einmal geistert in Bonn das Wunsch-Phantom einer ‚gemeinsamen Wehrpolitik' herum. Offensichtlich ist es die Taktik des Verteidigungsministers, der Opposition einmal mehr ein ‚grundsätzliches' Ja zur

Nato und zum militärpolitischen Antikommunismus zu entlocken, um sie dann entweder pauschal auf seine Aufrüstungskonzeption verpflichten oder aber als ‚inkonsequent' denunzieren zu können. Er offeriert ein sogenanntes wehrpolitisches ‚Minimal-Programm', das sich bei näherem Zusehen sehr schnell als gar nichts anderes denn das bekannte Strauß'sche Maximal-Programm erweist. Die forcierte Aktivierung des ‚Wehrgedankens' im allgemeinen und das Projekt der ‚Psychologischen Verteidigung' im besonderen haben ja keinen anderen Sinn, als die atomare Aufrüstung selbst langfristig psychologisch vorzubereiten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß allein schon dieses wehr-ideologische Vorspiel der Atombewaffnung staatspolitisch neue fait accomplis schaffen und die evolutionäre Umbildung der Bundesrepublik in einen autoritären Wehrstaat weiter fördern soll. Diese Radikalisierung Westdeutschlands aber wird sich auch auf die weitere Entwicklung in der DDR auswirken und den ohnehin schon bedrohlichen Antagonismus der beiden deutschen Teilstaaten weiter verschärfen. Die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen aber würde die Teilung Deutschlands besiegeln und die Bundesrepublik endgültig zur Nato-Republik machen.

Dies alles war abzusehen. Es liegt auf der Linie der Politik des Bundeskanzlers seit dem Sommer 1950. Innenpolitische Radikalisierung, ‚Psychologische Verteidigung' und Atom-Bewaffnung sind nur neue Etappen auf dem damals sehr bewußt eingeschlagenen Wege der unbedingten militär-politischen West-Bindung der Bundesrepublik. Herr Adenauer war und ist so konsequent, wie seine Gegner inkonsequent waren und zum größeren Teil noch immer sind. Seine Politik ist ein unteilbares Ganzes. Entweder man akzeptiert sie als Ganzes — mit all ihren Konsequenzen, oder aber man muß sie als Ganzes entschieden verwerfen, radikal bekämpfen und ihre Hintergründe und Gefahren unermüdlich aufdecken. Einen dritten Weg gab es nie und gibt es weniger denn je. Es wäre der endgültige politische und psychologische Triumph dieser Militär-Politik, wenn die westdeutsche Sozialdemokratie sie gerade noch in dem Augenblick sanktionieren würde, in dem ihre so ungeheuer verhängnisvolle Logik offenbarer ist denn je zuvor. Jede „Übereinstimmung" aber auch nur in der Frage der ‚Psychologischen Verteidigung' wäre angesichts der besonderen Funktion gerade dieses Projektes nichts anderes mehr als eine solche Sanktionierung und damit eine Kapitulation der Opposition.

Es liegt an der SPD, der Regierung Adenauer und den hinter ihr stehenden Kräften wenigstens diesen Triumph zu verweigern. Angesichts der weltpolitischen Lage und auch auf Grund ihrer parlamentarischen Schwäche ist ihr Spielraum im Augenblick begrenzt. Ausgeschaltet von der Macht, kann sie unmittelbar nur wenig tun, um die weltpolitische und die inner-deutsche Entspannung aktiv zu fördern. Aber sie hat zahllose Möglichkeiten, wenigstens eine neue Verschärfung des Kalten Krieges auf deutschem Boden zu verhindern, vor den unvermeidlichen Folgen der ‚Psychologischen Verteidigung' und vollends der atomaren Aufrüstung zu warnen, den Widerstand gegen beide als Widerstand gegen die Gesamt-Konzeption der heutigen Regierung zu mobilisieren und zu organisieren. Nicht nach fadenscheinigen ‚Einmütigkeits'-Kundgebungen und leeren Deklamationen à la Berlin, sondern einzig nach Beharrlichkeit und Konsequenz dieses unbedingten Nein wird einst der Friedens- und Freiheits- und auch der Wiedervereinigungs-Wille der SPD beurteilt werden. Die Freiheit zum Nein ist beinahe die einzige Freiheit, die ihr noch geblieben. Das Beispiel der FDP mag ihr eindrücklich demonstrieren, daß die Selbstentwürdigung einer großen

politischen Partei durch bedenkenlosen Opportunismus sehr schnell auch zu deren Selbstentmachtung wird. Allein in der unmißverständlichen und tätigen Nichtidentifizierung kann sich die deutsche Sozialdemokratie heute bewähren und darin allein auch ihr politisches Selbstbewußtsein behaupten und erneuern. Nicht zuletzt an ihrer Haltung wird sich entscheiden, ob Freiheit und Frieden in Deutschland in den nächsten Jahren noch eine Chance haben.

Alexander Schenk Graf von Stauffenberg

Staatsbürgerliches Widerstandsrecht als Pflicht

Hin und wieder sind wir wohl aufgefordert, über das Widerstandsrecht des einzelnen zu sprechen, das zur Pflicht wird, wo eine verantwortungslose Führung das Recht beugt, die Verfassung, in unserem Fall das Grundgesetz, in Gefahr bringt oder gar den Namen des Vaterlands in Verruf bringt und seine Ehre befleckt. Man mag meinen, daß ich als nächster Angehöriger einiger von denen, die sich vor vierzehn Jahren gegen ein mit millionenfachem Mord beflecktes Gewaltregime erhoben und dafür ihren Leib den Folterungen dargeboten und ihr Leben in Erdrosselung am Fleischerhaken hingegeben haben, als einer, der sich dieses ihr Tun und Opfer innerlich völlig zu eigen gemacht hat von Anfang an, dadurch besonders befugt sei, vom Widerstandsrecht zu reden und gleichsam zu einem „Spezialisten" des Widerstandes vorbestimmt sei oder sein könne. So viel sei zugegeben: Daß ich als Erbe eines geschichtlichen Namens in dem Sinne, daß er Geschichte gemacht und erlitten hat und daher in die Geschichte eingegangen ist, als Erbe eines solchen Vermächtnisses um die Verpflichtung weiß, mich einem solchen Thema in der heutigen Zeit nicht zu versagen. Von einer anderen Seite her indessen ist einer solchen Meinung energisch zu widersprechen. Vom Geiste her, d. h. als Wissender, habe ich durchaus keine besondere Kompetenz in Sachen des Widerstandsrechts. Dergleichen wäre viel eher die Aufgabe eines Juristen oder Rechtshistorikers, eines Philosophen oder Philosophiehistorikers oder eines politischen Historikers des Mittelalters und der Neuzeit. Insofern, meine ich, habe ich keine größere Zuständigkeit als irgend jemand sonst, ja es könnte sein, daß der oder jener sehr viel kompetenter wäre.

Also, um den Vorbehalt noch einmal zu wiederholen: ich fühle mich nicht eigentlich kompetent. Ich habe auch keine Zeit gehabt, mich über die Geschichte des Widerstandsrechts seit der Scholastik und seine geistesgeschichtlichen Aspekte zu orientieren, ein großer Mangel, und meine Darlegungen entspringen meinen augenblicklichen Vorstellungen, es sind vorläufige, nicht voll verbindliche Gedanken, die von zuständigen Fachleuten zu ergänzen, zu erhärten oder auch zu berichtigen wären.

Ich fühle mich aufgefordert, oder, um noch sinngemäßer mit T o y n b e e zu reden: I am challenged, ich bin herausgefordert, das Widerstandsrecht im Sinne eines solchen gegen die atomare Aufrüstungspolitik der Bundesregierung auszulegen. Ehe ich dazu Stellung nehme, ist mein Standpunkt darzulegen, daß die Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr vorläufig in keinem Fall der Gegenstand der Dogmatik oder der dogmatischen Theologie sein kann, nicht nur in dem Sinne, daß sich Theologieprofessoren der Dogmatik von ihrem Fach her

meines Erachtens überhaupt nicht verbindlich zu dieser Frage, geschweige denn positiv zu äußern vermögen, sondern auch in dem anderen Sinn: solange sich die drei Weltmächte mit atomaren Vernichtungswaffen im kosmischen Ausmaß der Vernichtung gegenüberstehen, ist weder die atomare Ausrüstung Westdeutschlands, wie sie die Bundesregierung verlangt, noch deren Verbot, wie wir sie fordern, zu einer Doktrin zu erheben. Grundsätzlich widerspricht die Atombewaffnung nicht etwa nur der Bundesrepublik, sondern aller Völker dem Völkerrecht; sie verleugnet die elementarsten Menschenrechte, und ihr Verbot ist daher vom Prinzip her, d. h. von allem Anfang an und ein für allemal zum Dogma zu erheben. Solange die Welt so ist wie sie ist und die Weltmächte bis zu den Zähnen mit den Mitteln zur Verseuchung, Verpestung, Auslöschung alles menschlichen, tierischen, pflanzlichen Lebens ausgestattet sind, ist die Frage der atomaren Rüstung eine primär politische Frage, d. h. sie unterliegt dem Gesetz der Veränderlichkeit, sie ist nicht ein für allemal zu beantworten, sondern ihre Beantwortung richtet sich nach dem jeweiligen Weltzustand.

Das Problem der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr steht in untrennbarem Zusammenhang mit der deutschen Frage. Die Lösung der deutschen Frage ist aber das ursprüngliche Anliegen der Nation und ihre unabdingbarste Verpflichtung: der Versuch ihrer Lösung also die unerbittlichste Auflage für jeden verantwortlichen deutschen Staatsmann. Daß aber die Entwirrung dieses gordischen Knotens nur mit, nicht gegen die Sowjetunion möglich ist, liegt auf der Hand. In Erwiderung des polnischen Angebotes auf der Grundlage des Rapackiplanes, vielleicht gar des Kennan- oder Gaitskellplanes zu verhandeln, ehe sie zur ultimo ratio des Atomschwertes griff, wäre also die selbstverständliche Pflicht der deutschen Staatsführung gewesen. Von französischer Seite ist mir einmal eingewandt worden, man könne nicht auf der Ebene der Diplomatie verhandeln, wenn man über keinen Wert verfüge, den man anbieten, mit dem man etwas erkaufen könne, und wir besäßen keinen solchen Wert. Die erfolgte Atomrüstung wäre ein solches Pfand, auf das man verzichten könne, um etwas einzuhandeln. Ich würde ein solches Argument konzedieren, wenn ich daran glauben könnte, daß das in einem überholten und illusionären Machtdenken befangene Adenauer-Deutschland eines Geistes wäre, der auf ein solches „Pfand" verzichten könnte, wenn er dasselbe einmal besäße. Ob wir freilich, wie vorhin angedeutet, nicht heute in eine neue, unvorhergesehene, unsägliche und unheimliche Weltsituation verstrickt sind, die alle bisherigen Entscheidungen, Erkenntnisse, Formeln und Berechnungen über den Haufen geworfen hat, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Darauf soll auch nicht mehr eingegangen werden; denn der eigentliche Gegenstand, das Widerstandsrecht, wird dadurch nicht berührt.

Da wäre nun die Frage, wie wir das Recht und die Pflicht zum Widerstand glauben definieren zu müssen. Und da ist, meine ich, zweierlei zu unterscheiden: einmal das im demokratischen Rechtsstaat ohnedies verbriefte selbstverständliche Recht jedes Staatsbürgers zum „Widerstand" in allen denkbaren verfassungsmäßigen Formen der Opposition gegen Maßnahmen oder Entscheidungen der Staatsgewalt. Normalerweise wird dieses Recht durch die Repräsentanz der regierungsfeindlichen Gruppen, die parlamentarische Opposition, wahrgenommen. Es ist aber darüber hinaus das selbstverständliche Recht des souveränen Volkes, vollends, wenn es vor der Wahl durch die Regierungspropaganda getäuscht und betrogen war, seinen Widerstand durch Demonstrationen, Kundgebungen u. dgl., m. E. auch durch plebiszitähnliche, freilich unverbindliche Abstimmungen, aber auch durch den Generalstreik zu bekunden. Es steht bedenklich um eine Demokratie, in der die Staatsführung, weil sie vor des Volkes Stimme Angst hat, dem Ochsen, der da drischet — wir alle sind solche Ochsen — das Maul durch ver-

fassungsgerichtliche Entscheidungen verbindet, wobei sie das oberste Verfassungsgericht, wenn es in ihrem Sinne entscheidet, in den üblen Geruch geraten läßt, etwa nicht mehr unabhängig zu sein. Es gibt noch weitere Symptome genug, die unsere Bundesrepublik weniger als eine junge Demokratie denn als greisen Polizeistaat Metternich'scher Observanz erscheinen lassen, man denke nur an die Lex Soraja! Hier wie in vielem anderen gilt es auf der Hut zu bleiben und sich weiterhin aller verfügbaren Mittel des „Widerstandes" im Sinne eines verfassungsmäßigen Notwehrrechtes zu bedienen.

Aber nicht dieses Notwehrrecht ist es, das ich als Widerstandsrecht verstehe. Denn ein anderes ist jenes Widerstandsrecht, das uns als Pflicht auferlegt ist, wo eine Staatsführung sich mörderischer und verbrecherischer Mittel bedienend die Würde des Menschen mit Füßen tritt. Das ist jenes Widerstandsrecht, das Gewalt gegen Gewalt setzt, und zwar bewaffnete Gewalt des Rechts wider die Gewalt des Unrechts und der Unterdrückung, jenes Widerstandsrecht, dessen sich die Männer des 20. Juli gegen H i t l e r und seine Matadore bedient haben, jenes Widerstandsrecht, das äußersten Falls mit schwerem Herzen nicht einmal vor der ultima ratio des Tyrannenmordes zurückzuschrecken erlaubt. Eine solche Situation der äußersten Grenze, die uns auf dieses Widerstandsrecht, das dann gar als auferlegte Pflicht erschiene, zurückzugreifen erlaubte oder gar verpflichtete, ist heute natürlich nicht gegeben. Es wäre ein Vergehen an dem Vermächtnis des 20. Juli, wenn wir den uns auferlegten Widerstand mit dem damaligen verwechseln, wenn wir uns erkühnen würden, ihn an jenem zu messen. In Frankreich freilich hat man von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht, ja nicht einmal von dem gewaltlosen des Generalstreiks, man hat widerstandslos kapituliert; ob mit Recht, ob mit Unrecht, wer vermöchte das heute schon zu sagen? Auch ist es nicht unsere Sache, die Haltung Frankreichs in einem kaum ausdenkbaren Notstand zu kritisieren. Hat ja doch ein deutscher Reichstag in ähnlicher Lage nicht an dieses Notwehrrecht appelliert, man denke nur an das Ermächtigungsgesetz.

Das unehrliche Überspielen der öffentlichen Meinung durch die Bundesregierung hat jene psychologische Situation herbeigeführt, in der wir vor der Frage stehen, ob es nicht schon wieder so weit ist wie vor vierzehn Jahren, daß der Staatsbürger an sein Widerstandsrecht erinnert werden muß, weil das Menschenrecht in Gefahr ist. Angesichts der gegenwärtigen Situation war die Bundesregierung meines Erachtens nicht gut beraten, sich das Recht zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr bewilligen zu lassen, ohne zuvor die angebotenen Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone mit einer eigenen Konzeption (sofern sie eine hatte!), aufzunehmen. Es war daher Recht und Pflicht deutscher Hochschullehrer, die über den Parteien standen, denen sich ungezählte Schriftsteller, Künstler, Gewerkschaftler, Menschen aller Schichten, angeschlossen haben, durch den Appell an das Volk und die Gewerkschaften eine Volksbewegung zu entfachen, um öffentlich darzulegen, daß das Volk die Atombewaffnung ablehnt. Es ist auch weiterhin Recht und Pflicht der einzelnen und der Gesamtheit, die sich der Staatsführung in der Frage der atomaren Ausrüstung versagt, sich mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln der Widersetzung zu Gehör zu bringen.

Mögen wir uns im Rahmen unseres Auftrags auch nicht mit den Empörern des 20. Juli vergleichen dürfen, es bleibt dennoch ein Vermächtnis des 20. Juli, daß wir mit heißem Herzen Wache stehen vor dem Palladium der Demokratie und alle Versuche energisch zurückweisen, die sich daran vergreifen, um an ihrer Stelle den restaurativen Obrigkeits- und Polizeistaat aufzurichten. Es bleibt ein Vermächtnis der Männer des 20. Juli, wenn es einmal zum Äußersten kommen sollte — und wer dürfte heute angesichts sich häufender Symptome wagen, eine solche Gefahr für ausgeschlossen zu halten — uns ihrer dann würdig zu erweisen.

Prof. Dr. Aloys Wenzl

Was nun?

Als vor 2 Jahren der Bayerische Senat einstimmig an die Bundesregierung die Bitte richtete, sie möge alle Schritte tun, um eine Einstellung der Atombombenversuche in die Wege zu leiten, löste dieser Appell in Bonn nur die nichtssagende Antwort aus, daß die Bundesregierung ohnehin freiwillig als einziges Land auf die Herstellung atomarer Waffen verzichtet habe; als die 18 Atomphysiker von Göttingen aus ihre beschwörende Mahnung ergehen ließen, war diese durch die Resonanz in der Öffentlichkeit schon nicht mehr überhörbar; als die warnenden Stimmen der Wissenschaftler immer mehr zunahmen und Natur- und Geisteswissenschaftler auch an die Gewerkschaften als die größten parteipolitisch nicht gebundenen ständischen Organisationen appellierten und hier Zustimmung fanden, als sich die Komitees gegen die Gefahren der atomaren Waffen bildeten und gewaltige Demonstrationen und Kundgebungen und ausdrucksvolle Schweigemärsche und wochenlange Mahnwachen von Studenten stattfanden, schienen die Stimmen nicht mehr ignorierbar. Wenn die geforderte Volksbefragung stattgefunden hätte, hätte sie gewiß eine eindeutige Mehrheit gefunden; denn wenn das nicht auch die Überzeugung der Vertreter der Atomrüstung und der Politik der Stärke gewesen wäre, hätte sie ja die Volksbefragung sicher eher begrüßt und gefordert als bekämpft. Sie ist aus formalen Gründen verboten worden. Wenn nun gesagt wird, die inzwischen erfolgten Landtagswahlen hätten zugleich eine Niederlage der Atomrüstungsgegner bedeutet, so ist das zwar unrichtig; denn bei Landtagswahlen ist für die Stimmabgabe des Wählers immer eine Reihe verschiedener Motive, die Stellungnahme zu vielen politischen Problemen maßgebend, besonders solchen des betreffenden Landes, während es sich bei der Volksbefragung um die Stellung zu einer ganz bestimmten Frage gehandelt hätte, aber es ist psychologisch verständlich, wenn nun in beiden Lagern etwa die Meinung auftritt, im einen mit Siegesbewußtsein, im anderen mit pessimistischer Bitterkeit, als sei die Angelegenheit eben nun erledigt, der Kampf der Atomrüstungsgegner verloren, die Bewegung werde einschlafen. Aber man täusche sich nicht, die Siegesstimmung auf der einen und die Furcht, den Dingen ihren Lauf lassen zu müssen, auf der anderen Seite wäre eine Selbsttäuschung. Es bliebe eine verhängnisvolle heimliche, aber unheimliche Gespaltenheit im deutschen Volk, wenn nun das existenziellste Problem einfach totgeschwiegen und aus der Diskussion verdrängt würde. Denn die vier wesentlichen Impulse für das Gewissen und die Vernunft bleiben unverändert bestehen:

1. Schon die Atombombenversuche sind unverantwortliche Experimente; es ist ernsthaft damit zu rechnen, daß sie irreparable und unverantwortliche Schädigungen der kommenden Generationen zur Folge haben werden.

2. Im Fall des Einsatzes dieser Waffen im Ernstfall, im Falle also eines Krieges „mit allen Mitteln" können sie den Untergang der Menschheit, sicher aber Tod und Elend vieler Millionen unschuldiger und wehrloser Menschen auf beiden Seiten bedeuten.

3. Ein sich in Kettenreaktionen ständig steigerndes Wettrüsten birgt die Gefahr eines dritten Weltkrieges mit solchen nuklearen Waffen in sich, auch wenn er von keiner der beiden Seiten gewollt wird, sondern man in ihn „hineinschlittert", wenn einmal die Nerven versagen oder ein Irrtum den Funken in das „Pulverfaß" springen läßt.

4. In dieser permanenten Angst um ihre Existenz kann die Menschheit auf die Dauer nicht leben, ihre Aufgaben nicht erfüllen, für die Zukunft nicht planen.

An dieser vierfachen Gefahr hat sich gar nichts geändert, und also kann sich auch nichts an der moralischen Verpflichtung ändern, ihr vorzubeugen.

Einheit besteht nun in beiden „Lagern", darf man sagen, zwischen allen Verantwortlichen, daß es nicht zu einem dritten Weltkrieg und zu einem Einsatz dieser Waffen kommen darf, und daß darum eine kontrollierte internationale atomare Abrüstung und darüber hinaus eine Rüstungsbegrenzung überhaupt das Ziel jeder verantwortlichen Politik sein müsse. Die Spaltung tritt ein dadurch, daß die eine Seite sagt: Nur eine Politik der Stärke sichert durch Abschreckung den Frieden vor einem Angriff des sonst überlegenen Ostens, während die andere Seite die Gefahr, daß durch ein sich ständig steigerndes atomares Wettrüsten ein katastrophaler Krieg ausgelöst würde, für die größere Gefahr hält; denn ein Angriff von Seiten Rußlands wäre auch bei der „Beschränkung" auf die schon „traditionellen" Waffen der Flieger und Panzer nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine ungeheuere Torheit; schon das zweifellose Übergewicht des Schadens über einen höchst zweifelhaften Nutzen für den Angreifer würde für eine Verbindung der Ächtung der atomaren Waffen mit einer beiderseitigen Begrenzung der Rüstung überhaupt sprechen. Was aber nun Deutschland betrifft, so lautet die These der Vertreter einer Atomrüstung auch für die Bundesrepublik: Wir können uns nicht von der Verteidigung der Freiheit ausschließen, und wir dürfen unser Heer nicht schlechter ausrüsten als die anderen Staaten; die Gegenthese lautet: Niemand kann die geographische und völkische Sonderstellung Deutschlands ignorieren, eine atomare Rüstung der Bundeswehr würde eine ebensolche in der Ostzone und den Nachbarländern bedeuten, und sie würde uns auch nicht retten, denn im Ernstfall würden die Raketenbasen in West- und Ostdeutschland und damit unser Vaterland zunächst vernichtet. Ob sich die Großmächte dann rechtzeitig noch verständigen und auf eine Anwendung der schweren, „strategischen" Waffen verzichten würden, das würde zwar entscheidend sein können für die Menschheit im ganzen, aber nichts mehr am Untergang unseres Vaterlandes ändern.

Fragen wir nun nach den ersten Möglichkeiten für einen Weg der Entspannung, so bieten sich zunächst zwei Schritte an, die eine Lösung im Großen einleiten könnten:

1. Die Einstellung der Atomwaffenversuche — hoffen wir, daß die Vernunft und die Verantwortung der Politiker wenigstens soweit reicht, daß nun wenigstens in dieser Frage endlich der Anfang gemacht wird.

2. Die sehr ernsthafte Inbetrachtziehung und Vorbereitung einer atomwaffenfreien Zone. Sie müßte selbstverständlich kontrolliert und beiderseitig sein; aber wenn, wie doch der Rapackiplan vorschlug, der Verzicht der Bundesrepublik auf sog. taktische atomare Waffen, die immerhin noch ein vielfaches Unheil gegenüber Hiroshima anrichten könnten, ausgeglichen würde durch den Verzicht der DDR, Polens und der Tschechoslowakei, so würde er dadurch wirklich kompensiert. Und jedenfalls schiene jene universale Abrüstung, die alle anstreben, die guten Willens sind, durch einen solchen Verzicht eher erleichtert als durch eine partielle atomare Aufrüstung Deutschlands oder eventuell noch weiterer Staaten, die diesen Ehrgeiz hätten.

Wenn also von seiten der Vertreter der atomaren Aufrüstung heute gesagt würde: Was wollt ihr denn nun noch?, und von seiten der Gegner einer solchen Aufrüstung: Was können und sollen wir denn nun noch tun?, so kann die Ant-

wort nur lauten: An den Gewissensforderungen, die die Atomrüstungsgegner zu ihren Kundgebungen bisher veranlaßt haben, hat sich nichts geändert, und also wird auch der Ruf nicht verstummen, der Appell immer wiederholt werden, er darf nie vergrängt werden, und es wird auch immer wieder versucht werden müssen, das psychologische Verstehen dafür zu wecken, daß bei einer Fortdauer der heute verbreiteten Tendenz zur Diffamierung — kommunistische Infiltration, Mobilisierung der Straße, Atompanikmache — nicht nur eine Meinungsspaltung, sondern schließlich eine innere Feindschaft das deutsche Volk durchziehen würde. Ist es denn nicht absurd, ist es denn anständig, ausgerechnet diese Verdächtigungen gegen die deutschen Wissenschaftler zu richten, die (ebenso wie viele Tausende ausländischer, besonders amerikanischer Gelehrter) sich verpflichtet fühlen, nicht zu schweigen? Physiker, Physiologen, Ärzte, Philosophen, Theologen haben gesprochen. Der Appell darf und wird nicht verstummen, und wenn er verboten würde, wäre das wahrlich keine Demonstration der Freiheit, und wenn man gegen seine Überzeugung nicht wagen würde, ihn auszusprechen, oder wenn man die innere mahnende Stimme vor sich selbst verdrängen wollte, so wäre das wahrlich keine Demonstration der Wahrheit, sondern, um gerade die Worte von Jaspers zu gebrauchen, eine „Säumnis an Wahrheit", und darum werden die Warner nicht schweigen, sondern immer wieder schließen mit einem: Ceterum censeo, mundum non esse delendum.

Peter Tauroggen

Befehl im Widerstreit

Vom demokratischen Widerstand

Unter dem Titel „Befehl im Widerstreit" erschien im Jahre 1950 auf dem westdeutschen Büchermarkt ein Buch des heutigen Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Adolf Heusinger. In fast einhundert Gesprächen aus dem Zeitraum von 1923 bis 1945 wird im wesentlichen der sich steigernde Gewissenskonflikt aufgezeigt, den zahlreiche hohe und höchste Offiziere der Armee mit sich auszufechten hatten: der Widerstreit zwischen dem Soldatengehorsam gegenüber den so verhängnisvollen und folgenschweren Befehlen des Obersten Befehlshabers Hitler und dem Entschluß zur Aufkündigung des Gehorsams und damit zum Brechen des Fahneneides aus persönlicher Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk in seiner entsetzlichen Lage. Es war nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis hoher Offiziere, die sich in Kenntnis der großen Zusammenhänge schließlich zur Gewaltanwendung gegen ihren Kriegsherrn entschlossen, das Attentat vom 20. Juli 1944 durchführten und ihr Tun fast vollzählig mit qualvollem Tod durch Henkershand bezahlten.

General Heusinger gehörte nicht zu ihnen. Er, der ununterbrochen von 1937 an bis zu dem Augenblick, da ihn die explodierende Bombe des Grafen Stauffenberg von der Seite Hitlers aus der Baracke fegte, als 1. Generalstabsoffizier der

Operationsabteilung im OKH, ab 1940 als deren Chef, eine absolute Schlüsselstellung inne hatte, Mitwisser und Zeuge der wichtigsten Beschlüsse Hitlers, hat sich nicht zum Handeln durchringen können, mag auch in seiner Brust der Widerstreit vorhanden gewesen sein. Jedoch besteht bei allen, die ihn und die Verhältnisse in den ersten Monaten des Jahres 1944 kennen, kein Zweifel, daß, hätte das Attentat vom 20. Juli nicht stattgefunden, der ehemalige Generalleutnant Heusinger der Nachfolger des schwer erkrankten Generaloberſten Z e i t z l e r als Chef des Generalstabes des Heeres geworden wäre. Er ist also kein Mann der Tat, des entschlossenen Handelns und des rücksichtslosen Einsetzens der eigenen Person. Nur allzu gern geht er heute noch den Weg des geringsten Widerstandes. Ein bequemer Untergebener — ein General ohne Rückgrat, den der Diktator Hitler gern in nächster Umgebung um sich duldete. Heute schätzt Konrad A d e n a u e r ihn als höchsten militärischen Ratgeber. Seit acht Jahren dient General Heusinger in dieser Funktion der Bundesregierung. Wider bessere eigene Einsicht und zur Bestürzung vieler ehemaliger Kameraden und Freunde hat er sich von der Woge der Trägheit, des Beharrungsvermögens und nicht zuletzt der Furcht vor einem anderen, stärkeren Mann schließlich an die Spitze der Bundeswehr tragen lassen.

Es ist nicht unsere Absicht, uns näher mit diesem General zu befassen und seine Verdienste oder Unterlassungen beim Aufbau der Bundeswehr zu untersuchen und gegeneinander abzuwägen. Was untersucht werden soll, ist etwas anderes. Es ist die Frage, die wir als Überschrift über diese Betrachtung gestellt haben, die von der Person Heusingers und seinem Buch ausgehende allgemeine und erweiterte Frage, wie es wiederum möglich ist, daß anscheinend in den Bonner und anderen Schlüsselpositionen der Bundesrepublik ausschließlich „Diener des Staates" sitzen, die nur den inzwischen erneut gelobten Gehorsam gegenüber der politischen Führung kennen, selbst dann, wenn diese Führung ganz offensichtlich einen für Deutschland verhängnisvollen Weg beschritten hat und mit einem fast krankhaft anmutenden Starrsinn weiterverfolgt. Seit geraumer Zeit haben zahllose Männer und Frauen in Westdeutschland die tödliche Gefahr der Kanzler-Politik für das Vaterland erkannt und sich zu aktiver Opposition gegen den falschen Kurs der Bundesregierung durchgerungen. Und allein die gesamte Führungsschicht Westdeutschlands sollte keinen Zweifel an der Politik Adenauers haben, vielmehr fest überzeugt sein von der Richtigkeit der berüchtigten Parole „Der Führer hat immer recht"? Das ist schlechthin unfaßbar!

Sicher spielt vor allem bei den Bediensteten des Bundes und der Länder die Angst vor den unangenehmen wirtschaftlichen Folgen eines erkennbaren Abweichens von der für die Bundesrepublik gültigen politischen Generallinie, die Furcht vor der in Bonn üblichen, rücksichtslosen Diffamierung und Diskriminierung jedes oppositionellen Geistes und der für die Masse der Deutschen leider typische Mangel an Zivilcourage eine trübe Rolle in der Haltung des einzelnen. Zudem hat die träge Sattheit der westdeutschen Wirtschaftswunderkinder und ein immer mehr um sich greifender krasser Materialismus und Egoismus das an sich schon sehr zarte Pflänzlein eines demokratischen Bewußtseins immer mehr verkümmern lassen. Vielfach hat auch bereit das Gefühl müder Resignation, als Einzelpersönlichkeit doch nichts an der bei manchen wenigstens noch im Unterbewußtsein als grauenvoll erkannten Situation unseres Volkes ändern zu können, Platz gegriffen. Hinzu kommt eine nicht zu leugnende Beeinflussung durch die Kirchen, die sich weithin der Stützung des allerchristlichsten Kanzlers verschrieben haben. Entscheidend aber für die unfaßlich trostlose geistige Haltung unzähliger Bundesbürger ist die seit Jahren fast konkurrenzlos betriebene, mit allen Mitteln arbeitende riesige Propaganda der Regierung. Mit ihrer Hilfe ist es gelungen, großen Teilen des Volkes und seiner führenden Schicht ein gänz-

lich falsches Bild der Lage einzuhämmern, die wahre und wahrhaft fürchterliche Situation Deutschlands aber immer wieder zu verschleiern.

Es liegt uns fern, mit diesen Zeilen etwa zur Bildung einer geheimen Opposition oder gar zur Wiederholung von Verschwörungen nach dem Muster vom 20. Juli in den Reihen der westdeutschen Führungsschicht, insbesondere der Offiziere und Beamten, auffordern zu wollen. Schon die Tatsache, daß diese „Blätter", wenn auch zu Unrecht, auf dem Index der Bundesregierung für „verdächtiges" Schrifttum stehen und von einem „anständigen" Angehörigen des öffentlichen Dienstes kaum gelesen werden dürfte, bewahrt uns vor dem grotesken Verdacht, hier eine Art von Anstiftung zum Hochverrat treiben zu wollen, ein Verdacht, den der Bundesinnenminister bei seiner bekannten Einstellung gegenüber diesen Blättern sicherlich nur allzu gern aufgreifen würde. Wenn er könnte! Zwar ist die Lage Deutschlands bei unvoreingenommer Betrachtung nicht weniger entsetzlich als die des Jahre 1944, als der Widerstreit gegen folgenschwerste Befehle einem dramatischen Höhepunkt zutrieb. Aber — abgesehen vom damaligen Kriegszustand — ein Unterschied zu der Zeit vor vierzehn Jahren besteht heute insofern, als es noch möglich ist, in einer (im Verhältnis zu der sonstigen, oft fast wie „gleichgeschaltet" anmutenden Presse) kleinen und zudem von der Regierung mit allen Mitteln diffamierten Anzahl von unabhängigen Zeitschriften die ungeschminkte Wahrheit zu sagen, ohne unverzüglich von einer geheimen Staatspolizei verhaftet und von einem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt zu werden. Solange dieser Rest demokratischer Freiheit in der Bundesrepublik noch besteht, werden wir nicht müde werden, immer wieder aufzuzeigen, welche Wahnsinnspolitik getrieben wird, welch' riesengroße Unrichtigkeit vor allem der Militärpolitik der Bundesregierung zugrunde liegt, wie verzweifelt die Lage, wie ungeheuerlich die Gefahr ist, in der sich Deutschland heute befindet. Es muß gelingen, einen ernsten Widerstreit in der Öffentlichkeit auszulösen, einen immer stärker werdenden, nachhaltigen und selbstverständlich legalen, politischen Widerstand gegen diejenigen zu erwecken, die nicht nur nichts tun, um die heutige, von ihnen weitgehend mitverschuldete bedrohliche Situation unseres Vaterlands entscheidend zu ändern, sondern im Gegenteil mit allen Kräften bemüht sind, einen Weg fortzusetzen, der unser Volk nur in die endgültige Katastrophe führen kann.

Die wahren Aspekte der westdeutschen Atompolitik

Es mag — obenhin betrachtet — Verwunderung und Kopfschütteln erregen, wenn wir die heutige Lage des Vaterlandes als um nichts besser, ja als noch trostloser als gegen Kriegsende 1944/45 beurteilen. Man sollte sich aber einmal innerlich freimachen von dem nach außen hin so friedlichen, geruhsamen und sorglosen Leben in der Bundesrepublik, das wahrlich dazu verführt, den Ernst der Situation völlig zu verkennen. Wie sieht die harte Wirklichkeit aus? Zwei große Gefahrenherde sind es, die Deutschland in seiner Existenz als Nation in bisher nicht gekanntem Maße bedrohen.

Da ist zunächst die Bedrohung durch den Ausbruch des Atomkrieges, die wie an einem seidenen Faden täglich und stündlich über unserem Volke schwebt. Seit Jahren wandelt die Welt am Rande des Abgrundes entlang, ab und an erhellt ein Blitzstrahl das ungewisse Dunkel und zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie nahe wir der Gefahr eines atomaren Unterganges sind. Die Suez-Krise im Herbst 1956 war ein solcher Blitz, der die Welt aufschreckte. Wenige Monate erst ist es her, seit die Ereignisse um die Revolution im Irak die Menschheit erneut in nur allzu berechtigte Angst vor dem Ausbruch eines neuen, mit absoluter Sicherheit unter dem Zeichen der Atomwaffen stehenden Weltkrieges

versetzte. Und schon wieder herrscht Alarmstimmung; diesmal ausgelöst durch die Spannungen in der Straße von Formosa. Unwillkürlich fragt man sich, wo die nächste Lunte ans Pulverfaß gelegt wird.

Es mag die Hoffnung nicht ganz unberechtigt sein, daß es niemals zur großen atomaren Auseinandersetzung zwischen den beiden Giganten dieser Erde, den USA und der UdSSR, kommen wird, weil beide Staaten sich über das Risiko klar sein dürften. Wer aber will die mehr als leichtfertige Behauptung aufstellen und wer kann auch nur den Schatten eines Beweises dafür bringen, daß der 3. Weltkrieg nicht stattfinden wird? Noch ist das Mißtrauen zwischen den Weltmächten in ständigem Wachsen, noch geht das atomare Wettrüsten in hektischer Eile weiter. Wer gibt uns die Gewißheit, daß nicht doch eines Tages die Grenze von der einen oder anderen Seite zu weit überschritten und die Katastrophe ausgelöst wird? Zweifellos gibt es solche Grenzen, deren Verletzung, sei es durch Dummheit, sei es durch Leichtsinn oder falsche Einschätzung des Gegenspielers die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Ein Versuch der Amerikaner und Engländer, vom Libanon bzw. von Jordanien aus nach Bagdad zu marschieren und die Revolution niederzuschlagen, hätte mit höchster Wahrscheinlichkeit die Sowjetunion auf den Plan gerufen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich die weitere Entwicklung einer solchen Situation auszumalen.

In einem früheren Artikel in diesen Heften haben wir bereits die Auffassung vertreten, daß jeder eindeutig als solcher erkennbare Versuch einer Aggression der Sowjetunion gegen Westdeutschland für die USA zwangsläfig den casus belli bedeuten würde. Treten auch in den genannten Beispielen, die sich beliebig vermehren lassen, die Grenzen zwischen Krieg und Frieden eindeutig und klar zutage, kann es daneben immer wieder Fälle geben, in denen der Trennstrich nicht so deutlich sichtbar ist und dann das Schicksal der Welt auf des Messers Schneide steht. Darüber hinaus sprechen immer wieder Anzeichen dafür, daß bestimmte Kreise in den USA die große gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Ost und West für unvermeidbar halten und daran glauben, daß es letztlich nur auf den günstigsten Augenblick zum Losschlagen ankommt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß auch Bundeskanzler Adenauer derartigen Gedanken zumindest nahe stand und damit die Notwendigkeit des Zusammengehens auf Gedeih und Verderb mit den Amerikanern begründete, als der vermeintlich richtigen, nach seiner Auffassung als Sieger zu erwartenden Seite. Unter den heutigen Gegebenheiten aber einen Krieg gewinnen zu wollen, sich den Sieg als Ziel zu setzen, ist nur vermessener Wahnsinn.

Wenn ein sogenannter Fachmann, der französische Militärschriftsteller tschechischer Abstammung Oberstleutnant M i k s c h e , seinem letzterschienenen Buch den Titel „Der Atomkrieg findet nicht statt" gab, so wird er mit dieser Auffassung hoffentlich recht behalten. Mehr als Ausdruck einer Hoffnung ist aber die Prophezeiung des Herrn Miksche nicht. Und wenn Millionen von Bundesbürgern in ihrer Trägheit, Sattheit und Abgestumpftheit diese v a g e H o f f n u n g der ganzen Menschheit bereits als feststehende Tatsache betrachten und sich in ihrem Wirtschaftswunder-Dasein gar nicht oder doch nur sehr am Rande stören lassen, so muß man sich mit dieser Mentalität der Massen, die allzu leicht auf bequeme Parolen hereinfallen, zunächst abfinden. Wenn jedoch die Bundesregierung und die führende Schicht in der BRD — von Ausnahmen abgesehen — nichts, aber auch gar nichts unternehmen, um diese unbeschreibliche Gefahr für das deutsche Volk zu bannen oder auf ein Minimum zu reduzieren, dann bekommen die Dinge ein anderes Gesicht. Als Mitglied der Nato und als Land, das in seinen Grenzen zahlreiche amerikanisch-englische Absprungbasen verschiedenster Art duldet, muß die Bundesrepublik damit rechnen, in einen

ausbrechenden Atomkrieg zwischen USA und UdSSR sofort hineingezogen zu werden und darin umzukommen. Das ist die Gefahr, in der wir alle uns stündlich befinden. Wer sie, obwohl ganz offenbar auf uns lastend, nicht sehen will und nicht alles tut, um sie auf reale Weise zu beseitigen, begeht ein Verbrechen an Deutschland, für das es keine Entschuldigung gibt. Darf man die Möglichkeit einer Beseitigung der Gefahr nur in einer bestimmten und so nicht erreichbaren allgemeinen, kontrollierten Abrüstung sehen? Schlimmere politische Heuchelei ist kaum denkbar als die vorgebliche Hoffnung auf Abrüstung in Verbindung mit sie blockierenden politischen Thesen und Forderungen, mit denen das deutsche Volk durch den Bundeskanzler von der wirklichen Gefahr eines Atomkrieges abgelenkt und zusätzlich in seinem Widerstand gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr wankend gemacht werden soll.

Jeder nur halbwegs einsichtige Mensch müßte sich nach den Erfahrungen der letzten 40 Jahre darüber im klaren sein, daß, bevor Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Weltmächten auch nur die leiseste Erfolgschance haben können, zunächst einmal die gefährlichsten Spannungsherde auf dieser Erde beseitigt werden müssen. Hierzu gehört, ohne in den Fehler einer Überbewertung der europäischen Position im Weltgeschehen zu verfallen, auch die Lösung der brennendsten Frage auf diesem Kontinent, der deutschen Frage.

Die Teilung Deutschlands gefährdet den Frieden und unser Volk

Diese ungelöste Frage, deren Bewältigung von Jahr zu Jahr aussichtsloser erscheint, bildet neben der ständig vorhandenen Gefahr, im Inferno eines Atomkrieges als Volk ausgelöscht zu werden, die zweite und mindestens gleichwertige Komponente unserer These von der entsetzlichen, mit den schlimmsten Jahren des letzten Krieges durchaus vergleichbaren Situation Deutschlands im Herbst 1958.

Seit mehr als dreizehn Jahren sind wir ein geteiltes Volk; ständig vertieft sich der Graben, der zwischen der BRD als dem Kind Washingtons und der DDR, dem Kinde Moskaus, gezogen wurde. Die Spannungen zwischen beiden deutschen Teilstaaten, beide nur provisorische Gebilde, aber weit davon entfernt, sich als solche zu betrachten, wachsen gerade jetzt buchstäblich von Stunde zu Stunde. Todfeindschaft herrscht zwischen Bonn und Pankow; beide Seiten tun alles, die Gegensätze immer mehr zu verschärfen. Leben doch die Regierenden hier wie dort von der Spaltung Deutschlands, deren Beseitigung auch das Ende ihrer Herrschaft bedeuten würde.

Wie lange noch soll dieser Zustand andauern? Nirgends zeigt sich auch nur der leiseste Schimmer einer Hoffnung, nirgends zeigt sich ein ernster und realistischer Wille zur Lösung des brennenden Problems. Im Gegenteil: Es wächst die Gefahr einer Fortdauer der deutschen Teilung und damit der Friedensgefährdung ins Ungemessene. Lassen wir noch weitere Jahre ins Land gehen, dann werden aus unserem Volke zwei „Nationen" gewachsen sein, die nicht mehr zueinander finden können und wollen. Die Sorge vor einer solchen Entwicklung beiderseits des Eisernen Vorhangs ist riesengroß. Sie ist um so größer, als wir sehen müssen, daß hier in der Bundesrepublik maßgebende Kreise vorhanden sind, die eine solche Lösung des deutschen Problems, also die Bestätigung der Teilung, ganz offen wünschen. Es braucht nur an die Maxime der „abendländischen" Kreise oder an die Vorschläge des Herrn Wenger erinnert zu werden, der als einer der Chefideologen der Kanzlerpartei gilt. Man weiß sodann, was von den Bemühungen zur Bildung eines Kleineuropa westlicher Prägung zu halten ist, wie unglaubwürdig auch die immer wieder aufgetischten Beteuerungen

von dem angeblichen Willen der Westmächte sind, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben. Gewiß würden Frankreich, England und die USA der Vereinigung beider deutschen Teilstaaten zustimmen, wenn sie ein vereintes Deutschland ebenso eng an die Nato-Kette legen könnten, wie das jetzt mit der BRD der Fall ist. Da dieses Bestreben jedoch ebenso unrealistisch ist wie etwa eine sowjetische Hoffnung auf eine Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen und keine der beiden Seiten auch nur den Gedanken eines Kompromisses aufkommen läßt, zudem eine vernünftige, den Realitäten Rechnung tragende deutsche Initiative weder hier noch drüben geduldet wird, wächst das Verhängnis von Stunde zu Stunde. Wer wollte bestreiten, daß die Lage der deutschen Nation wahrhaft katastrophal und bei nüchterner, leidenschaftsloser Betrachtung um nichts besser ist als in jenen Jahren, denen der Hauptteil des Buches „Befehl im Widerstreit" gewidmet ist?

Zwei riesenhafte Gefahrenherde — so haben wir ausgeführt — bedrohen die deutsche Nation in ihrer Existenz: Vernichtung durch einen Atomkrieg und Verewigung der deutschen Teilung. Dementsprechend müßte es Aufgabe der Regierungen beider deutscher Teilstaaten sein, eine Politik zu treiben, die diese beiden ungeheuren Bedrohungen vom deutschen Volke nimmt. Weder in Bonn noch in Pankow ist auch nur eine Spur davon zu entdecken. Müßig, eine Untersuchung darüber anzustellen, welche der beiden Regierungen die größere Schuld gegenüber dem deutschen Volke auf sich geladen hat. Wir können hier nur feststellen, daß die Bundesregierung sich zwar nur allzu gern und immer wieder ebenso pathetisch wie unrealistisch als die berufene Vertretung des ganzen deutschen Volkes hinstellt, aber keinen noch so kleinen Schritt in Richtung auf eine wirklich deutsche Politik getan hat. Der Vorwurf wiegt um so schwerer, als das Adenauer-Regime erheblich mehr Bewegungsfreiheit in diesem Sinne hat als die Machthaber in Pankow. Und schließlich leben in der BRD mehr als dreimal so viel deutsche Menschen wie drüben in der DDR. Die Initiative für eine ernsthafte Inangriffnahme der deutschen Probleme müßte daher in erster Linie von der Bundesregierung ausgehen. Da bisher nichts dergleichen geschehen ist und unter heutigen Verhältnissen auch in absehbarer Zeit nichts geschehen wird, trifft Bonn zweifellos die weit größere Schuld an der entsetzlichen Situation Deutschlands.

Das Propagandabild vom Osten

Immer wieder fragt man sich, wie es möglich ist, daß das Volk in der Bundesrepublik das völlige Versagen seiner Regierung in den für Deutschland entscheidenden Fragen nun schon seit Jahren mehr oder weniger widerspruchslos hinnimmt. Fassungslos muß man erleben, daß Wahlen zu Bundestag und Landtagen dem Kanzler immer wieder Gelegenheit geben, seine für Deutschland verhängnisvolle Politik fortzusetzen, deren Kennzeichen das bedingungslose Festklammern an die USA und an die Nato ist. Dabei hat sich im Laufe der Jahre doch eindeutig gezeigt, daß unter dem Vorzeichen der Nato weder die Wiedervereinigung möglich ist noch die tödliche Drohung einer Vernichtung Deutschlands in einem Atomkrieg von uns genommen werden kann. Es muß also etwas anderes sein, das dieses Phänomen an Torheit und Gedankenlosigkeit von Millionen in der Bundesrepublik erklärlich macht. Wir glauben, daß die Erklärung in der dem Volke nun schon seit Jahren immer erneut aufgetischten großen Lüge von der ständig drohenden Aggression der Roten Armee gegen Westdeutschland und ganz Westeuropa zu suchen ist. Wer dieser Lüge Glauben schenkt, der wird allerdings nur allzu leicht dazu verführt, der Nato-Politik des Bundeskanzlers zu folgen, die Aufrüstung der Bundeswehr in der vorgesehenen Form und Grö-

ßenordnung für sinnvoll zu halten und auch ihrer Bewaffnung mit Atomwaffen zuzustimmen. Jeder, der das Märchen von den Absichten der Sowjets, mit Millionen von Rotarmisten und Zehntausenden von Panzern über die Bundesrepublik und ihre westlichen Nachbarn herzufallen, glaubt, vergißt über dieser vorgeblichen, fürchterlichen Bedrohung alles andere und wird abgestumpft gegenüber den wirklich brennenden Fragen der Nation. So gilt unser Kampf in erster Linie dieser Lüge, unter der die gesamte Politik und die Militärpolitik der Bonner Regierung steht. Kann irgend jemand glauben, die Sowjets würden diese für sie tödliche Dummheit begehen?

Seit Jahren, sicher seit dem Ausbruch des Korea-Krieges, starren die Menschen in der BRD, in den westlichen Nachbarländern und auch in den USA gebannt, wie Kaninchen auf die Schlange, auf die Rote Armee und warten auf den Moment ihres Angriffs. Wenn dieses ängstliche, hysterische Warten zu Beginn dieses Jahrzehnts vielleicht noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag, so ist es heute angesichts der umwälzenden Veränderungen, die die rapide Entwicklung der Atomwaffen auf dem gesamten militärischen Gebiet gebracht hat, nur als absurd zu bezeichnen. Wer heute noch ernsthaft glaubt, daß die Sowjets einen Krieg gegen den Westen in der herkömmlichen konventionellen Form mit einem Massenaufgebot an Menschen und Material starten würden, hat die Zeichen der Zeit nicht begriffen. Moskau weiß, daß schon der Aufmarsch zahlreicher Divisionen am Eisernen Vorhang, der nicht verborgen bleiben kann, spätestens aber jedes Überschreiten der Grenze zur Bundesrepublik mit Sicherheit den Großeinsatz des strategischen Bomberkommandos der USA und damit den globalen Atomkrieg auslösen würde. Es bleibt jedem überlassen, den Herren im Kreml manche Torheit zuzugestehen. Aber für so hirnverbrannt darf man sie nicht halten, einen etwaigen dritten Weltkrieg in derart einfältiger Art und Weise vom Zaune zu brechen, bei der sie das Gesetz des entscheidenden Handelns, nämlich des Handelns mit den heute allein ausschlaggebenden Atomwaffen, freiwillig dem Gegner überlassen und sich von vornherein des Vorteils eines Atomschlages aus der Vorhand begeben.

Der atomare Ernstfall ist unser sicherer Tod

Wenn jemals die große Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR unvermeidlich werden sollte, dann muß und wird dieser dritte Weltkrieg mit dem vernichtenden Einsatz aller verfügbaren nuklearen und thermonuklearen Waffen beginnen. Solange die Bundesrepublik auf ihrem Territorium für die Sowjets bedrohliche militärische Einrichtungen, wie Flugplätze für Atombomber, Abschußbasen für Atomraketen und ähnliche lohnende Ziele, beherbergt, wird die atomare Vernichtung schon in den ersten Minuten eines dritten Weltkrieges über uns hereinbrechen. Das gleiche gilt umgekehrt auch für das andere Deutschland, die DDR.

Es mag möglich sein, daß an manchem Punkt auf dem Globus auch in Zukunft ein sogenannter „kleiner" Krieg zunächst mit konventionellen Waffen begonnen, vielleicht selbst in dieser Form weitergeführt wird und keinen Atomkrieg nach sich zieht. Sicher aber ist, daß ein Angriff russischer Divisionen auf die Bundesrepublik von den USA und der ganzen westlichen Welt niemals als „kleiner" Krieg hingenommen werden kann! Und ebenso steht fest, daß die erste, in einem kleinen oder begrenzten Kriege, wo immer er stattfinden mag, abgefeuerte Atomgranate oder abgeworfene Atombombe die entsprechende atomare Antwort bewirkt und eine wahrscheinlich rasend schnelle Kettenreaktion auslöst, an deren Ende der globale Atomkrieg steht. Die Erkenntnis der unsinnigen Vorstellung, einen Krieg zweier Armeen unter Verwendung von lediglich tak-

tischen Atomwaffen, mögen sie noch so klein, „sauber", „harmlos" genannt werden, führen zu können, hat anscheinend auch bereits in der Bundeswehr Anhänger gefunden. Wir erinnern uns, daß der Chef des Führungsstabes des Generals Heusinger, der Brigadegeneral der Luftwaffe Panitzki, vor wenigen Monaten ganz öffentlich auf einer Tagung das Kind beim rechten Namen genannt und zugegeben hat, daß die Auffassung, einen Konflikt auf taktische Atomwaffen beschränken zu können, barer Nonsens ist. Diese Äußerungen dürften wahrscheinlich einigen Wirbel um Herrn Panitzki zur Folge gehabt haben; sie stehen nämlich im krassen Widerspruch zu den Glaubenssätzen des Herrn Franz Josef Strauß, die er Anfang August dieses Jahres in einem Aufsatz „Preis des Friedens" niedergeschrieben und in zahlreichen Zeitungen des In- und Auslandes veröffentlicht hat. Mit einer Dreistigkeit ohnegleichen tischt der Minister darin wieder das alte Märchen von der ständig akuten Bedrohung der Bundesrepublik durch die Rote Armee auf und wirbt auf solch plumpe Art um Verständnis für die dadurch bedingte Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Geradezu grotesk wirkt seine Theorie der abgestuften Abschreckung. Diese Theorie setzt bei den Russen ein derartiges Maß an Dummheit voraus, daß es kaum lohnt, sie zu diskutieren. Sicherheitshalber stellen wir aber noch einmal dem Superstrategen Strauß unsere Auffassung gegenüber:

1. Die Sowjets müssen wissen und wissen genau, daß ein Angriff der Roten Armee, gleichgültig, ob mit nur 20 oder 200 Divisionen, gegen die Bundesrepublik unter allen Umständen den Krieg mit den USA bedeutet und den atomaren Großeinsatz der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion auslöst. Denn es ist ausgeschlossen, daß die USA eine derartige Provokation zulassen und hinnehmen würden, die in ihren Auswirkungen eine absolute Schwächung der Position der Vereinigten Staaten von Amerika bedeuten würde. Moskau wird sich also hüten, die Rote Armee zum Angriff nach Westen aufmarschieren und antreten zu lassen. Die Bedrohung der Bundesrepublik durch die Rote Armee existiert nicht.

2. Wenn jemals die große Auseinandersetzung zwischen USA und UdSSR unvermeidlich werden sollte, dann würde der dritte Weltkrieg ohne jeden Zweifel mit dem globalen Einsatz aller verfügbaren nuklearen und thermonuklearen Waffen durch die beiden Weltmächte beginnen. Unter den heute gegebenen Verhältnissen muß die BRD damit rechnen, einen zwar im Verhältnis zum Gesamteinsatz kleinen, für den beabsichtigten Zweck jedoch voll ausreichenden Teil des sowjetischen Atomschlages zu erhalten. Das aber bedeutet für die Bundesrepublik bereits die Vernichtung, in die auch die Bundeswehr mit oder ohne Atomwaffen und gleichgültig, ob atomar gegliedert oder nicht, einbezogen werden würde. Im gegenwärtigen Stadium der atomaren Waffenentwicklung werden innerhalb weniger Stunden die Zerstörungen derart sein, daß die Durchführung militärischer Operationen undenkbar ist. Wer daran zweifelt, ist sich entweder über die unvorstellbare Wirkung von Atom- und Wasserstoff-Projektilen im unklaren, oder aber handelt leichtsinnig und verbrecherisch.

3. Die militärische Konzeption der Nato ist längst überholt und sinnlos geworden. Insbesondere mag die sogenannte „Schild-und-Schwert"-Theorie, wonach neben den strategischen Atomwaffen auch noch eine möglichst große Zahl von Divisionen mit taktischen Atomwaffen benötigt wird, um einen Angriff der Roten Armee aufzuhalten, getrost in den Papierkorb geworfen werden.

4. Die Bundeswehr in vorgesehener Stärke und Form hat, wenn sie je überhaupt einen Sinn hatte, diesen unter den heutigen Gegebenheiten einwandfrei verloren. Ihre Bewaffnung mit Atomwaffen ist sinnlos. Sinnvoll für die Bundesrepublik sind allein Streitkräfte, die einen wirksamen und unmittelbaren

Grenzschutz gegenüber allen etwaigen Versuchen einer Grenzverletzung oder der Entfesselung eines Bürgerkrieges in Deutschland garantieren. Hierfür genügt ein etwa 150 000 Mann starkes Heer aus Freiwilligen mit moderner Defensivbewaffnung, selbstverständlich ohne Atomwaffen.

5. Die unbestreitbare Tatsache, daß die UdSSR weiterhin zahllose Divisionen unter Waffen hält und sicher auch alle Anstrengungen unternimmt, um die Qualität der Truppe ständig zu verbessern, steht nur scheinbar im Widerspruch zu unserer Auffassung, daß die These der Bundesregierung von der ständigen Bedrohung Westdeutschlands durch die Rote Armee unreal ist. In Wahrheit hält der Russe, der den Ablauf einer etwaigen großen bewaffneten Auseinandersetzung anscheinend tiefer als der Amerikaner durchdacht hat, diese Truppen offensichtlich bereit, um mit ihnen n a c h dem einleitenden atomaren Schlagabtausch dem Gegner den Fangstoß zu geben. Wahrscheinlich hoffen die Sowjets, die Atomschläge des Westens in den Weiten Rußlands und dank der bekannten Härte der russischen Menschen überstehen zu können und dann stärker dazustehen als der gegenüber einem Atomsturm voraussichtlich anfälligere Hauptgegner auf dem amerikanischen Kontinent. Im übrigen benötigt das sowjetische Riesenreich an sich schon eine Unzahl von Landstreitkräften zur Überwachung und Sicherung seiner Grenzen, für die Erhaltung seiner Machtposition in den Satellitenstaaten und schließlich zum Einsatz in besonderen Fällen, z. B. der demonstrativen Zusammenziehung sowjetischer Divisionen an der türkisch-persischen Grenze als Antwort auf die letzte anglo-amerikanische Aktion in Nahost.

6. Die Aufgabe der Bundeswehr etwa darin sehen zu wollen, mit ihr den eben beschriebenen möglichen Ansturm der Roten Armee in der zweiten Phase eines dritten Weltkrieges aufhalten oder gar abwehren zu wollen, ist absurd. Und wer da hoffen sollte, in einem solchen z w e i t e n Abschnitt eines etwaigen großen Konflikts die Bundeswehr im Verein mit anderen westlichen Divisionen gen Osten antreten lassen zu können, um dem schon entscheidend angeschlagenen russischen Bären endgültig den Garaus zu machen, gehört ins Irrenhaus. Denn in beiden Fällen wäre vorher das atomare Grauen über die Bundesrepublik gekommen und hätte auch vor der Bundeswehr nicht Halt gemacht.

F r i e d l i c h e Z u k u n f t d u r c h e i n e P o l i t i k d e r V e r n u n f t u n d d e r E n t s p a n n u n g

Das Sicherheitsproblem für Westdeutschland sieht also ganz anders aus, als es dem Volke ständig von der Bonner Regierung vorgegaukelt wird. Die Militärpolitik der Bonner Machthaber als beherrschender Faktor der gesamten Adenauer-Politik ist als grobe Entstellung der wirklichen Situation, als klare und eindeutige Irreführung entlarvt: Die Gefahr für unser Land liegt militärisch gesehen nicht in der angeblichen Bedrohung durch die Rote Armee, sondern ausschließlich in der tödlichen Drohung, bei Ausbruch eines dritten Weltkrieges zum Atomschlachtfeld zu werden. Es kommt allein darauf an, diese Gefahr zu bannen oder wenigstens so klein wie irgend möglich zu gestalten. Die Aufgabe der Bundesregierung müßte also sein, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, es nicht zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommen zu lassen. Eine von der alles überragenden Bedeutung dieser Aufgabe wirklich überzeugte Regierung in Bonn wäre bei aller Bedeutungslosigkeit des provisorischen westdeutschen Staats sehr wohl in der Lage, ihren Teil zur Lösung beizutragen. Dieser Teilbetrag kann nur in dem Bestreben liegen, das gefährliche Spannungsfeld in Mitteleuropa zu beseitigen und den hier angehäuften Zündstoff auszuräumen. Welch riesiger Schritt vorwärts auf dem Wege zur Erhaltung des Friedens in der Welt wäre es, wenn sich ein breiter Gürtel neutraler

Staaten, in ihrer Mitte ein neutrales Deutschland, von Skandinavien bis zum Balkan hinzöge! In diesem anzustrebenden Ziel liegt die Chance, daß sich an den europäischen Reibungsflächen kein neuer Weltkrieg entzündet. Und wenn an einer anderen Stelle der Welt dennoch das Pulverfaß in die Luft gehen sollte, dann besteht für dieses neutrale Europa wenigstens die Aussicht, nicht in die unvorstellbar entsetzliche atomare Vernichtung gerissen zu werden. Nur diese Zielsetzung könnte dem deutschen Volke eine wesentliche Minderung der einen uns bedrohenden Gefahr, des Unterganges in den Explosionen von Atom- und Wasserstoffbomben, bringen. Aber auch die andere Gefährdung unserer Existenz als Volk und Nation durch die Verewigung der deutschen Teilung kann nicht anders als durch den großen Kompromiß zwischen USA und UdSSR über die Neutralität eines wiedervereinigten Deutschland beseitigt werden. Erst eine solche Einigung beider Weltmächte würde die entscheidende Voraussetzung dafür schaffen, daß es sodann auch zu einer Kompromißlösung zwischen beiden deutschen Teilstaaten, die b e i d e eine Realität darstellen, zur Herstellung der staatlichen Einheit kommen kann.

Wir sind nicht blind gegenüber den Gefahren, die in den allein möglichen Kompromißlösungen über die deutsche Frage zwischen USA und UdSSR und sodann zwischen BRD und DDR liegen. Wir bestreiten allerdings nachdrücklichst die Richtigkeit des hauptsächlich von Bonn gegen den Gedanken eines von beiden Seiten garantierten neutralen Status eines wiedervereinigten Deutschland vorgebrachten Arguments, daß ein solches Deutschland dann dem Zugriff der Roten Armee, weil diese schneller als amerikanische Truppen zur Stelle sein könnte, schutzlos ausgesetzt sei, denn nach wie vor sind auf beiden Seiten die atomaren Vernichtungswaffen einsatzbereit, gilt ein Angriff auf die neutralen Staaten dann als Kriegsgrund. Dieser Einwand ist also lediglich eine Fortsetzung der von uns gebrandmarkten und ad absurdum geführten Behauptung von der ständigen Bedrohung Westdeutschlands durch sowjetische Divisionen. Das Risiko einer ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wird das deutsche Volk auf sich nehmen müssen. Wir sind überzeugt, daß eine solche innerdeutsche Kraftprobe nicht mit dem Siege des Kommunismus enden wird. —

Das deutsche Volk hat sich in diesem Jahrhundert schon zweimal mehr oder weniger blind auf einen Weg führen lassen, an dessen Ende nach fürchterlichen Opfern an Blut und Gut jeweils der Zusammenbruch stand, 1945 eine Katastrophe schlimmsten Ausmaßes. Die Hoffnung auf die Erhaltung Europas liegt nicht in der Voraussicht, einen Krieg zu führen, sondern in der staatsmännischen Kunst, ihn zu vermeiden. Die führenden Schichten Deutschlands haben in politischer Hinsicht beide Male, besonders kraß aber im Dritten Reich, versagt. Heute folgt der deutsche Michel in der Bundesrepublik wieder seiner Obrigkeit auf einem Wege, der diesmal endgültig in den Abgrund führen muß, aus dem es keine Rettung gibt. „Befehl im Widerstreit" bei denen, die um die Zusammenhänge wissen und den verhängnisvollen Kurs erkennen müßten? Noch ist kein nennenswerter Widerstreit zu spüren. Es bleibt zu hoffen, daß diese trostlose Haltung sich ändert, ehe es endgültig zu spät ist. Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren!

Dr. Hans-Heinz Holz

Karl Jaspers und die indirekte Apologie der Atombombe

Die Verantwortung des Philosophen

1. Karl Jaspers genießt sein politisches Ansehen seit der Zeit des Dritten Reiches. Als Gatte einer jüdischen Frau hatte er sich in stiller, aber unnachgiebiger Ablehnung gegen die Nazis aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und, zwar nicht verfolgt, aber doch gelegentlicher Bedrängnis ausgesetzt, bis zum Ende des deutschen Faschismus in passiver Resistenz verharrt. So kam es, daß er nach 1945, um der Integrität seiner politischen Haltung willen, eine zentrale Stelle in der geistigen Erneuerung Deutschlands einnehmen sollte. Sein Weggang nach Basel in der Notzeit der ersten Nachkriegsjahre wurde ihm zwar da und dort verübelt, konnte aber die ihm entgegengebrachte Achtung nicht schmälern.

Aus jener Zeit gibt es ein in privatem Kreise geäußertes Bekenntnis. Jaspers nämlich gestand, er könne nicht für sich bürgen, daß er ohne seine Frau, die mißachtete und verfolgte Jüdin, dem Nationalsozialismus nicht entgegengekommen wäre. Diese Offenheit, dem Autor der „Schuldfrage" wohl angemessen, ehrt seine Aufrichtigkeit. Unter der Voraussetzung, daß er aus dieser Situation gelernt hätte für die Zukunft, möchte man ihn wegen jenes bloß subjektiven Beweggrundes seiner Gegnerschaft gegen das NS-Regime nicht rügen. Heute jedoch, nach der Veröffentlichung seines Buches „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen", nach seiner Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main, muß man sich jenes Eingeständnisses erinnern: denn unter den persönlich erleichternden Umständen heute, da er keiner Diskriminierung und Verfolgung aus rassischen Gründen mehr ausgesetzt ist, geht sein Denken seltsame Wege, die ihn in die Nähe jener einst abgelehnten faschistischen Ideologie führen.

Jaspers hat wiederholt zu politischen Fragen unter dem Aspekt seiner Philosophie Stellung genommen. Sein berühmtes Büchlein „Die geistige Situation der Zeit" (1931), das ihm weit über den Umkreis der Philosophen hinaus Breitenwirkung verschaffte, ist die erste dieser politisch-philosophischen Äußerungen, die „Schuldfrage" (1946) die zweite, das Buch über die Atombombe (1958) die dritte[1]). Mit diesem letzteren müssen wir uns hier auseinandersetzen, denn es greift unmittelbar in die zentralste und wichtigste politische Diskussion der Gegenwart ein, in die Diskussion nämlich um die atomare Aufrüstung. Warnend haben die Physiker, Biologen, Ärzte, die Theologen und Philosophen (unter diesen, um nur einige zu nennen: Jean Paul Sartre, Bertrand Russell, Karl Loewith) sich gegen die Atomrüstung gewandt und konkrete Forderungen — Versuchsstop, Einstellung der Produktion, Vernichtung der Vorräte, Verzicht auf Ausrüstung bisher nicht atomar aufgerüsteter Staaten mit Atomwaffen — gestellt. Jaspers schließt sich aus diesem Kreise aus. Er will nicht warnen, sondern die Argumente pro und contra prüfen, weil er der Meinung ist, daß die Frage von Leidenschaften und Vorurteilen verunklärt werde (als ob die anderen nicht auch eine solche Prüfung vorgenommen hätten, bevor sie sich zu ihrem Appell an die Öffentlichkeit entschlossen!). Jaspers indessen sagt vorsichtig:

[1]) Karl Jaspers, „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen", München 1958. Aus diesem Buch stammen, soweit nicht anders angegeben, die Zitate in diesem Aufsatz; Seitenzahlen in Klammern beziehen sich darauf.

„Wir müssen leben angesichts der in den Tatsachen sich zeigenden Gefahr. Doch ein Lehrer der Philosophie muß sich bescheiden. Er macht aufmerksam. In einer oft besinnungslosen Welt veranlaßt er zur Besinnung dadurch, daß er das Wesentliche, das Einfache zu sagen versucht. Aber die Besinnung ist nicht schon Handeln. Wer mitdenkt, kann im inneren Handeln nur vorbereiten, die Entscheidungen aber fallen in der Praxis. Tiefes Denken und konkretes Handeln sollen in einem und demselben Menschen, im Staatsmann, zusammenkommen. In der Realität ist meistens die Trennung. Der Philosoph hat Verantwortung für die Wahrheit des Gedachten, deren Wirkung unberechenbar ist; aber er ist nicht gebunden an die Situation des Tages. Der Staatsmann dagegen hat Verantwortung für die Wirkung seiner Tat; er sieht sich gebunden durch die augenblickliche Wirkung seiner Rede in dieser Lage. Beide haben durchweg ihren Mangel: der Philosoph handelt nicht, der Staatsmann beschränkt sein Denken auf das Nächstliegende. Aber Philosophie und Politik sollten sich treffen" (S. 7).

Das ist eine gefährliche Haltung. Wo anders als in den Entscheidungen des Tages verwirklicht sich der Mensch? Gewiß sind es Maßstäbe und Ideen, die über die Einzelsituation eines historischen Augenblicks hinausreichen, an denen solche Entscheidungen orientiert werden sollen. Hierfür ist die klärende Bemühung des Theoretikers (nicht des Philosophen allein) unerläßlich. Es gibt aber keine überzeitliche „Wahrheit des Gedachten" für das Historisch-Politische (das einer anderen Gattung zugehört als das Mathematisch-Logische); vielmehr ist die Wahrheit im Felde der Geschichte immer eine solche, die auf die jeweilige konkrete Situation bezogen bleibt: das ist eine Erkenntnis, die Hegel ebenso wie Nietzsche[2]), dem Existentialismus[3]) ebenso wie dem Marxismus[4]), dem Historismus und der Sozialogie ebenso wie dem Pragmatismus geläufig ist. Von einer zeitlosen „Wahrheit des Gedachten" hinsichtlich einer politischen Frage zu sprechen, heißt die Ergebnisse von anderthalb Jahrhunderten philosophischer Bemühung um das Phänomen der historischen Wirklichkeit ignorieren.

Wenn Jaspers also die philosophische Wahrheit der politischen Praxis prinzipiell entgegensetzt, so ist das bereits ein Vorentscheid über die kommende Abhandlung. Darum mußten wir uns verhältnismäßig ausführlich mit diesen programmatischen Sätzen des Vorworts beschäftigen. Philosophische Einsicht — als die besondere Art wissenschaftlicher Erkenntnis von ganzheitlichen Zusammenhängen — kann und soll sehr wohl die Entscheidung des Politikers hic et nunc bestimmen. Sie muß aber, wenn sie sich derart mit der politischen Wirklichkeit einläßt, statt politische Abstinenz zu üben, auch zur konkreten Situation des Augenblicks eindeutige Aussagen machen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Aussagen unter veränderten Umständen nicht mehr zutreffen. Das ist die Verantwortung des Philosophen für die Wahrheit der Gedachten. Denn geschichtliche Wahrheit gibt es nur da, wo eine noch offene Zukunft aus dem erkennenden und verantwortlich entscheidenden Bewußtsein mitgestaltet wird. Die Lebensgefahr im Augenblick erfordert die sofortige Lebensrettung, nicht die Spekulation über den Wert des zu rettenden Lebens!

In Schwarz und Weiß

2. Seit Jakob Burckhardts geschichtsphilosophischem Pessimismus gehört sein berühmtes Dictum „Die Macht ist böse an sich" zum Bestand an Grundsätzen der bürgerlich-liberalen Geschichtsphilosophie, obwohl die nähere Betrachtung

[2]) Vgl. Karl Loewith, Von Hegel zu Nietzsche, Stuttgart 1950. Franco Lombardi, Nascita del Mondo Moderno, Asti 1953.

[3]) Vgl. Hans-Heinz Holz, Jean Paul Sartre, Meisenheim/Glan 1951; ders., Der französische Existenzialismus, Speyer-München 1958.

[4]) Vgl. Adam Schaff, Zu einigen Fragen der marxistischen Theorie der Wahrheit, Berlin 1954.

etwa des Fundierungsverhältnisses von Macht und Recht [5]) eine so einseitige Behauptung nicht rechtfertigt. Unter der Voraussetzung dieses fragwürdigen Axioms jedoch muß jede Konzentration von Macht, stehe sie auch noch so sehr im Dienste eines guten und humanitären Ziels, prinzipiell als verwerflich angesehen werden. In dieser undifferenzierten Perhorreszierung der Macht liegt der Grund für die so häufig vorkommende Simplifikation, derzufolge die so grundverschiedenen Herrschaftsgebilde faschistischer und kommunistischer Gesellschaftsordnungen gemeinsam als „totalitär" zusammengefaßt und als analoge Erscheinungen begriffen werden. Daß diese Simplifikation oft nur als Vorwand gebraucht wird, um einem massiven polizeistaatlichen Antikommunismus eine demokratisch-antifaschistische couleur zu geben, kann hier außer acht bleiben. Das gehört zu den Verschleierungskünsten der Propaganda. Wichtiger und gefährlicher ist die Tatsache, daß ein so vereinfachendes Denkschema, das zunächst aus einer an Montesquieus demokratischem Prinzip der Gewaltenteilung orientierten Staatsidee erwachsen sein mag, nur zu rasch in eine unsachliche Voreingenommenheit umschlägt, die den auf Wahrung der Demokratie Bedachten unversehens zu einem intoleranten Eiferer werden läßt.

Genau dieser Gefahr ist Jaspers zum Opfer gefallen — derart, daß er schon einmal (eingestandenermaßen) aus Abwehr gegen den Kommunismus beinahe den Verführungen des Nationalsozialismus erlegen wäre und ihnen nur unfreiwillig entging und daß er nun in einem sich demokratisch ausweisenden Affekt gegen das „Totalitäre" einem viel furchtbareren Machtgebrauch, dem der Drohung mit der Atombombe, das Wort redet. Sein Grundsatz, der sich in stets gleicher, nur im Wortlaut abgewandelter Form durch das ganze Buch als roter Faden zieht, lautet:

„Was aus dem Prinzip der totalen Herrschaft getan wird, ist in jedem Fall schlecht. Es kann nur den Schein der Übereinstimmung mit dem Erwünschten haben. ‚Es ist doch auch Gutes daran', ‚Es wird doch aus Gutes geleistet', solche Auffassung ist Täuschung. Hier, wo es um das Prinzip des Lebens selbst geht, ist radikal, ohne Kompromiß Nein zu sagen, ist der luziferische Schein des Guten zu durchschauen — oder man ist dem bösen Prinzip schon verfallen" (S. 166).

Totale Herrschaft aber ist für Jaspers heute prinzipiell das Sowjetsystem. Von dem faschistischen Terror in Spanien [6]), dem als Rassenverfolgung sich manifestierenden Klassenkampf einer herrschenden Schicht gegen die plebejischen (farbigen) Massen in Südafrika und in den Südstaaten der USA, von den Greueltaten der zur „demokratisch-westlichen" Welt gehörenden Diktatoren Syngman Rhee und Tschiang Kaischek oder der christlichen Falange im Libanon, von dem totalen Herrschaftsanspruch des politischen Klerikalismus will Jaspers nichts wissen, weil damit allerdings die so klaren Fronten seines politischen Weltbildes — hier freier Westen, dort totalitärer Osten — erheblich erschüttert und verschoben würden. Die schwierige Dialektik des politischen Freiheitsbegriffs, um die sich die Philosophen ja nicht erst seit gestern bemühen und die gelöst zu haben Jaspers wirklich nicht für sich in Anspruch nehmen kann, müßte ihm dann zu Bewußtsein kommen. So aber kann sich Jaspers, auf das einfache Schema des Antisowjetismus abgezogen, einer politischen Lageanalyse entziehen und die Schlagworte der Agitation als philosophisch begründet (nämlich als angeblich aus der „Idee" der totalitären Herrschaft deduziert) ausgeben. Da heißt es dann:

[5]) Vgl. Hans-Heinz Holz, in Symphilosophein, Bericht über den dritten deutschen Kongreß für Philosophie Bremen 1950, München 1952, S. 64 f und 76 ff; vgl. W. R. Beyer, ebd., S. 63 und 74 f.

[6]) Da heißt es sogar: „Spanien lebt unter einer Diktatur, aber ist keineswegs totalitär. Es gehört ohne Zweifel durch Geschichte und gegenwärtige geistige Wirklichkeit zum Abendland, kennt die Freiheit und Würde des einzelnen Menschen" (S. 179).

„Rußland, obgleich es so wenig wie Amerika den Weltkrieg zu wollen scheint, ist ständig gewaltsam, wohin es langen kann. Es will keine Ruhe in der Welt, sondern jene Unruhe ausnutzen, um entweder ‚friedlich' die Welt zu erobern oder um seine Ausgangspositionen für einen künftigen Weltkrieg auszudehnen, und weil Ruhe Entwicklung der Freiheit in der Welt bedeuten würde" (S. 98).

„Aber es wäre eine Täuschung, zu meinen, daß Koexistenz in dem beschränkten und unwahrhaftigen Sinn Dauerzustand sein könnte. Der Totalitarismus kann das Dasein der Freiheit, das ihn als solches schon bedroht, nicht dulden, Freiheit darf nicht möglich sein. Daher strebt er nach Welteroberung mit jedem möglichen Mittel" (S. 153).

„Der Weltfriede ist heute nur durch den Totalitarismus bedroht . . . Wenn die Menschen nicht unter Erpressung die Sklaverei wählen, dann ist der Weltfriede nur durch Selbstbehauptung der freien Welt zu retten, die den Angriff seitens der Totalitären abschreckt und eine Entwicklung einleitet, in der am Ende ein natürlicher Weltfriede möglich wird" (S. 143).

Damit hat Jaspers allerdings die berüchtigte „Abschreckungstheorie", wie sie von den US-Strategen und ihren bundesrepublikanischen Ablegern vertreten wird, zum Angelpunkt seiner Abhandlung gemacht. Die philosophische Verbrämung ist dann auch nicht sehr tiefgründig und stichhaltig. Sie beschränkt sich auf Deklarationen, denen der motivierende Affekt deutlich anzumerken ist. Das Ergebnis ist dann auch eine Rechtfertigung der Nato-Politik:

„Die Solidarität verlangt heute bedingungslosen Zusammenschluß aller europäischen freien Staaten und Amerikas (S. 177) . . . Jeder Abendländer hat gleichsam zwei Vaterländer, das seines Herzens, seiner Herkunft, seiner Sprache, seiner Ahnen, und das des sichernden Bodens seiner politischen Wirklichkeit. Jene Vaterländer sind viele, dieser Boden ist heute noch einer: die Vereinigten Staaten von Amerika" (S. 153).

Mit einigem Zynismus gesteht Jaspers dann, wie er sich die Freiheit der Völker vorstellt, die unter dem Schutz der US-westeuropäischen Hegemonie im Schatten der Atombombe leben sollen:

„Die Völker werden nur immer begehrlicher. ‚Unterentwickelten Völkern' ist materiell nicht zu helfen, wenn sie die Hilfe als Zündung der Selbsthilfe gar nicht wollen. Aber es ist ihnen ihr Raum zu lassen, auf ihre Weise zu leben, zu hungern, in Massen geboren zu werden und hinzusterben. Sie haben das Recht zu ihrer Freiheit" (S. 133).

Auch an anderen Stellen — wir können hier immer nur ausgewählte kleine Partien zitieren, die repräsentativ für zahlreiche ähnliche stehen — äußert sich eine abgrundtiefe Verachtung und Abneigung gegenüber den afro-asiatischen Nationen. Menschenwürdig sind für Jaspers eigentlich nur die weißen Nationen des Westens, sie sind ihm der Inbegriff der Kultur. Für die neu in die Weltpolitik eingetretenen Völker, auch wenn sie auf eine jahrtausendealte Hochkultur zurückblicken können, hat er nur negativ abwertende Worte, gar Beschimpfungen. In seiner Frankfurter Rede läßt er sogar durchblicken, daß ihm die „großen farbigen Völker" als Friedensbedroher erscheinen [7]). Mit herablassender Geste und einer aus der Generation K i p l i n g s stammenden Anmaßung werden an sie Zensuren verteilt und ihnen bescheinigt: „In einem großen Teil haben sie noch nicht die Fähigkeit, frei sein zu können" (S. 136).

Die westliche Welt, einziger Hort freier Kultur, ist bedroht von dem Aufstand der Farbigen und von der Expansion des sowjetischen Totalitarismus. So zeichnet Jaspers die Weltlage. Nur der militärisch-politisch-wirtschaftliche Zusammenschluß kann sie retten.

Der Apologet der Atomrüstung

3. Was kann man, angesichts einer solchen Entstellung der Tatsachen, nun als Antwort auf die Frage nach der Atombombe erwarten?

---

[7]) Vgl. auch Jaspers, Die Atombombe . . ., S. 136.

Jaspers kommt nicht darum herum, die Warnungen der Fachleute zur Kenntnis zu nehmen. Er will ja alle Argumente gleichmäßig erwägen. So gibt er den Atomphysikern, den Ärzten und Biologen immer wieder das Wort, ihre Bedenken vorzutragen, ihre Forderungen anzumelden. Aber er schenkt ihnen kein Gehör. Im Gegenteil. Das Nein der Göttinger Achtzehn zur bundesrepublikanischen Atomaufrüstung wird bekrittelt und abgewertet, den führenden Fachleuten — nach dem Vorbilde Bundeskanzler Adenauers — die Kompetenz bestritten, aus ihrem Fachwissen allgemein gültige politisch-moralische Schlußfolgerungen zu ziehen:

„Weil sie diese Verantwortung übernehmen, beanspruchen die Forscher nun als solche, mitzureden bei der Verwendung der Atomenergie und Forderungen zu stellen. Weil die Forscher in der Tat das Feuer bereitstellen helfen, nehmen sie sich ein spezielles Recht, politisch zu urteilen, um das Feuer zu löschen. Aber die Verantwortung dafür, daß richtige Forschung und solide Ausbildung stattfinden, die im Gang des menschlichen Erkennens und Fortschreitens liegt, ist selber noch nicht die Verantwortung für die Politik, durch die die Folgen dieses Ganges zum Heil oder Unheil werden können. Und die erste Verantwortung (für die Qualität der Forschung und der Ausbildung des Nachwuchses) hat nicht die zweite, die politische Verantwortung zur Folge" (S. 270).

Trotz dieser Einschränkungen kann Jaspers jedoch nicht umhin, die reale Gefahr der Kernwaffen anzuerkennen und das Verbot ihrer Anwendung als politisches Ziel gelten zu lassen. Jeweils die ersten Abschnitte der Kapitel, also die ersten Schritte des „erhellenden Denkprozesses", sind diesem Aspekt gewidmet. Was jedoch darauf folgt (also die zweiten, dritten und vierten Schritte), ist dazu angetan, den gefährlichen Tatbestand als unausweichlich hinzunehmen und nicht auf seine sofortige Änderung, sondern vielmehr auf seine Erhaltung auszugehen. Jaspers ist klug genug, die effektive Bedrohung der Existenz der gesamten Menschheit nicht zu bestreiten, also nicht auf die leicht widerlegbaren Verharmlosungsversuche eines Pascual Jordan und seiner Gesinnungsfreunde hereinzufallen. Er beugt sich in der Sachfrage dem überlegenen Wissen der Fachgelehrten. Er hebt diese Anerkennung jedoch dadurch auf, daß er entgegengesetzte Schlußfolgerungen zieht, indem er nicht die wissenschaftlichen, sondern politisch-ideologische Prämissen zum Ausgangspunkt seiner Deduktionen macht. Nicht die physische Gefahr der Kernwaffenanwendung, sondern die politische Gefahr des Totalitarismus ist es, die für Jaspers ausschlaggebend bleibt.

Die Forderung nach Abschaffung der Atomwaffen und nach einem Verbot der Versuchsexplosionen wird darum von Jaspers mit einer Reihe von fadenscheinigen Gründen als inopportun zurückgewiesen. Unter den äußeren Gründen, die er anführt, steht an erster Stelle die Behauptung, daß eine wirksame Kontrolle der Einhaltung eines Abkommens über Versuchsstop und Produktionseinstellung nicht möglich sei:

„Die Abschaffung der Atombombe und die Errichtung der wirksamen Kontrollinstanz scheinen jedoch unmöglich als ein isolierter, selbständiger Vorgang auf Grund verständiger politischer Planung . . . Die Kontrolle ist nur möglich mit allgemeiner Abrüstung. Erst wenn der Weltfriedenszustand gesichert ist, ist auch die ausreichende Kontrolle möglich. Der Gedanke und der Versuch der Kontrolle allein kann das Ziel nicht erreichen" (S. 38/39).

Die inzwischen erfolgreich beendete Sachverständigenkonferenz der Wissenschaftler aus West und Ost, die in Genf im Sommer 1958 stattfand, hat diese Behauptung entkräftet. Es existieren nach übereinstimmender Auffassung der Experten die technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten, um die Einhaltung eines Versuchsverbotes zu kontrollieren, ohne daß dabei in die Hoheitsrechte eines Staates eingegriffen werden müßte. Die Einstellung der Testexplosionen würde aber zugleich bedeuten, daß die nuklearen Waffen mangels experimenteller Erprobung nicht mehr weiterentwickelt werden könnten. In diesen Tagen soll in

Genf eine zweite Sachverständigenkonferenz zusammentreten, um auf Grund dieser Ergebnisse weitere militärische und politische Kontrollinstanzen zu erörtern. Jaspers' Mißtrauen gegen die Möglichkeit von Kontrollen ist von der Entwicklung bereits widerlegt.

Das Schwergewicht seiner Argumentation liegt jedoch nicht auf den Fakten der „verständigen Politik", sondern auf drei Erörterungen, sozusagen staatsphilosophisch vorgeführten Voraussetzungen, die der Abschaffung der Atombombe vorauszugehen hätten:

a) Die Herstellung eines Weltfriedenszustandes, in dem das Völkerrecht die gleiche bindende und durchsetzbare Kraft innehabe wie bisher das einzelstaatliche Recht in jedem Land.
b) Eine grundsätzliche Gesinnungsänderung der Menschen.
c) Die Abschaffung totalitärer Herrschaftsformen.

Diese Voraussetzungen beruhen auf einigen grundsätzlichen philosophischen Denkfehlern (die wir gleich im einzelnen erwähnen werden); sie haben zur Folge, daß Jaspers praktisch die Atomabrüstung auf einen utopischen Zeitpunkt im fernen zukünftigen Geschichtsprozeß verlegt, also im gegenwärtigen Stadium der politisch-historischen Entwicklung ihren Fortgang rechtfertigt. Es ist dies jener gefährliche Alles-oder-Nichts-Standpunkt, der sich weigert, an einem Punkte mit einem ersten Schritt anzufangen, weil dabei nicht das gesamte Resultat sofort vorliegt. Weil er nicht auf einmal alles haben kann, will er überhaupt nichts. Die Herstellung eines Weltfriedenszustandes auf Grund einer vertraglichen überstaatlichen Organisation der Einzelstaaten kann doch nur dann möglich werden, wenn zunächst einmal ein Abbau des gegenseitigen Mißtrauens erreicht ist und wenn die akute gegenseitige Bedrohung durch ständig weitergesteigerte Waffen einmal aufgehört hat. Solange jede der Großmächte fürchtet, die Einhaltung des Weltfriedenszustandes werde zur eigenen Unterlegenheit unter die andere führen, kann es keinen solchen Zustand geben. Erst die Abschaffung der Atomwaffen, als ein erster Teil einer solchen Rechtsvereinbarung über den Weltfrieden, kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß weitere Teile, z. B. die Kodifizierung eines durchsetzbaren Völkerrechts, ebenfalls wirklich zu werden vermögen. Jaspers verwechselt das Verhältnis von Teil und Ganzem, wenn er das Ganze vor dem Teil will. Die von Leibniz so genannte lex continui besagt, daß man nur im Durchgang durch kleine Einzelteile zu einem größeren Ganzen gelangt, d. h. anders formuliert: nur durch quantitative Fortschritte innerhalb des bestehenden so und so Beschaffenen kommt man zu dem Punkt, an dem sich der Umschlag in eine Qualität (hier also in die funktionable Weltorganisation) vollzieht [8]). Hier liegt der erste philosophische Denkfehler bei Jaspers.

Die Forderung nach einer Gesinnungsänderung der Menschen als Voraussetzung für die Abschaffung der Atombombe ist noch sinnwidriger. Jaspers rechtfertigt die Atombombe ja gerade aus der Angst vor dem Gegner, aus einer Angst, die er für berechtigt hält. Eine Gesinnungsänderung würde also bedeuten, dem Gegner plötzlich so viel Vertrauen entgegenzubringen, daß man sich vor ihm nicht mehr zu fürchten braucht. Da aber die Angst vor dem Gegner für berechtigt gehalten wird, gibt es kein Kriterium, das diesen plötzlichen Wandel zum Vertrauen rechtfertigen könnte — es sei denn, der andere würde einseitig auf seine militärische Position verzichten und sich auf Gnade ausliefern, was man billigerweise nicht verlangen kann.

---

[8]) Über die sinngemäße Übereinstimmung der lex continui mit dem dialektischen Gesetz des Umschlags vgl. H.-H. Holz, Leibniz, Stuttgart 1958.

„Nur wenn die gesamte Politik der Staaten in eine andere Richtung gelangt, kann der Erfolg eintreten. Und dies ist nur möglich durch den Wandel des Ethos und des Opfermuts unter Führung der Vernunft. Der Grundtatbestand aber ist, daß dies wiederum nicht möglich ist für den bei sich bleibenden Einzelnen, sondern erst im Miteinander, schließlich im Miteinander aller Völker" (S. 486).

Dieses geforderte Miteinander einer auf Vertrauen und Rechtlichkeit gegründeten Völkergemeinschaft ist also einerseits das Ergebnis eines grundsätzlichen Gesinnungswandels in der Politik (denn ohne dieses käme es nicht zustande), andererseits aber seine Voraussetzung (ohne die der Gesinnungswandel nicht eintritt). Eine solche logische Figur nennt man einen circulus vitiosus. Jaspers fällt also einem Zirkelschluß zum Opfer. Das ist der zweite philosophische Denkfehler. Der Gesinnungswandel kann erst erfolgen, wenn, institutionell gesichert, der Druck der Angst vor den Atombomben von den Menschen genommen ist. Auch hier ist der erste Schritt die Abschaffung der Atombombe.

Die dritte Forderung schließlich, die Abschaffung der totalitären Herrschaftsformen, geht davon aus, daß totale Herrschaft zugleich totalen Expansionswillen in sich schließt und darum auf die Atomwaffen nicht verzichten kann und wird. Sie vergißt jedoch, daß die totale Bedrohung durch die Atombombe überall die Tendenz zur totalen Herrschaft hervorgebracht oder verstärkt hat. In den klassischen Demokratien nach Montesquieu'schem Muster (die Jaspers als Vorbild freier Staatswesen vorschweben) — also in den USA, England, Frankreich — zeigt sich unter dem Druck der technischen Eigentümlichkeiten atomarer Rüstung ein zunehmender Hang zur totalen Herrschaftsregelung. (Wir lassen hier, vereinfachend, andere Ursachen dieser Entwicklung in den klassischen Demokratien zu undemokratischen Regierungsprinzipien außer acht, weil allein der Übergang zur atomaren Rüstung schon ausreichen würde, um eine solche Entwicklung einzuleiten, und weil es in der Auseinandersetzung mit Jaspers hier nur darauf ankommt, diesen einen Gesichtspunkt herauszustellen.) Selbst wenn man also die pauschale grundsätzliche Ablehnung sogenannter totaler Herrschaftsformen durch Jaspers teilt (worüber hier nicht gehandelt werden kann, da dieses Problem wesentliche staats- und gesellschaftsphilosophische Entscheidungen impliziert), müßte man die Abschaffung der Atomwaffen als eine Voraussetzung zur Abschaffung totalitärer Herrschaft betrachten, nicht umgekehrt. Hier liegt eine Verwechslung von Bedingendem und Bedingtem vor, der dritte philosophische Denkfehler, den Jaspers begeht.

Kommt Jaspers also zu dem Ergebnis, daß man die Atomwaffen vorerst beibehalten müsse — eine Folgerung, die an den Sophismus erinnert, man müsse erst aufrüsten, um abrüsten zu können —, so kann man dieser Schlußfolgerung eines Philosophen, die auf philosophischen Denkfehlern gegründet ist, kein Gewicht mehr beimessen. Indem er die Ablehnung der Atomwaffen von falschen Voraussetzungen abhängig macht, wird er indirekt zum Apologeten der Atomrüstung.

Die Paradoxie der Wahrheit

4. Dabei bleibt er jedoch nicht stehen. Auch unmittelbar verteidigt er die Atomrüstung mit Argumenten, die einer logischen Analyse nicht standhalten.

Die Grundtatsache des Atomkrieges ist die weitgehende oder vollkommene Vernichtung des Lebens auf der Erde. Ein totaler und konsequenter Atomkrieg (und wer zweifelt daran, daß er, einmal begonnen, total und konsequent geführt würde) bedeutet den Untergang der Menschheit. Eine radioaktiv verseuchte Erde bietet den Überlebenden keine Existenzmöglichkeit mehr. Wer den Hitze- und

Druckwellen der detonierenden Bomben entgeht, wird qualvoll den Folgen der radioaktiven Strahlung erliegen oder an der Verseuchung des Trinkwassers und der Lebensmittel zugrunde gehen. Genießbares wird in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr nachwachsen. Sterilität oder grauenvolle Erbschädigungen werden den winzigen Rest der Menschheit, der vielleicht am Leben blieb, zur Erhaltung der Art unfähig machen. Die Atombombe als Kriegsmittel i s t — das kann auch Jaspers nicht bestreiten — das Ende des Menschengeschlechts. Schon die Fortsetzung der Versuche trägt dazu bei, ernste irreparable Schäden herbeizuführen. Angesichts dieser fürchterlichen Perspektive wagt Jaspers die Unterscheidung von Leben und lebenswertem Leben:

„Der Atombombe, als dem Problem des Daseins der Menschheit schlechthin, ist nur ein einziges Problem gleichwertig: die Gefahr der t o t a l i t ä r e n H e r r s c h a f t mit ihrer alle Freiheit und Menschenwürde vertilgenden terroristischen Struktur. Dort ist das Dasein, hier das l e b e n s w e r t e Dasein verloren" (S. 22).

„Schließlich sahen wir, daß die Situation zu einer Alternative führen kann: entweder ob Menschen guten Willens um jeden Preis auf die Atombombe verzichten sollen, weil das Dasein der Menschheit im ganzen nicht in Gefahr kommen dürfe — oder ob es für den guten Willen möglich sei, auch das äußerste Opfer, den Untergang der Menschheit, zu wagen, wenn die Alternative die Knechtschaft unter der totalen Herrschaft ist" (S. 251).

Auf diese Alternative aber gibt Jaspers selbst die Antwort:

„Wer sagt, um jeden Preis müsse die Menschheit am Leben bleiben, ist nur glaubwürdig, wenn er weiß, was Totalitarismus ist: die von uns erlebte und vorher geschilderte Verwandlung der menschlichen Lebensbedingungen dorthin, wo der Mensch aufhört, er selbst zu sein. Der Totalitarismus schafft den Frieden als eine Wüste, die gegen revoltierende menschliche Ansprüche doch immer wieder durch Gewalt hergestellt wird . . . Wer noch in der Welt als einem Konzentrationslager ein lebenswertes Leben für möglich hält, muß bedenken: das Vertrauen in den Menschen ist nur berechtigt, soweit er einen Spielraum für seine Freiheit hat. Dieser ist die Bedingung seiner Möglichkeiten . . . Das Leben, das zu retten der zur Freiheit geborene Mensch alles tut, was möglich ist, ist mehr als Leben. Darum kann das Leben als Dasein, wie das einzelne Leben, so alles Leben, eingesetzt und geopfert werden um des lebenswürdigen Lebens willen" (S. 228 f und 231).

Diese Stellen mußten so ausführlich zitiert werden, w e i l s i e d a s U n g e h e u e r l i c h e a u s s p r e c h e n: die Menschheit soll lieber grausam untergehen, als eine Staatsform erhalten, was ja an sich keineswegs bevorsteht, die den Freiheitsvorstellungen von Herrn Jaspers zuwiderläuft.

Wir möchten hier nicht über die inhumane Intoleranz, über den barbarischen Vernichtungswillen, über den unkontrollierten Haß sprechen, die sich in diesen Worten äußern. Wir wollen nicht, wie Jaspers, mit Affekten operieren. Vor dem Urteil der Vernunft hält jene Alternative nicht stand. Das allein reicht aus, um sie ad absurdum zu führen.

Wenn Jaspers seine Vorstellungen vom „lebenswerten Leben" zum absoluten Wertmaßstab für Weiterleben oder Untergang macht, so maßt er sich an, über die Gesamtheit nicht nur seiner Mitmenschen, sondern sogar aller zukünftigen Generationen (die dann nicht mehr sein würden) zu entscheiden. Er teilt sich selbst totale Verfügungsgewalt über das Menschengeschlecht zu, die ihm bzw. den Verantwortlichen für die Auslösung eines Atomkrieges gleichsam die Rolle Gottes übertrüge. Kann man sich ein größeres Maß an Totaliät, an umfassendem Totalitarismus überhaupt vorstellen? Die Alternative wird sinnlos, weil in ihr nicht mehr sogenannte Freiheit gegen sogenannte totale Herrschaft steht, sondern nur noch die Totalität des verfügten Untergangs gegen die Totalität des geordneten und reglementierten Lebens. Zieht Herr Jaspers, ziehen mit ihm andere den Tod einem Leben in ihnen unwert erscheinenden Lebensformen vor, so steht ihnen der Selbstmord frei. Wie aber können sie, ohne ihr eigenes Freiheitsprinzip zu

verraten, den Tod über jene verhängen wollen, die ein Leben unter „totaler Herrschaft" aus diesen oder jenen Gründen bejahen? Selbst wenn man also Herrn Jaspers seine Auffassung vom Sowjetsystem als einem totalen Herrschaftssystem in seinem Sinne zugibt, ist seine Schlußfolgerung, das „Ja" zum eventuellen Atomtod, nicht zwingend, sondern evident falsch. Es gibt ja Millionen von Menschen, die im Sowjetstaat glücklich sind und dabei keineswegs die Werte ihres Lebens zerstört, sondern vielmehr gesteigert finden. Wer gibt den Atomstrategen das Recht, über die Fortexistenz von Millionen von Menschen in der östlichen Welt unabänderlich zu befinden?

Zudem muß es überhaupt Leben geben, damit es lebenswertes Leben geben kann. Die ontologischen Fundierungsverhältnisse lassen die Wertschicht auf der Schicht biologischer Existenz aufruhen [9]). Es gibt kein isoliertes Wertreich. Die Möglichkeit, lebenswertes Leben weiterzuführen und neu zu entwickeln, würde genommen, zerstörte man die gründende Schicht, die des biologischen Lebens.

Transzendenz und Konformismus

So entfällt auch das zweite Argument Jaspers', das in der Bereitschaft zum Opfer den Sinn des Menschseins sieht.

„Die mögliche Alternative zwischen Totalitarismus und Atombombe oder zwischen Zerstörung der Freiheit menschenwürdigen Lebens und dem möglichen Untergang aller Menschen soll erblickt werden. Die Verweigerung dieses Blickes bedeutet den Verlust des Opfermutes. Opfer aber bleibt die Grundlage eigentlichen Menschseins" (S. 107).

„In der neuen Lage vor dem Abgrund ist das bloße Leben an das würdige Leben gebunden . . . Die Ehrfurcht vor dem Leben ist nicht das Letzte. Die Lebensheiligung ist unwahr und unwahrhaftig und wird verderblich für die gesamte Lebensverfassung, wenn das Leben als solches zum absoluten einzig Positiven gesteigert wird . . . Wagnis und Opfer des Lebens sind die Bedingung, ohne die ein menschenwürdiges Leben nicht gewonnen wird" (S. 479).

Die Predigt vom Opfer, die Jaspers im 3. Kapitel des ersten Teils seines Buches hält, hat mythologische Hintergründe. Darauf einzugehen, verbietet der hier zur Verfügung stehende Raum. Der Sinn des Opfers verweist auf die Transzendenz, begründet sich nur von ihr her. Die Transzendenz aber ist dem Menschen gerade nur im Gleichnis, in der Stellvertretung seines unvollkommenen Denkens, in der analogia entis (wie die scholastische Philosophie sagt) zugänglich, vorausgesetzt, daß sie geglaubt wird. Es gibt keinen objektiv gültigen Beweis dafür, was sie ist und daß sie ist. Aus seiner subjektiven, keineswegs von allen Menschen geteilten Gewißheit fordert Jaspers die objektive Wirklichkeit des Selbstopfers der Gesamtmenschheit. Ein Opfer, das nicht aus einer verbindenden mythischen Weltsicht heraus freiwillig gebracht oder auf sich genommen wird, ist keines mehr, sondern Mord. Als im Aztekenreich einst Zehntausende an den Altären anstanden, um sich abschlachten zu lassen, war ihnen der Glaube gemeinsam, der ihr Opfer subjektiv sinnvoll machte. Das Grauenvolle der Menschenhekatomben vollzog sich — wenigstens zumeist — im Einverständnis mit den Geopferten. Was Jaspers aber fordert, ist die Bereitschaft zur Opferung der gesamten Menschheit, auch der nicht Einverstandenen. Hier hebt die Idee des Opfers sich selbst auf.

Ein Opfer hat nur einen Sinn, wenn es durch seine Darbringung etwas verwirklicht. Was aber könnte noch verwirklicht werden, wenn es kein Menschenleben mehr gibt, um dessentwillen Opfer gebracht würden? Um dieser Frage zu entgehen, muß Jaspers auf die Unsterblichkeit rekurrieren. Damit schließt sein Buch, in einem Appell, sich auf die Mächte der Transzendenz zu verlassen, die Geschick und Unsterblichkeit zuteilen. Nicht der tätige Mensch, der sein Schicksal verant-

[9]) Vgl. Nikolai Hartmann, Der Aufbau der realen Welt, Berlin 1940.

wortlich in die Hand nimmt, sondern der quietistisch der Meditation, dem „Denken aus dem Umgreifenden" hingegebene ist es, den Jaspers erwecken will. Ihm verheißt er die Transzendenz, wie z. B. in der Frankfurter Rede:

„Die Weltlage ist drohend: heute ist der Weltfrieden die einzige Rettung. Aber immer gab es Kriege. Wie soll das Ungeheure möglich werden, daß keine Kriege mehr geführt werden? Für unser Wissen nicht durch die Magie eines übergeordneten Geschehens, auf das sich zu verlassen bequem und verantwortungslos wäre, auch nicht allein durch eine rational erdenkbare Apparatur, die das Erwünschte herstellen möchte, sondern durch unsere tägliche bewährte Freiheit. Der Unbedingtheit dieser Freiheit kommt dann vielleicht die transzendente Macht zu Hilfe, die wir in unsere Voraussicht nicht einstellen können, deren unbestimmbare Möglichkeit uns jedoch ermutigen darf, wenn der bloße Verstand ratlos wird."

Mit ähnlichen Worten endet auch sein Buch, das sich im Untertitel „Politisches Bewußtsein in unserer Zeit" nennt: im Verzicht auf politisches Handeln. Dem Staatsmann (welchem?!) wird überlassen, das Rad der Weltgeschichte weiterzudrehen, sei es auch in der Richtung auf den Abgrund. Der Mensch aber soll sich still verhalten, auf transzendente Hilfe warten und sich seiner Freiheit unter dem Fallbeil der Atombombe sicher wähnen [10]).

5. Mit all dem kommt Jaspers jenen zu Hilfe, die die Atomrüstung betreiben. Er fällt denen in den Rücken, die eine friedliche Lösung, eine atomare Abrüstung erstreben, um die Menschheit vor dem möglichen Untergang zu retten. Seine Politik ist nicht aus dem leidenschaftslosen Erwägen, sondern aus dem Affekt erwachsen und mündet in die Rechtfertigung einer Politik ein, wie sie in der Bundesrepublik von der Regierung Adenauer betrieben wird. Expressis verbis wird diese Rechtfertigung in der Frankfurter Rede ausgesprochen:

„Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: ‚erst der Friede, dann die Freiheit' täuscht . . . Welch große Aussicht, wenn auf der einen Seite eine Sozialdemokratie, befreit vom Dogma einer marxistischen Weltanschauung, in klarer Vorstellung der Weltlage, die Außenpolitik Adenauers zu der ihrigen machte, die Wirtschaftspolitik, die das Wirtschaftswunder ermöglichte, in den Grundzügen akzeptierte, und nun mit dem ganzen Ernst sozialer Gerechtigkeit für die Solidarität des Operierens aller Glieder der Arbeit, nicht für einen Kampf von nicht mehr existierenden Klassen sich einsetzte!"

Hier besiegelt Jaspers seinen Konformismus. Nicht mehr die Freiheit der politischen Gegensätze, sondern die totale Gleichschaltung liegt ihm am Herzen. Er entlarvt damit selbst seine Alternative — Freiheit mit Atombombe gegen totale Herrschaft — als eine sophistische. Was er will, ist die totale Herrschaft des Antikommunismus gegen den Kommunismus, auf die Gefahr des Untergangs der Menschheit hin, ist also eine neue Spielart des Faschismus (wie ja stets der Antikommunismus in den Faschismus umzuschlagen droht). Wahrscheinlich hat Karl Jaspers keine konkrete Vorstellung davon, wie der von ihm skizzierte gleichgeschaltete Staat aussehen würde — sicher ist jedenfalls, daß der von ihm erhobene Totalitätsanspruch, den wir in Abschnitt 4 dieses Aufsatzes herausgehoben haben und den wir durch die Frankfurter Rede bestätigt fanden, eine freie Selbstverwirklichung des Menschen nicht mehr gestatten, sondern in einem allgemeinen Konformismus ersticken würde. Dieser Konformismus aber mit den Politikern der Atomrüstung ist zugleich die Triebfeder des Buches über die Atombombe, das in eine Apologie der Atombombe einmündet.

---

[10]) Es ist kein Zufall, daß die Hörer der Jaspers'schen Vorträge im Rundfunk ihm ratlos schrieben, was sie denn nun tun sollten. (Vgl. Die Atombombe . . ., S. 470). Diese Ratlosigkeit ist das vielleicht nicht unbeabsichtigte Ergebnis seiner philosophischen Atomstrategie.

Pastor Adolf Schmidt

Das Wort der Evangelischen Kirche zu den Massenvernichtungsmitteln

Die Aufgabe

Die Frage nach der Rechtfertigung oder Verwerfung der Massenvernichtungsmittel ist in der Evangelischen Kirche durch die „Anfrage" der Kirchlichen Bruderschaften an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Ende April dieses Jahres tagte, in ein entscheidendes Stadium getreten. In dieser Anfrage, die von etwa 2000 Pfarrern und Nichttheologen unterzeichnet wurde, legten die Bruderschaften der Synode ihren absolut ablehnenden Standpunkt vor und fragten, ob die Synode sich diese Stellungnahme nicht auch zu eigen machen könne und müsse. Wenn die Synode das nicht vermöge, müsse sie die Bruderschaften aus Schrift, Bekenntnis und Vernunft von der Unvereinbarkeit ihrer Thesen mit dem evangelischen Zeugnis überführen. In der berühmten These 10 sagten die Bruderschaften, daß ein gegenteiliger Standpunkt als der in der „Anfrage" dargelegte oder Neutralität christlich nicht vertretbar seien. Beides bedeute die Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens.

Im Maiheft dieser Zeitschrift fragten wir im Anschluß an die Synode: „Wann kommt die Antwort der Synode?" Die Synode war nämlich die klare Antwort auf die Frage der Bruderschaften schuldig geblieben. Wir schrieben damals, daß das Anliegen der Bruderschaften von der Synode nicht abgewiesen, sondern ernst genommen worden sei. Trotzdem könnten sich die Bruderschaften mit dem Ergebnis der Synode nicht zufrieden geben. Eine Antwort auf ihre Frage sei nicht erfolgt: weder habe sich die Synode das Bekenntnis der Bruderschaften zu eigen gemacht, noch habe sie es nach Schrift, Bekenntnis und Vernunft widerlegen können und widerlegt.

Der Beschluß der Synode in der Sache endete mit der Feststellung der bestehenden Gegensätze in den Auffassungen innerhalb der Synode: „Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereitstellung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann." Daraus wurde die Folgerung gezogen: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung der Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen." Damit hatte die Synode sich selber und der ganzen Kirche die unausweichliche Aufgabe gestellt, eine eindeutige Antwort zu suchen und zu finden.

Wir schrieben im Mai: „Die Kirchlichen Bruderschaften werden ihre ganze Leidenschaft und alle ihre Kräfte daran setzen müssen, ihren Beitrag zu der fälligen Antwort zu leisten." Die Bruderschaften sind inzwischen nicht untätig gewesen. Nachdem sie sich auch organisatorisch ein wenig enger zusammengeschlossen hatten zu einem „Arbeitskreis Kirchlicher Bruderschaften", sind sie an die Arbeit gegangen, um in der theologischen Überprüfung und Begründung ihrer Haltung noch deutlicher und substanzierter zu werden. Nach eingehender Vorarbeit in verschiedenen Arbeitskreisen der Bruderschaften und in einem Kreis von Professoren, der in Göttingen tagte, wurde auf einer Vertretertagung der Kirchlichen Bruderschaften vom 2.—4. Oktober in Frankfurt am Main das Fazit gezogen.

Die Tagung in Frankfurt

An dieser Tagung nahmen etwa 180 Delegierte teil, darunter 31 aus der DDR. Unter den letzteren befanden sich Bischof Jänike (Magdeburg), die Professoren Schmauch und Band (Greifswald), Benkert (Rostock) und Rektor Hamel vom Predigerseminar in Naumburg. Aus der Bundesrepublik waren anwesend Kirchenpräsident Niemöller, der auch den Schlußgottesdienst hielt, die Professoren Wolf (Göttingen), Iwand (Bonn), Fischer (Berlin) und Wolfgang Schweitzer (Bethel). Es fehlten auch nicht Vertreter ausländischer Kirchen aus Ost und West. Prof. Wolf hielt das Referat der Tagung mit dem Thema „Die Einheit der Kirche in Glaube und Gehorsam". Leider mußte Prof. Barth aus Basel absagen. Er bekannte sich in einem Brief aber ganz eindeutig zu der Arbeit der Bruderschaften: „Sagen Sie es jedem, daß ich mit diesen Thesen (gemeint sind die 10 Thesen der ‚Anfrage') mit Einschluß der zehnten übereinstimme, wie wenn ich sie selber geschrieben hätte." Das Ergebnis der Tagung liegt vor in einer „Theologischen Erklärung", die allen Mitgliedern der Bruderschaften zur Unterschrift und Selbstverpflichtung vorgelegt wird. Die Erklärung wurde dem Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und allen Kirchenleitungen zugesandt. Das gesamte der Tagung vorgelegene Material wird demnächst in einem Sammelband veröffentlicht werden, der außer der Theologischen Erklärung einen ausführlichen theologischen und exegetischen Kommentar dazu, Predigtmeditationen, das Referat von Prof. Wolf, das Ergebnis der Göttinger Professorenkonferenz, einen Katalog der Einwände gegen die Bruderschaften und anderes enthalten wird. Damit wird ein begründetes Bekenntnis abgelegt, bei dem sich alle Unterzeichner persönlich engagieren, an dem die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Kirchenleitungen und alle evangelischen Christen nicht vorbeigehen können. Der Wortlaut der Erklärung von Frankfurt sei hier mitgeteilt:

„Theologische Erklärung"

„Auf die Frage ‚Was heißt Jesus Christus in der atomaren Bedrohung der Welt zu bekennen?' antworten die vom 2.—4. Oktober 1958 in Frankfurt am Main versammelten Vertreter Kirchlicher Bruderschaften in Deutschland:

I. Die christliche Gemeinde verkündigt Jesus Christus, den einen Offenbarer des einen gnädigen Willens Gottes. Damit bekennt sie, daß Jesus Christus der Herr der Welt ist. Ihm sind auch alle Bereiche des Lebens untertan, in denen die Menschen Wahrheit suchen, Recht setzen und Macht ausüben. Das ist zwar der Welt noch verborgen, der Kirche aber im Glauben gewiß.

Es gibt keine Werte und Ordnungen, Prinzipien und Ideale für das menschliche Leben, durch die das eine Wort Gottes, Jesus Christus, gedeutet, begrenzt oder suspendiert werden kann; ihre Anerkennung und Anwendung bedürfen und unterliegen vielmehr stets der Begrenzung, Interpretation und Korrektur durch Ihn.

II. Jesus Christus ist am Kreuz gestorben, damit auch wir, der Sünde gestorben, in der Kraft seiner Auferstehung mit dem Tun der guten Werke ihm leben. Die Heilstat Jesu Christi wird verleugnet, wenn sie nicht als Zuspruch und Anspruch gepredigt wird. Der Zuspruch der Rechtfertigung ist immer zugleich der Weg zur Umkehr in der Heiligung des Lebens. Wie die Rechtfertigung den Sünder ganz rechtfertigt, so gilt die Heiligung unserem ganzen Leben. Deshalb ist auch das politische Dasein dem Anspruch des Glaubensgehorsams nicht entzogen.

III. Das neue Leben aus dem Evangelium Jesu Christi schließt in sich die tätige Mitverantwortung der Gemeinde wie des einzelnen für die Erhaltung menschlichen Lebens und darum auch für die durch Gottes Geduld ermöglichte Einrichtung menschlicher Rechtsordnungen. Der christliche Glaube erkennt den Staat an

als von Gott in seiner Gnade gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden soll bis zum Ende der Tage. Die Mitverantwortung des Christen für den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen und sie vor dem Mißbrauch der Macht zu bewahren. So gehört unser Tun zum Regiment Christi, der sein Reich dadurch vor der Welt bekundet und in unserer Schwachheit seine Macht offenbart (vgl. Apol. IV, 189).

In der Wahrnehmung dieser Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung der Massenvernichtungsmittel in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannten Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung.

Wer diese unsere Warnung vor den Massenvernichtungsmitteln als Einladung zum Glauben an die Verheißung des Evangeliums versteht, der hat uns recht verstanden.

Diese unter dem Worte Gottes gewonnene Erkenntnis bindet uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und verpflichtet uns zu entsprechendem Handeln."

Wird es zur Antwort der Synode kommen?

Die Bruderschaften haben sehr aufmerksam auf die Einwände gegenüber der „Anfrage" gehört und sie ernsthaft geprüft, sehen sich aber nicht in der Lage, sachlich hinter die „Anfrage" zurückzugehen. Sie bleiben eindeutig bei ihrem Bekenntnis. Daß der Wortlaut der These 10 nicht wiederholt wird, liegt daran, daß man die jetzt verwandte Formulierung in der Theologischen Erklärung für unmißverständlicher hält.

Es ist nun an der Synode, an den Kirchenleitungen und allen evangelischen Christen, zu diesem Zeugnis Stellung zu nehmen. Werden sie es tun? Wird es zur Antwort der Synode kommen? Wird die evangelische Kirche der Welt den Dienst tun, den vielleicht nur sie allein tun kann? Oder wird sie die Bruderschaften allein lassen in ihrem anstrengenden „Handgemenge mit den Mächten und Gewalten, mit den Geistern und Dämonen im Lande des ‚Wirtschaftswunders', mit seinem gedankenlosen Anschluß an die Nato, mit seiner Remilitarisierung, seinem Militärseelsorgevertrag, seiner Atomwaffen-Aufrüstung, seiner panischen Russenangst, seinen Kreuzzugsstimmungen, seinen alten Nazis, mit all dem Fatalen, was ‚Bonn' und CDU dort sachlich und personell auch und nicht zuletzt in der evangelischen Kirche bedeuten?" (Karl Barth, Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 34).

Bis zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, sind erst wenig Stimmen als Echo auf die Frankfurter Tagung bekannt. Als erstes Echo teilte der Ev. Pressedienst eine „lutherische" Stellungnahme mit. Es geht aus dieser Meldung nicht hervor, wer die „lutherischen Kreise" sind, die sich da äußern. Sie sehen auf jeden Fall nicht den Ernst des Rufes aus Frankfurt, sondern vermögen in ihm lediglich eine „erschreckende Anmaßung" zu sehen. „Man bedauert diese neue

Aktion der Bruderschaften, die in unnötiger Weise die Fronten erneut verhärte und jedes Hören auf die Argumente der anderen Seite vermissen lasse. Auf diese Weise könne man das in der evangelischen Kirche erforderliche Gespräch nicht führen. Sollte es bei der gegenwärtigen Verhärtung der innerkirchlichen Fronten bleiben, so hält man eine erneute Verhandlung der atomaren Frage auf einer Synode der EKD für wenig aussichtsreich." Es wird nach der Veröffentlichung des oben erwähnten Sammelbandes über die Frankfurter Tagung auch dem Böswilligsten klar sein, wie sehr man die Argumente der anderen Seite ernsthaft geprüft hat. Wird in dieser „lutherischen" Verlautbarung etwa jetzt schon versucht, ein erneutes Gespräch auf der Synode zu torpedieren?

Es ist hoffnungsvoll, daß inzwischen im lutherischen Lager Stimmen laut geworden sind, denen man ihr Luthertum nicht gut wird absprechen können, die es gewagt haben, die Argumentation der „Lutheraner", die sich für die Rechtfertigung des Gebrauches der Massenvernichtungsmittel einsetzen — wie etwa Prof. Künneth, dem „lutherischen" Kronzeugen in verschiedenen CDU- und anderen Verlautbarungen —, zu beleuchten, und sogar soweit gehen, in dieser Richtung vom Mißbrauch der lutherischen Bekenntnisschriften zu sprechen. Diese Stimmen kommen aus der lutherischen Hochburg Neuendettelsau, und zwar von Dozenten der dortigen Kirchlichen Hochschule (Lutherische Stimmen zur Frage der Atomwaffen, Theologische Existenz Nr. 67, Kaiser-Verlag, München).

Auch auf der reformierten Seite der evangelischen Kirche scheint das Gespräch über die Sache hoffnungsvoll zu verlaufen. Vom 29. September bis 1. Oktober tagte in Bremerhaven-Lehe die Jahreshauptversammlung des Reformierten Bundes für Deutschland, in dem fast alle reformierten Landeskirchen und Gemeinden Deutschlands zusammengeschlossen sind. Die Hauptversammlung verabschiedete ein Wort, das keinen Zweifel darüber läßt, daß der Staat keinesfalls in der Wahl der Mittel, die er gebraucht, um für Recht und Frieden zu sorgen, souverän ist, sondern daß er darin durch die Königsherrschaft Jesu Christi begrenzt ist. Das Wort lautet:

„Um für Recht und Frieden in der noch nicht erlösten Welt zu sorgen, nimmt Jesus Christus, der Herr der Welt, den Dienst der Obrigkeit in Anspruch.

1. Die Obrigkeit ist also nicht souverän, sondern darf unter diesem einigen Herrn nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens ihren Dienst verrichten.

2. Die Obrigkeit ist in ihren Entscheidungen nicht sich selber überlassen, sie kann nicht Entschlüsse nach ihrem Gutdünken fassen, sondern im Vertrauen und Gehorsam diesem Herrn gegenüber.

3. Indem die Obrigkeit nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden sorgt, ist sie auch in der Auswahl der Gewaltmittel nicht sich selber überlassen".

Darin bestand auf der Hauptversammlung Einmütigkeit. Aus Zeitmangel konnte die Frage nicht zuende behandelt werden, ob die modernen Massenvernichtungsmittel von Gott überlassen und also zu billigen oder selbstherrlich geschaffen und verwandt und also zu verwerfen seien. Der Reformierte Bund rief aber seine Glieder auf, „das Gespräch unter dem Wort mit aller Dringlichkeit fortzusetzen".

Daß der Rheinische Konvent, wie ebenfalls der Ev. Pressedienst berichtet, sich gegen die Frankfurter Erklärung wendet, ist bei seiner Nähe zur CDU nicht verwunderlich. Der Konvent ruft alle evangelischen Christen auf, sich „der Ausfechtung des Atomstreites mit angeblichen Argumenten des christlichen Glaubens entschieden zu versagen (!!) und vielmehr auf Frieden und Einigkeit in der Kirche bedacht zu sein". Verlautbarungen wie die des Rheinischen Kon-

vents zeigen, wie dringend erforderlich es ist, „noch einmal mit jenem Exerzitium des ABC anzufangen, das den Christen zum Christen macht, d. h. noch einmal auf das uns alle angehende und verpflichtende, uns allen zur Bezeugung aufgetragene Wort Gottes zurückzukommen, uns darüber Rechenschaft zu geben, was das Evangelium von seiner freien Gnade gerade uns und unseren Gemeinden jetzt und hier zu sagen haben möchte" (K. Barth a.a.O. S. 35).

Das Wort der Kirche

Die angeführten Stimmen zeigen, daß innerhalb der evangelischen Kirche die Dinge noch durchaus im Fluß sind. Man hat zwar einerseits den Eindruck, daß bei manchen sich die Bereitschaft zum Suchen nach dem heute gebotenen Zeugnis verringert hat, daß aber andererseits doch ein deutlicher Fortschritt in Richtung einer dem Evangelium entsprechenden Antwort auf die Frage unserer Zeit zu verzeichnen ist. Wie könnte das auch anders sein in Anbetracht dessen, was das Evangelium lehrt! Solange es aber zu keinem einmütigen Zeugnis der organisierten Kirche kommt, wird man in dem Zeugnis der Bruderschaften die Antwort zu sehen haben. Wenn dieses Zeugnis aus Schrift, Bekenntnis und Vernunft nicht widerlegt werden kann, werden die Bruderschaften allen Mitchristen und Nichtchristen zumuten müssen, hier die gebotene Weisung des Evangeliums zu hören und danach zu tun. Das Faktum dieses Zeugnisses ist jedenfalls nicht zu übersehen und aus der Welt zu schaffen.

Wird es bei dem protestantischen Kirchenverständnis je anders sein, als wie Karl Barth es 1952 angesichts der Remilitarisierungsfrage in seiner Schrift „Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens" ausführte?: „Wie kann es dazu kommen und wie kann denn das zugehen, daß die Kirche ihrem politischen Auftrag gerecht wird? Gewiß nur in seltenen und gewiß gerade nicht in den schwersten und wichtigsten Fällen so, daß sie sich als organisierte Körperschaft, gestützt auf eine greifbare Mehrheit ihrer Glieder und hörbar im Votum ihrer amtlichen Vertretungen hinsichtlich der zu vollziehenden politischen Entscheidung einig würde, daß sie also in einer gewissen Einmütigkeit und Offizialität ihr Ja oder Nein in der Öffentlichkeit auszusprechen in der Lage wäre. So müßte es freilich sein. Auf solche Einmütigkeit und ihren Ausdruck in Synodalbeschlüssen und ähnlichen Kundgebungen zu warten, würde aber — und das nicht nur in unseren schwerfälligen Volkskirchen — bedeuten, daß die Kirche jeweils gerade in den brennendsten politischen Fragen überhaupt nicht oder immer erst zu spät, nachdem alles längst vorbei ist, das Kind schon ertrunken, das Haus schon verbrannt ist, zum Zuge, zu irgendeinem nachträglichen Wort (um nicht zu sagen: zu einem Wort in Form eines Treppenwitzes) kommen würde ... Soll der politische Auftrag der Kirche überhaupt und rechtzeitig wahrgenommen werden, dann wird das faktisch-praktisch nur in Gestalt von Stellungnahmen und Äußerungen einzelner ihrer Glieder geschehen können: vollzogen in der Freiheit und Gebundenheit ihrer persönlichen christlichen Verantwortung. Es war schon in der Apostelzeit so, es war nie anders: die Kirche redete und handelte, während die vielen, die Offiziellen zauderten, schwiegen, diskutierten, zunächst durch den wagenden Dienst des Wortes und der Tat vorauseilender einzelner. Es kann auch in Sachen des politischen Gottesdienstes nicht anders sein".

Genau dieses geschieht in dem Tun der Bruderschaften, in ihrem Anruf und Aufruf an Kirche und Welt. Der einzige Unterschied ist, daß es nicht nur das Tun einzelner ist, sondern ein Tun in der Gemeinschaft vieler Brüder. Statt des vielen leeren und oft zimperlichen Seufzens und Scheltens sollte man genau hören und dann gewiß auch genau prüfen, aber auch entschlossen Ja sagen und entspre-

chend tapfer handeln, wenn es sich erweist, daß das Wort der Wahrheit hier laut wird, das Wort, das den Vorrang vor allen möglichen menschlichen Überlegungen und Interessen beansprucht.

In dieser Verbindlichkeit wollen die Bruderschaften verstanden sein. Dabei geht es ausgesprochenermaßen nicht um ein pharisäisches Richten über die, die diese Entscheidung nicht oder noch nicht einzusehen vermögen oder sie nicht oder noch nicht mitvollziehen, und nicht um deren Exkommunizierung, sondern um die Einladung an sie, im gemeinsamen Zeugnis die Einheit des Glaubens zu bekunden. Es ist der ausdrückliche Wunsch der Bruderschaften, das nach der letzten Synode erforderliche Gespräch in der Kirche weiterzuführen. So allein kann man in rechter Weise „unter dem Evangelium zusammenbleiben". Das Wort der Bruderschaften ist gesprochen in der Hoffnung, daß die Evangelische Kirche in Deutschland in der anstehenden Frage „erneut zu der Einmütigkeit des Zeugnisses zurückkehrt, das sie früher bereits bekundet hat".

Senator a. D. Ernst Plate

Hamburg und Rostock

Die nachstehenden Ausführungen des Vorsitzenden des Vorstandes der Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft zeigen deutlich die verhängnisvollen wirtschaftlichen Auswirkungen einer vom atomstrategischen Denken bestimmten Politik für die Seehandelsstadt Hamburg und den gesamten deutschen Wirtschaftsraum. D. Red.

Wir Hamburger haben uns seit Kriegsende alle Mühe gegeben, um die Verbindungen mit dem natürlichen Hinterland des Hafens in Mittel- und Osteuropa neu zu festigen und auszubauen. Wer diese Bemühungen als „puren Egoismus" abtut und dahinter lediglich eine Wahrnehmung handfester Interessen der Hafenwirtschaft, der Seeschiffahrt und des Außenhandels vermutet, der macht sich die Dinge allzuleicht. Für uns stand von Anbeginn an hinter dieser oft schwierigen Kontaktpflege allein der Wunsch, Hamburg als Bindeglied zu erhalten, das allen trennenden Tendenzen entgegenwirkt und den Zusammenhalt bewahrt. Unser Freihafen war uns dabei mehr als nur ein symbolischer Faktor. Wir sehen bis heute in ihm eine wirtschaftlich neutrale Plattform, die auch — wenn es nach uns ginge — politisch neutralisierend wirken könnte.

Wenn dennoch dieses Hamburger Bemühen im Zeichen einer wirklichen gesamtdeutschen Verantwortung vor allem jenseits der Elbe nicht auf Verständnis stößt, so mag das bedauerlich sein, es entbindet uns aber nicht von der Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen auf unserem Wege weiterzugehen.

Was derzeit in Ost-Berlin auf verkehrspolitischem Gebiet verlautet, läßt leider auf eine zunehmende Verkehrsautarkie schließen. Vom sowjetrussischen und polnischen Gesichtspunkt aus, unter dem Blickwinkel der Häfen Leningrad und Gdynia, wäre diese Abkehr vom Westen noch einigermaßen verständlich. Im frachtempfindlichen Massengutverkehr lassen sich dabei vielleicht sogar einige Erfolge erzielen, denn die direkten Seefrachten werden nicht selten trotz der berechneten Aufschläge günstiger sein als die Transportkosten bei einer Um-

ladung in einem Nordseehafen. Anders sieht es schon bei der wertvolleren Stückgutladung aus. Selbst nach sowjetischen und polnischen Häfen wird der Ostsee-Direktverkehr im allgemeinen unwirtschaftlich sein, denn beim Stückgut kommen die großen Vorteile der internationalen Linien-Schiffahrt zum Tragen, die der Ladung in den Nordseehäfen mit dichten Verbindungen in alle Teile der Welt geboten werden.

Was aber verspricht sich nun Ost-Berlin von dieser Ostsee-Verkehrsautarkie, die an die römische Politik des „mare nostrum" (aus alter und neuerer Zeit) erinnern muß? Hier steht der fachlich geschulte Beobachter vor einem Fragezeichen. Was ihm im Falle der Sowjetunion und Polens immerhin noch einleuchten mochte, verliert für den östlichen Teil Deutschlands jegliche ökonomische Berechtigung. Alle Versuche, die von Mitteleuropa, insbesondere von Mitteldeutschland, ausgehenden Verkehrswege nach Übersee auf dem Umweg über die Ostsee zu verselbständigen, sind dazu verurteilt, wirtschaftliche Fehlinvestitionen zu sein. Dennoch werden sie unternommen. Der Ost-Berliner Beschluß, Rostock zum „größten Überseehafen" auszubauen, beweist es. Ob man dabei auch die Konsequenzen bedacht hat, die dieser Schritt zwangsläufig im Gefolge hat? Einmal muß der Ausbau Rostocks zu einer ungesunden Zersplitterung unter den Ostseehäfen führen, die auch nicht ohne Auswirkung auf die Hafeninteressen der politischen Freunde Ost-Berlins in Warschau bleiben kann; zum anderen wird hier eine Linie verfolgt, die in ihrem Endergebnis dem gesamtdeutschen Denken zuwiderläuft.

Halten wir uns einmal einige Tatsachen vor Augen: Da ist zunächst an die Elb-Staustufe Geesthacht zu denken, die gemeinsam von der Bundesregierung und Hamburg mit einem Aufwand von mehr als 60 Millionen DM gebaut wird. Maßgebend war dafür die Überlegung, die Elbe im Interesse aller ihrer Anlieger in Mitteleuropa — also in erster Linie auch der östlichen Volkswirtschaften — als Transportweg wieder attraktiver zu machen. Die Vertiefung der Unterelbe zwischen Cuxhaven und Hamburg machte es erforderlich, den Oberlauf des Stromes gegen die Gefahren der Erosion abzuschirmen. So galt die Staustufe Geesthacht als Anfang einer gesamtdeutschen Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Wasserweg von Hamburg ins Hinterland zu verbessern und so leistungsfähig wie möglich zu gestalten. Seit Jahren wurde offen über dieses Projekt gesprochen, von der anderen Seite der Zonengrenze war kein Widerspruch zu hören. Als dann die Bauarbeiten schon längere Zeit im Gange waren, fuhr man in Ost-Berlin — gewissermaßen aus heiterem Himmel — grobes Geschütz auf. Die Staustufe — so hieß es — könne unter Umständen weite Gebiete Mecklenburgs unter Wasser setzen. Wenig später folgte dann der zweite Schritt: die Einführung einer Wasserstraßenabgabe, mit der Ostberlin vor allem den völkerrechtlichen Grundsatz verletzte, nach dem internationale Wasserstraßen frei von Abgaben zu halten sind.

In engem Zusammenhang mit der Staustufe Geesthacht steht das seit Jahren erörterte Projekt des Nordsüdkanals, der den Binnenschiffsweg zwischen Hamburg und Magdeburg — und damit auch in das obere Stromgebiet der Elbe — verkürzt und verbessert. In Widerspruch zu einer bereits gegebenen schriftlichen Zusage lehnten die zuständigen Ostberliner Stellen die Experten-Gespräche ab, die von Hamburg für dieses Vorhaben vorgeschlagen worden waren. Damit entfiel auch die Möglichkeit, mit dem Elbe-Anliegerstaat Tschechoslowakei zu einer Abstimmung zu gelangen. Dieser Vorschlag hätte zudem zu einem politisch bedeutsamen Interessen-Ausgleich aller Elbe-Anlieger führen können. In Ostberlin startete man aber eine Gegenaktion und verkündete den Beschluß, Rostock durch einen Kanal quer durch Mecklenburg hindurch mit der Elbe und dem mitteldeut-

schen Wasserstraßennetz verbinden zu wollen. Auch dieser Beschluß steht im Widerspruch zu Erklärungen, die offizielle Sprecher der Ostberliner Regierung den Vertretern Hamburgs wiederholt gegeben hatten: „Wir denken nicht daran, zum Schaden Hamburgs eine Elbe-Rostock-Verbindung herzustellen." Was denkt man sich in Ostberlin bei einem solchen Vorgehen? Immer wieder hat man dort die Bedeutung Hamburgs für Gesamtdeutschland herausgestellt. Jetzt sieht es so aus, als sei man dabei, auch die letzten Verkehrsbrücken nach dem Westen abzubrechen. Will man etwa auf diesem Wege die mit politischen Mitteln nicht erreichte Anerkennung erzwingen? So kommt man allerdings mit Sicherheit zum Gegenteil. Es ist klar, daß gerade auch in Hamburg das Befremden über diese unverständlichen Methoden wächst, wenn dem Hafen aus völlig unwirtschaftlichen Motiven heraus Schaden zugefügt wird.

Mit über 70 % seines Verkehrsaufkommens aus der Bundesrepublik dotiert, besitzt unser Hafen mit seinen vielen Schiffahrtsverbindungen nach über 1000 Häfen der Welt ein Optimum regelmäßiger Frachtdienste. Das Ladungsaufkommen des Ostens bedeutet demgegenüber nur eine — selbstverständlich interessante — Ergänzung. Weil vornehmlich die aus der westlichen Hemisphäre zusammenströmende Frachtmenge die Unterhaltung eines weltweiten Umschlags- und Schiffahrtsapparates sichert, erwachsen der mengenmäßig viel geringeren Ostladung so große Vorteile, wie sie kein peripherer Hafen an der Ostsee bieten kann. Verglichen damit können Neben- und Umwege des Überseeverkehrs, wie z. B. der über Rostock, niemals die Bedeutung und den Charakter atlantischer Basishäfen erreichen. Man muß auch bedenken, daß ein Elbe-Rostock-Kanal dem Nordsüdkanal zwischen Geesthacht und Fallersleben die wirtschaftliche Begründung nicht entziehen kann. Die Trasse Hamburg-Mittellandkanal-Salzgittergebiet mit dem Ausstrahlungseffekt nach der Mitte (niedersächsisches Industriegebiet), nach dem Osten (Magdeburg und elbaufwärts) und nach dem Westen (Raum Dortmund) ist so glücklich und umfassend, daß es keiner Prophetie bedarf, das Ostkanalvorhaben einschließlich des überdimensionierten Hafenausbaus von Rostock heute schon als Fehlinvestition zu bezeichnen. Der Nordsüdkanal in der Bundesrepublik spart zudem die weit kostspieligere Kanalisierung des natürlichen Elbelaufes ein; als Elbeseitenkanal ist er wirtschaftlich fundiert und dem Kanalweg via Rostock auch rein kilometrisch überlegen.

Vom Osten wird eingeworfen, daß mit eigenen Seeverkehrswegen Devisenersparnisse zu erzielen seien. Gerade in Hamburg haben bisher alle Oststaaten eine Hilfestellung gefunden in ihrem Bemühen, das Dienstleistungskonto durch Warenlieferungen abzudecken. Gerade in Hamburg weiß man sehr genau, daß das Wesen des Handels und des Verkehrs im Geben und Nehmen liegt. Sicherlich sind auf beiden Seiten noch viele Wünsche offen, und es wird weiter an einer besseren Regelung zu arbeiten sein. Jedenfalls scheint das von Ostberlin vorgebrachte Dienstleistungsargument, vor allem soweit es sich auf Binnenfrachten und Umschlagskosten erstreckt, in seiner Größenordnung keine ökonomische Begründung für Investitionen zu sein, die viele Hunderte von Millionen Mark verschlingen.

Ich fürchte, daß hinter den Verkehrsplänen Pankows — das ist die Quintessenz aller Überlegungen — eben doch das Bestreben steht, sich immer weiter von einer unter gesamtdeutschen Aspekten stehenden Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu entfernen. Der Osten — gerade auch die UdSSR — wird gut beraten sein, wenn im Ost-West-Handel das seewärtige Verkehrspotential auf den atlantischen Nordseehafen Hamburg konzentriert wird. Hier finden alle Oststaaten für ihre Schiffe die gleiche Behandlung wie ein halbes Hundert anderer Schiffahrtsflaggen

der Welt. Die Ladung des Ostens kommt in den Genuß der Basis-Seefrachten und eines universellen Abfahrtensystems. Sie genießt wegen des anteilig bedeutenden devisenfreien Elbeverkehrssubstrates im Durchschnitt einen so billigen Dienstleistungsanschluß, wie er von keinem Ostseehafen geboten werden kann. Will man wirklich diese Vorteile dem politischen Ehrgeiz einer unwirtschaftlichen Verkehrsautarkie zum Opfer bringen?

Esther Sophia Hayfron

Afrikas Kritik am Westen

Esther Sophia Hayfron aus dem jungen westafrikanischen Staat Ghana vollendet z. Zt. in München ihr medizinisches Studium mit einem Stipendium der Regierung. Die deutsche Sprache hat sie in Tübingen erlernt. Die junge Afrikanerin zeigt ein starkes Interesse an der Politik. Ihre Ausführungen sind für das Denken und Wollen des jungen Afrika symptomatisch. D. Red.

Der Hauptgrund für die sich immer deutlicher abzeichnende Revolution in Afrika ist der tiefe und aufrichtige Wunsch nach einem Eigenleben der afrikanischen Völker in Gerechtigkeit und Frieden. Unsere Revolution richtet sich nicht etwa gegen andersfarbige Menschen, sondern vielmehr gegen das imperialistische System, gegen die Kolonialmethoden des neunzehnten Jahrhunderts, und ebenso gegen jeden militärischen Mißbrauch. In einer Rede des Premierministers von Ghana, Kwame Nkrumah, heißt es: „Ich kam aus dem Gefängnis in das Parlament ohne irgendeine Bitterkeit gegen England. Ich bin weder für Rassendiskriminierung noch für die Diskriminierung des Individuums. Aber ich bin gegen den Imperialismus in jeder Form!" Und auf der Accra-Konferenz der Unabhängigen Afrikanischen Staaten sagte er: „Sie werden alle darin mit mir übereinstimmen, daß unsere Politik als Unabhängige Afrikanische Staaten darin zu bestehen hat, die Vergangenheit in all ihrer unerfreulichen Erinnerung zu begraben und die Zukunft neu aufzubauen; denn sonst kann jegliches eingehenderes Studium unserer Geschichte nur zu neuen Gegenklagen führen".

In dieser Einstellung findet sich das Fundament für die jetzigen und zukünftigen Beziehungen zwischen Europa und Afrika. Da unser Kontinent ökonomisch und zum großen Teil auch politisch von Europa beherrscht wird, befinden sich die europäischen Politiker in einer besseren aber auch verantwortungsvolleren Lage, die Atmosphäre der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa freundschaftlich zu gestalten. Aus diesem Grund erscheint es angebracht, einige der Probleme an dieser Stelle zu erörtern.

Die USA und die meisten europäischen Länder, darunter auch Deutschland, die in Afrika keine Kolonien besitzen, entwickeln zur Zeit keine progressive Afrika-Politik. Die afrikanischen Probleme werden ohne tieferes Verantwortungsbewußtsein behandelt. Dieser Zustand erfährt eine besondere Komplikation dadurch, daß solche Länder ihre in Afrika engagierten Nato-Partner wegen ihrer Kolonialpolitik nicht kritisieren wollen. Sie ziehen es daher vor, zu den Ereignissen in Afrika keine eindeutige Stellungnahme zu beziehen. Obwohl zum

Beispiel in der westdeutschen Presse Artikel erscheinen, die den französischen Krieg in Algier verdammen, die Gefahren für den Frieden und das Unrecht an den afrikanischen Menschen deutlich verurteilen, hat die Regierung der Bundesrepublik noch keine Erklärung abgegeben, die das französische Vorgehen in Afrika brandmarkt. Im Gegenteil, durch die Wirtschaftspolitik des europäischen Staatenbundes und durch das atlantische Bündnissystem wird die Kriegspolitik Frankreichs praktisch weitgehend unterstützt und die These Frankreichs, daß es sich hierbei um eine innerfranzösische Angelegenheit handelt, uneingeschränkt hingenommen. Was hilft es, wenn der Mann auf der Straße wohl auf der Seite der Menschen der anderen Völker, der Menschen in den Kolonien, steht, die Regierung es aber gegen den Willen des Volkes unterläßt, eine eindeutig ablehnende Stellung einzunehmen?

Deutschland besaß in den vergangenen Jahren in Afrika einen guten Namen, aber nicht deshalb, weil es als Kolonialmacht bevorzugt worden wäre, wie einige Deutsche fälschlicher Weise verbreiten, sondern gerade deshalb, weil es eben nichts mit dem Kolonialismus der vergangenen dreißig Jahre zu tun hatte. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Haltung der Afrikaner gegenüber Deutschland nun beginnt, sich wegen der unklaren politischen Einstellung Westdeutschlands gegenüber Afrika zu ändern, ja in Mißtrauen umzuschlagen. Wir verstehen es nicht, daß die Bundesregierung keine erfolgreichen Schritte unternimmt, um Deutsche daran zu hindern, in die Fremdenlegion einzutreten, von der wir wissen, daß sie mit einem großen Kontingent von Deutschen in Algerien kämpft. Sicherlich würde die Regierung in Bonn sofort einschreiten, wenn etwa abenteuerlustige Deutsche einer östlichen Armee beitreten wollten, die irgendwo in der Welt gegen die Amerikaner oder ihre Bundesgenossen zum Kampf eingesetzt werden würde.

Frankreich hätte den algerischen Krieg längst beenden müssen, wenn es dabei nur auf eigene Hilfsquellen angewiesen wäre. Wir wissen, daß die sieben Milliarden DM jährlich, die er mindestens kostet, zum großen Teil durch die Finanzhilfe der USA und verschiedener westeuropäischer Länder dem französischen Staatshaushalt ermöglicht werden. Um es genauer auszudrücken, diese Mittel fließen aus dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zahlungsunion und dem Amerikanischen Schatzamt. Ich glaube, daß sowohl die USA als auch die europäischen Länder eine realistische und weise Politik verfolgen könnten, welche die afrikanischen Aspirationen anerkennt, ohne ihr gegenseitiges Verhältnis untereinander zu beeinträchtigen. Deutschland könnte seinen ganzen Einfluß dahingehend ausüben, daß Frankreich den Algeriern ihre Freiheit gibt. Ein solcher Schritt würde nicht nur Nord-Afrika den Frieden bringen, sondern auch das Prestige Frankreichs und der Bundesrepublik in ganz Afrika und Asien bedeutsam heben. Angenommen, Frankreich „gewinnt" den Krieg in Algerien: Wer garantiert dafür, daß dann die benachbarten arabischen und afrikanischen Staaten mit den Franzosen in Algier in Frieden leben werden? Dieses Land würde weiterhin ein gefährlicher Unruheherd für den Weltfrieden bleiben.

Europa und Amerika werden ohne Zweifel das Vertrauen und Wohlwollen der Afrikaner und Asiaten verlieren, wenn sie die von ihnen verkündeten demokratischen Prinzipien nicht selbstverständlich und vorbildlich gegenüber Afrika praktizieren. Wir Afrikaner wünschen eine verantwortungsvolle Wertung der demokratischen Menschenrechte und Prinzipien. Oder sollen wir Afrikaner aus dem bisherigen Ablauf der politischen Ereignisse etwa die Erkenntnis ziehen, daß die Europäer und Amerikaner die Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes nur dann als eine sie bewegende Angelegenheit ansehen, wenn als Unter-

drücker die Sowjetunion genannt werden kann? Die Afrikaner glauben, daß die Erklärung der Atlantik-Charta, in der allen Völkern der Erde das Recht zur freien Wahl ihrer Regierungsform zuerkannt wird, entweder meint, was sie sagt, oder aber eine ungeheure Heuchelei darstellt. Wenn europäische und amerikanische Politiker aussprechen, daß unter den gegenwärtigen weltpolitischen Umständen solche Prinzipien der Selbstbestimmung sich wohl auf die „weißen" Ungarn anwenden ließen, aber nicht auf die dunkelhäutigen Afrikaner, dann ist die Enttäuschung in der ganzen farbigen Welt, bei allen Afrikanern und Asiaten, mit Recht grenzenlos. Wir sehen dann, daß sie nicht nach den von ihnen verkündeten edlen und ethischen Prinzipien handeln, sondern schmähliche Propaganda treiben. Wir können dann nicht umhin, zu fragen, mit welchem Recht der Westen behauptet, daß die Moral von Washington über derjenigen von Moskau stehe. Wenn der Westen weiterhin eine geistige Kraft für die Ausbreitung der Freiheit in der Welt bleiben will, so ist es jetzt an der Zeit, mit Afrika aufrichtig zusammenzuarbeiten, die Meinung der führenden und anerkannten Vertreter der afrikanischen Völker zu hören und mit ihnen über eine ehrliche Zusammenarbeit ohne Hintergedanken zu verhandeln. Wir Afrikaner sind sehr empfänglich für jede Ermunterung und moralische Unterstützung. Wir geben aufrichtig zu, daß wir materielle Hilfe brauchen, um aufzuholen. Wir sind begierig, uns all das Wissen anzueignen, das nötig ist, die eigene Arbeitskraft in den Dienst unserer aufbauenden Arbeit zu stellen. Wir wissen, wie reich die Natur unseren Kontinent mit Rohstoffen und Wasserkräften ausgestattet hat. Wir glauben, daß ein freies und entwickeltes afrikanisches Staatenwesen ein wertvoller und interessanter Handelspartner für die Völker der anderen Kontinente werden wird. Wir möchten deshalb im heutigen Stadium unserer politischen, ökonomischen, sozialen, erzieherischen und wissenschaftlichen Entwicklung jede Hilfe in Anspruch nehmen, die in dem aufrichtigen Geiste der gleichen Rechte einer gemeinsamen Menschheit gegeben wird. Wir sind bereit, mit allen Kräften unseren Anteil zum sozialen Wohlstand aller Völker beizutragen. Wir erwarten aber von den Kolonialmächten, daß sie nunmehr endlich einen Zeitpunkt präzisieren, an dem endgültig alle Kolonien und abhängigen Länder ihre Unabhängigkeit erhalten, und daß ihre Regierungen systematisch auf dieses Ziel hinarbeiten. Die Kolonialmächte argumentieren manchmal, daß eine solche Liquidation des Kolonialismus zur Zeit noch nicht möglich sei, da die Afrikaner nicht in der Lage seien, ihre Angelegenheiten selbst zu meistern. Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn wir Afrikaner heute behaupten wollen, daß wir in diesem Falle nicht mit außergewöhnlichen und großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Die tatsächlichen Gründe dafür sind aber, daß bisher von den Kolonialmächten den Afrikanern eine auch nur einigermaßen zureichende Erziehung und Ausbildung jeder Art bewußt vorenthalten wurde. Dies geschah aus der Furcht heraus, in einem ehrlichen Wettbewerb die beherrschende Position verlieren zu können, und andererseits, um die „Herrenvolktheorie" zu rechtfertigen. Die Lebensbedingungen in Afrika mögen rauh sein; aber es ist typisch für das weiße Herren-Denken, dieses mit primitiv gleichzusetzen. Die Einwohner Afrikas sind von naturhafter Vitalität; sie besitzen die Intelligenz, den Geist und die Bildungsfähigkeiten des europäischen Menschen. Die weißen Mächte sollten sich dessen bewußt werden, daß Erziehung und Ausbildung die Schlüssel zur Lösung der afrikanischen Probleme sind. Sie geben den afrikanischen Menschen die Möglichkeit, ihr Geschick aus eigener Kraft zu meistern.

Amerika, England und Frankreich brachen die Macht der in Rassenüberheblichkeit schwelgenden Nazis. Was aber tun diese Nationen gegen die Rassen-

diskriminierung in ihren eigenen Ländern und in Südafrika? Deutschland, das die unwürdigen und schrecklichen Auswirkungen der Rassenüberheblichkeit erlebt hat, dürfte hierzu an verantwortlicher Stelle nicht schweigen. Es müßte im Gegenteil auf diplomatischem Wege erheblich auf die ihm befreundeten Staaten einwirken und nachdrücklich auf die Unmenschlichkeit und auf die Gefahren hinweisen, die durch solches Verhalten heraufbeschworen werden.

Technik und Wissenschaft haben die Welt heute zu einer Einheit gemacht, und die Massenvernichtungsmittel der atomaren Rüstungen zeigen, daß sie insgesamt zerstört würde, wenn sie es nicht versteht, gemeinsam zu leben. Ein Philosoph in Ghana, Dr. Kwekyir Aggrey, sagte einmal: „Man muß die schwarzen und die weißen Tasten des Klaviers zusammen spielen". Unsere verschiedenen Hautfarben dürfen nicht zum Haß führen; sie dürfen kein Hindernis für eine lebendige und friedliche Zusammenarbeit sein. Mein Studium in München hat mir gezeigt, daß die Universitäten sehr viel hierzu beitragen können. Sie sollten ihre Verantwortung für die Völkerverständigung mehr als bisher erkennen, die Probleme anderer Länder ernsthaft erörtern, keine exotischen Sensationsstücke aus diesen Problemen machen und die wissenschaftliche Hilfeleistung und Zusammenarbeit in einem Umfange und in einer Einschätzung durchführen, die den Realitäten und Notwendigkeiten entsprechen. Denn „unter der Einwirkung des politischen Fanatismus erhält das Urteil vieler Menschen eine Kälte und Härte, deren sie sonst nicht fähig wären. Bedenkt man ferner, über welche Macht der Meinungsbildung der moderne Staat von den Schulbüchern und der Lehrerbildung an bis zu Presse, Rundfunk und Film verfügt und wie diese Macht in gewissen Ländern skrupellos und systematisch in den Dienst der Völkerverhetzung gestellt wird, dann wundert man sich nicht, daß die Völker sich nicht sehen, wie sie sind, sondern daß das eine für das andere die abstoßenden Züge eines Schreckbildes annimmt".

Der Sieg über die Kolonialherrschaft ist nicht das Ziel der Bestrebungen der afrikanischen Völker, es ist vielmehr ein Anfang, die Plattform, auf der unser Aufbau sich erheben soll, die Basis für eine tiefgehende und positive soziale und ökonomische Revolutionierung und der Beginn demokratischer Freiheiten. Es ist dabei wohl selbstverständlich, daß der Afrikaner von heute nicht nur Freiheit von politischem Druck meint, sondern auch Freiheit von der ökonomischen Unterjochung durch den Westen und ihre Ersetzung durch eine beiderseitige wirtschaftliche Partnerschaft. Als Bewohner eines Kontinents, in dem jährlich Tausende von Menschen durch Hunger und Mangel umkommen, sind wir weder daran interessiert, in welchem Verhältnis die Verdienste von Kapitalismus und Kommunismus zueinander stehen, noch bewundern wir das Fortschreiten der atomaren Aufrüstung. Wir sind in Wahrheit nur an einem interessiert: dem Krieg gegen die Armut und gegen die Ausbeutung. Die Außenpolitik des Westens und des Kremls wird so sehr von militärischem Denken geprägt, daß beide sich krampfhaft an die Atombombenproduktion klammern. Glauben diese Mächte wirklich, daß diejenige Macht, die mehr Atombomben und schrecklichere Atombomben hat als die andere, dieser anderen ihren Willen aufzwingen kann? Was sie jedoch zu übersehen scheinen, ist die Tatsache, daß in unserem Zeitalter die ausschlaggebenden Komponenten der nationalen Macht die Bildung und ein gegenseitiges aufrichtiges Vertrauen sind. Wenn zwischen Rußland und dem Westen unter Berücksichtigung ihrer verschiedenartigen gesellschaftspolitischen Systeme ein gemeinsamer Plan gefunden werden könnte, um Hunger, Armut, Krankheit, Unwissenheit und Unrecht aus der Welt zu schaffen, wenn das gelingen würde, so würde ein solcher Plan von 99% der Weltbevölkerung aufatmend willkom-

men geheißen. Er würde die Sympathie und Unterstützung der Menschen in Asien und Afrika, die zwei Drittel der Weltbevölkerung ausmachen, erlangen. Es ist wahr, es gibt verschiedene Hilfsprogramme der UNO, der Weltbank, der USA und einiger anderer internationaler Instanzen für die sogenannten unterentwickelten Länder. Aber was sind diese schon im Vergleich zu der wirklich existierenden Not, im Vergleich zu der der Menschheit der Erde gemeinsam gestellten Aufgabe. Welche politischen Hintergedanken sind damit verknüpft. Die afrikanischen Staaten erkennen durchaus die Notwendigkeit einer weitgehenden ökonomischen Zusammenarbeit. Dr. Nkrumah erklärte auf der Accra-Konferenz: „Mehrere große Pläne sind für die verschiedenen Teile Afrikas vorgebracht worden. Sie alle fordern einen großen Kapitalaufwand. Hier, so scheint mir, bietet sich eine besondere Gelegenheit für eine gemeinsame Zusammenarbeit der unabhängigen Staaten Afrikas und auch für eine solche zwischen eben diesen Staaten und anderen friedliebenden Nationen außerhalb Afrikas. Es ist offensichtlich, daß diese Pläne ausländische Unterstützungen und Investitionen mit einbeziehen müssen. Und wir werden solche Gelegenheiten zur gemeinsamen Zusammenarbeit stets willkommen heißen; vorausgesetzt, daß der Profit aus diesen Projekten gerecht verteilt wird und daß die Unabhängigkeit und Souveränität der beteiligten Staaten voll respektiert werden."

Afrikaner und Europäer haben es in der Hand, den guten Willen zu einer fruchtbaren Zukunft zu beweisen. Wenn Europa den afrikanischen Völkern die notwendige Hilfe zur Hebung des Lebensstandards und des Wissensstandards gewährt, wenn es die Emanzipation Afrikas nicht als gegen sich gerichtet betrachtet, dann wird Europa wohl seine politische und ökonomische dirigistische Herrenstellung verlieren, aber es wird politischen und ökonomischen Gewinn aus einer neuen fruchtbaren Partnerschaft ziehen und darüber hinaus die Achtung der Afrikaner und Asiaten erhalten. Und was schließlich das Wichtigste ist: es wird den Frieden gewinnen.

Kurt Hirsch

Akademische Leibstandarte Hitlers auf bundesdeutschen Hochschulen

Vorstoß zu den „Schächten des Volkstums"

In München fungierte als Rektor und später als Pro-Rektor Prof. Michael Schmaus. Prof. Schmaus, ein eifriger Förderer der farbentragenden Korporationen, veröffentlichte 1933 eine Broschüre, in der es u. a. heißt: „Der Nationalsozialismus stellt die Idee des aus Blut und Boden, Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volkes in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung. Die Volkswerdung der Deutschen ist das wesentliche Ziel der nationalsozialistischen Bewegung . . . Es gibt in diesem Raum keine politische Gleichberechtigung aller. Nichts ist unkatholischer, als eine extrem demokratische Wertung des Seins . . . Der Nationalsozialismus ist kein erdachtes System, keine ausgeklügelte Welt-

anschauung, sondern eine aus den Gründen des Lebens heraufgestiegene Bewegung, etwas aus den Urtrieben kommendes. Deshalb ist es berechtigt, wenn der Nationalsozialismus behauptet: Nationalsozialistische Haltung lasse sich nicht erlesen, erdenken, sondern nur erleben . . . Je tiefer alle Männer und Frauen des deutschen Volkes zu den Schächten des Volkstums und des Glaubens vorstoßen, um so zuversichtlicher können wir in die Dämmerung der Zukunft blicken, um so zuversichtlicher können wir vertrauen, daß der Bau des Reiches gelingt, der in Angriff genommen ist . . ."

. . . „oder Sie treten von Ihrem Amt zurück"

Der Vorgesetzte von Prof. Schmaus, der bayrische Kultusminister Prof. Dr. Theodor Maunz, Mitglied der CSU, mußte sich vor einigen Monaten in einem Schreiben eines Würzburger Studenten die folgenden, bis heute nicht widerlegten Vorwürfe gefallen lassen: „Ich habe in einer Versammlung erklärt, daß Sie die Würde und das Ansehen der deutschen Hochschule an Hitler verrieten, die Rechtswissenschaft zur Dirne der nationalsozialistischen Ideologie machten und daß Sie heute noch nicht Ihre Schwärmereien für Diktaturen aufgegeben haben."

In der Zeitschrift „Deutsches Recht" forderte der damalige Prof. Maunz „die Bezogenheit der Rechtswissenschaft und Rechtserneuerung auf die nationalsozialische Weltanschauung". Eine Stelle dieses Aufsatzes lautete: „Mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus setzte eine gewaltige Bewegung ein, die das Ziel hatte, das durch Rezeptionen fremder Rechtssysteme in seiner Kraft geschwächte deutsche Recht und die durch einen artfremden Idealismus gelähmte deutsche Rechtswissenschaft von Grund auf zu erneuern. Von der Partei her wurden die drei entscheidenden organisatorischen Werkzeuge der deutschen Rechtserneuerung geschaffen: Das Reichs-Rechtsamt, der NS-Rechtswahrerbund und die Akademie für Deutsches Recht. Von der Weltanschauung der Partei her kamen auch die bewegenden geistigen Kräfte und erfaßten die Wissenschaft und die Arbeit der deutschen Hochschullehrer."

Bei dieser hier auszugsweise zitierten Arbeit handelte es sich um die Kommentierung eines Urteils des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes. Es ging bei der Entscheidung dieser Behörde um den inhaltlichen Wandel des Begriffes eines „unbescholtenen Lebenswandels" einer „deutschen Frau, die einen Juden geheiratet hat". Maunz bezeichnete damals die nationalsozialistische Interpretation dieses Begriffes als ein „begrüßenswertes Ergebnis".

Prof. Maunz zögerte auch nicht, seine diesbezüglichen theoretischen Kenntnisse im Alltag des Dritten Reiches zu propagieren, damit diese in der Praxis Anwendung finden könnten. So nahm er z. B. im Oktober 1936 an einer Tagung der „Reichsgruppe Hochschullehrer des NS-Rechtswahrerbundes" teil. Diese fand unter der Leitung des bedeutendsten nationalsozialistischen Wissenschaftlers Carl Schmitt statt. Unter dem Ehrenschutz von Streicher wurde über das Thema „Judentum in der Jurisprudenz" gesprochen. Maunz selbst hielt auch Vorträge über „Das Judentum in der Rechtswissenschaft".

Dieses Porträt des jetzigen bayerischen Kultusministers wird durch seine bedingungslose Begeisterung für den Salazarismus ergänzt. In einer 1956 vom portugiesischen Propagandaministerium herausgebrachten Broschüre begeisterte er sich für Salazar: „Salazar hat die Weite des Blickes sowohl für den Raum, in dem sich die moderne Staatenwelt bewegt, wie auch für die Zeit, die vor seinem Volke liegt. Wie sich seine Politik im Raume ihrer eigenen Kraft bewußt ist, aber doch das Maß hält, das ihm von Größe und Kraft seines Volkes vorgezeichnet

und auferlegt ist, so hat auch seine Beurteilung der Zukunft etwas geheimnisvoll Prophetisches. Er denkt für sein eigenes Volk, für das christliche Abendland und für die Staatenwelt der Gegenwart über Raum und Zeit hinaus."

Der Würzburger Student K ö h l e r schloß den obenerwähnten Brief an Minister Maunz mit der Aufforderung: „... Das sind Vorwürfe, die der Minister eines demokratischen Staates nicht hinnehmen darf. Die Schwere dieser Beschuldigungen läßt Ihnen nur die Wahl: Entweder Sie verklagen mich und weisen vor Gericht nach, daß meine Vorwürfe unbegründet und haltlos sind, oder Sie treten von Ihrem Amt zurück."

Da in unserer merkwürdigen Zeit solche Vorwürfe von maßgebenden Persönlichkeiten anscheinend nicht — oder nicht mehr — als Vorwürfe betrachtet werden, vielleicht in den Augen mancher gar als Empfehlung gelten, hat Minister Maunz weder geklagt, noch ist er zurückgetreten oder zurückgetreten worden.

„B e r b e r t" e s i m b u n d e s d e u t s c h e n V ö l k e r r e c h t?

Ebenfalls in München hat man den Lehrstuhl für Völkerrecht Prof. Friedrich B e r b e r überlassen. Sollte sich der ehemalige Mitarbeiter der von Ribbentrop herausgegebenen „Monatsschrift für auswärtige Politik", der die NSDAP-Mitgliedsnummer 78 799 sein eigen nannte, etwa durch die folgenden, aus seiner Feder stammenden Ausführungen hierzu qualifiziert haben?: „Die politische Hilflosigkeit Frankreichs hat ihre Ursache vor allem in der Verkommenheit seiner Rasse . . . Nun hat Frankreich geerntet, was es gesät hat. Seine Unfähigkeit, die nationale Wiedergeburt Deutschlands zu verstehen oder auch nur verstehen zu wollen, haben als Folge dieser Verblendung zur militärischen Niederlage geschichtlich unerhörten Ausmaßes geführt . . . Das Deutsche Reich ist fest entschlossen, das deutsch-französische Verhältnis auf eine dauernde und endgültige Basis zu stellen. Nie wieder soll eine Situation entstehen, in der Frankreich den Frieden Europas stören und Deutschland in den Rücken fallen kann . . ."

Ob es wohl den Franzosen, um deren Sympathie bundesrepublikanische Politiker so maßlos kämpfen, daß sie selbst die traditionelle deutsch-arabische Freundschaft aufs Nato-Spiel setzen, viel Freude bereitet, wenn sie feststellen, daß es im bundesdeutschen Völkerrecht „berbert"?

V o m G a s k a m m e r t h e o r e t i k e r z u m S t u d i e n l e i t e r e i n e r V e r w a l t u n g s a k a d e m i e

Auch Prof. Peter Heinz S e r a p h i m zählt zu jenen Männern, die ungeachtet ihrer rechtsextremen Gesinnung auf den Hochschulen der Bundesrepublik wieder tätig sein können. Er bekleidet in München das Amt des „Lehrbeauftragten für osteuropäische Wirtschaft".

Der Historiker des „Jüdischen historischen Instituts" in Warschau, Arthur E i s e n b a c h , schrieb über die verhängnisvolle Tätigkeit Seraphims in Polen:

„Ich möchte nochmals erklären, daß P. H. Seraphim viele Arbeiten über die jüdische Bevölkerung in den Ländern Osteuropas geschrieben hat und daß er eine verhängnisvolle, verbrecherische Rolle in der Vorbereitung der Materialien für die Judenvernichtungspläne spielte."

Seraphim war Mitglied der NSDAP, Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage", des „Instituts für Deutsche Ostarbeit" und Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Der Weltkampf".

Der Leiter des Institutes zur „Erforschung der Judenfrage", Dr. Wilhelm G r a u , schrieb über die Aufgabe des Organs dieses Institutes „Der Weltkampf", das unter der Leitung Prof. Seraphims erschien, u. a.:

„Die Zeitschrift ‚Der Weltkampf' hat in den Jahren, in welchen die heute das Reich tragende Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren Kampf gegen das Judentum begann, der Bewegung als führendes Aufklärungsorgan gedient. Lange Jahre war Alfred Rosenberg der Herausgeber und erste Mitarbeiter. Der politische Kampf in jenen Anfängen hat seitdem weltpolitisch und weltanschaulich weite Ausmaße gewonnen. Zur politischen Arbeit der Bewegung ist inzwischen als Bundesgenosse die Wissenschaft getreten, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, das Problem des Juden in seiner Verflechtung mit der Geschichte und dem Leben der Völker forschend zu erkennen und darzustellen. Seit langer Zeit liegt das Bedürfnis nach einer nicht jüdischen wissenschaftlichen Zeitung zur Judenfrage vor. Am 26. März 1941 hat Reichsleiter Alfred Rosenberg kraft der ihm vom Führer erteilten Vollmacht das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt/Main als erste Außenstelle der Hohen Schule gegründet. Mit der Errichtung dieses Institutes wurde auch die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift möglich . . . Die Mitarbeit an der Zeitschrift steht allen offen, die fähig und willens sind, die Erkenntnis des historisch und politisch so tief verzweigten und umkämpften Problems des Judentums zu fördern."

Dem „Institut für Deutsche Ostarbeit" oblag es, die antisemitischen und die anderen nationalsozialistischen Theorien in Polen und in den anderen eroberten Ostgebieten praktisch in Anwendung zu bringen. Zwei Monate nach seiner Gründung veranstaltete das Institut vom 20.—22. Juni 1940 „seine erste große Arbeitstagung", an der verschiedene führende Nationalsozialisten aus Deutschland und dem Auslande teilnahmen. Das Programm dieser Tagung bestritten u. a. Generalgouverneur Hans Frank, der als Präsident fungierte, Prof. Dr. P. H. Seraphim, der über „Die Juden in Polen" sprach, und Prof. Dr. Theodor Oberländer, der über das „Agrarproblem Osteuropas" referierte. Der Letztgenannte ist mit dem Bundesminister gleichen Namens identisch. Seraphims Vorschläge zur Lösung des Judenproblems brachte er im März 1941 anläßlich einer Tagung in Frankfurt/Main mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„In Osteuropa ist der Jude durch Rechtssatzung und Verwaltungsmaßnahmen in dem Tempo in den Städten durch Nichtjuden zu ersetzen, als qualifizierte Nichtjuden für diesen Ersatz zur Verfügung stehen."

Es ist uns in diesem Zusammenhang nicht möglich, die vielen antisemitischen Äußerungen Seraphims zu zitieren. Aus diesen Gründen begnügen wir uns mit der Feststellung, daß der Genannte zu den theoretischen Wegbereitern der Ausrottung der Ostjuden gehörte und daß er darüber hinaus — wie dies aus dem obenerwähnten Zitat zu ersehen ist — auch durch sein Auftreten zu der Liquidierung Zehntausender jüdischer Kinder, Frauen und Männer im Osten beigetragen hat.

Prof. Seraphim ist nicht nur Lehrbeauftragter in München, sondern er wurde auch für würdig befunden, als Studienleiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bochum tätig zu sein. Das heißt, es obliegt ihm, den bundesrepublikanischen Beamtennachwuchs zu schulen.

Ein „Entnazifizierungsgeschädigter"

An der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie in Regensburg ist als Prüfer für Ordentliches Recht Prof. Koellreuter tätig. Diese Akademie gibt nach Art einer Fortbildungsschule den Beamten die Gelegenheit, sich nach erfolgreich bestandenem Lehrgang eher zur Beförderung qualifiziert zu sehen als ihre Kollegen, die ein solches Diplom nicht vorweisen können.

Prof. Koellreuter, der ehemalige Ordinarius der Münchener Juristischen Fakultät, erfreut sich als Versammlungsredner der sogenannten „Entnazifizierungsgeschädigten" — einer Organisation ehemaliger Nationalsozialisten — größter Beliebtheit. Mit den bei diesen Treffen zutage tretenden rechtsradikalen Exzessen haben sich sowohl die Presse als auch der Rundfunk schon ausführlich beschäftigt.

Der unveränderte Nachdruck des NS-Kommentators

Vor einiger Zeit avancierte der Referent im niedersächsischen Finanzministerium, Herr Alfred Riewald, zum Professor an der Universität Göttingen. Der Genannte ist der Verfasser eines im Dritten Reich erschienenen Kommentars zur Reichsabgabenordnung und zum Steueranpassungsgesetz. Eine neue Auflage dieses Werkes wurde kürzlich als „unveränderter Nachdruck" angekündigt. Dem nationalsozialistischen Kommentar entnehmen wir die folgenden Sätze:

„Wie in einer gegebenen Rechtsfrage die Synthese zu finden ist, liegt dem Rechtswahrer, der das Recht kennt, der dem Leben nahe steht und der innerlich von der nationalsozialistischen Weltanschauung durchdrungen ist, im Blut. Über die letzten Gründe seiner Entscheidung kann er nicht Auskunft geben, sie sind ihm nicht bewußt; man möge beim ‚Blut' auch an die rassischen Gegebenheiten denken . . . Die Juden sind keine deutschen Volksgenossen . . . In der Zeit des Liberalismus stand der Schutz des einzelnen weit im Vordergrund. Die öffentliche Meinung ließ daher für eine Durchbrechung des Steuergeheimnisses nur einen ganz beengten Raum . . . Der Nationalsozialismus, der den Staat in seine Rechte eingesetzt hat, sieht die Mitteilungen an Behörden im weiteren Umfange als Staatsnotwendigkeit an . . . Das Steuergeheimnis ist ferner in gewissem Umfange der NSDAP gegenüber ohne Wirkung. Die Führerstellung, die die Partei einnimmt, berechtigt sie zur Einsichtnahme in alle Vorgänge der Staatsverwaltung . . . Daß der politischen Polizei alle Hilfsquellen offen stehen, ergibt sich aus dem Wesen des autoritären Staates."

In der Treue zur Fahne des Führers . . .

In Deutschland hat sich an verschiedenen Hochschulen das „Brauchtum" eingebürgert, bei freiwerdenden Lehrstühlen ehemalige Nationalsozialisten zu bevorzugen. So hielt man es z. B. vor einiger Zeit für zweckmäßig, an Stelle des verstorbenen Professors Müller-Freienfels den Lehrstuhl für Geschichte am Pädagogischen Institut in Weilburg mit dem ehemaligen Direktor der Hochschule für Lehrerbildung während des Dritten Reiches, Prof. Dr. Hans Sedlmayr, zu besetzen. Es versteht sich von selbst, daß ein Mann, der in der Nazi-Ära eine solche Stellung bekleidete, nicht nur über eine dementsprechende Parteinummer, sondern auch über die notwendige barbarische Gesinnung verfügen mußte. Eine barbarische Gesinnung, die z. B. in der folgenden Rede ihren Ausdruck fand:

„Herr Minister! Verehrte Gäste! Meine Kameraden! Zu dieser für uns bedeutsamen Feier begrüße ich Sie als die Zeugen einer Stunde, in der ein neues Werk nationalsozialistischer Tatkraft vollendet und vom Staate des Führers der Hochschule Weilburg als Haus ihrer Mannschaft gegeben wird . . . Unter dem Symbol des Hakenkreuzes, zu dem wir geeinigt sind . . . in der Treue zur Fahne des Führers sollen die künftigen Lehrer der deutschen Jugend auch in diesem Hause geprägt und erzogen werden. — Daß wir im Symbol geeint sind: Dies ist die Verheißung, aber auch der Anspruch in diesem Augenblick des Bekenntnisses. Der Verheißung sind wir teilhaftig, wenn wir zutiefst in der Mächtigkeit unseres völkischen Aufbruches gefangen sind . . . Der Bau, der heute in seiner Vollendung uns übergeben wird, soll dieser Erziehung zur nationalsozialistischen Haltung

dienen . . . Unter der Fahne sind wir angetreten, unter der Fahne marschieren wir . . . Was dort im kriegerischen Raum sich vollzog, muß sich im politischen Raum unserer Gegenwart vollenden. Die totale Mobilmachung der Leiber, der Herzen und des Geistes zum Einsatz für den Führer und das Reich."

Auch Prof. Sedlmayr wurde für würdig befunden, auf die studierende Jugend der Bundesrepublik Einfluß auszuüben.

Huber und Huber

Vor einiger Zeit wurde die „Hochschule für Sozialwissenschaft" in Wilhelmshaven-Rüstersiel durch den ehemaligen NS-Staatsrechtler Prof. Ernst Huber bereichert. In einem von ihm verfaßten, 1937 erschienenen Lehrbuch schrieb er u. a.:

„Der Name Adolf Hitler ist ein Programm, in dem der äußere und tödliche Kampf gegen das Weimarer System ein Kernpunkt ist. Das völkische Führerrecht beruht auf der Erkenntnis, daß der wahre Wille nicht durch parlamentarische Wahlen und Abstimmungen gefunden werden kann, sondern daß der Wille des Volkes nur durch den Führer rein und unverfälscht hervorgehoben wird . . . Im politischen Volk kann nur ein oberster Träger der politischen Macht wirken. Das ist der Führer, von dem alle politische Macht und jede politische Befugnis ihren Ausgang nimmt."

Mit großer Ausführlichkeit beschäftigte sich Huber in seinem „Verfassungsrecht" mit der „Ausscheidung" der Juden:

„Die Juden genießen im Reich nicht die Stellung einer fremdvölkischen Minderheit, sondern ihnen ist eine Sonderstellung zugewiesen, die sich aus dem Ziel einer völligen Ausscheidung des Judentums erklärt . . . Das Halten von Kraftfahrzeugen ist Juden untersagt, die Fahrerlaubnis ist ihnen entzogen. Mietverträge können unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist gelöst werden . . . Juden dürfen nur bestimmte Vornamen beigelegt werden."

Am 13. Juli 1943 wurde der Münchener Professor Kurt Huber gemeinsam mit den Geschwistern Scholl hingerichtet. Er, der Kämpfer gegen Hitlers Unrechtstaat, führte in seiner Verteidigungsrede, die zu einer Anklage gegen das nationalsozialistische Regime wurde, u. a. aus:

„Als deutscher Staatsbürger, als deutscher Hochschullehrer und als politischer Mensch erachte ich es als Recht nicht nur, sondern als sittliche Pflicht, an der Gestaltung der deutschen Geschichte mitzuarbeiten, offenkundige Schäden aufzudecken und zu bekämpfen. Was ich bezweckte, war die Weckung der studentischen Kreise nicht durch eine Organisation, sondern durch das schlichte Wort. Nicht zu irgend einem Akt der Gewalt, sondern zur sittlichen Einsicht in bestehende schwere Schäden des politischen Lebens, Rückkehr zu klaren sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, zum gegenseitigen Vertrauen von Mensch zu Mensch. Das ist nicht illegal, sondern umgekehrt, die Wiederherstellung der Legalität. Ich habe mich im Sinne von Kants Kategorischen Imperativ gefragt, was geschähe, wenn diese subjektive Maxime meines Handelns allgemeines Gesetz würde. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Dann würde Ordnung, Sicherheit, Vertrauen in unser Staatswesen, in unser politisches Leben zurückkehren. Jeder sittlich Verantwortliche würde mit uns seine Stimme erheben gegen die drohende Herrschaft der Macht über das Recht, der bloßen Willkür über den Willen des sittlich Guten. Die Forderung der freien Selbstbestimmung auch des kleinsten Volksteiles ist in ganz Europa vergewaltigt, nicht minder die Forderung der Wahrung der rassischen und völkischen Eigenart. Die grundlegende Forderung wahrer Volksgemeinschaft ist durch die systematische Untergrabung des Vertrauens von Mensch zu Mensch zunichte gemacht. Es gibt kein furchtbareres Urteil über eine

Volksgemeinschaft als das Eingeständnis, das wir uns alle machen müssen, daß keiner sich vor seinem Nachbarn, der Vater sich nicht mehr vor seinem eigenen Sohn sicher fühlt. Das war es, was ich wollte, mußte."

Es gab im Dritten Reich nur einen Professor Kurt Huber, aber es gab viele Huber, die das Unrecht des Gauleiterstaates rechtlich untermauerten und jene Thesen verfochten, die Prof. Kurt Huber und viele seiner Gesinnungsfreunde zum Galgen führten. Denn es darf und soll niemals vergessen werden, daß es jene Professoren und Rektoren waren, die den Nationalsozialismus in akademischen Kreisen gesellschaftsfähig machten, und daß sie es auch waren, die die theoretischen Grundlagen für die Scheinlegalität und für die barbarische Praxis des NS-Staates lieferten.

Man kann sich bei der Betrachtung der Situation auf den bundesdeutschen Hochschulen nicht des bedrückenden Gefühles erwehren, daß heute wieder viele lehren und vernehmlich laut sprechen, die allen Grund zum Schweigen hätten. Das Bedenkliche daran ist, daß sich bei diesen Theoretikern absolut kein grundsätzlicher Geisteswandel vollzogen zu haben scheint, sondern daß viele der von ihnen heute wiedervertretenen Thesen nur mit dem dankbaren Mantel des Antibolschewismus verbrämt wurden. Sollte es etwa so sein, daß totalitäre Bestrebungen in der Bundesrepublik dann als tragbar erachtet werden, wenn sie mit der üblichen antibolschewistischen Kreuzzugpropaganda gemixt werden? Vielleicht ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß in unserer Zeit Kriege nicht nur in Generalstabsquartieren, sondern im Kino um die Ecke, in der Presse und nicht zuletzt auch in den Hörsälen vorbereitet werden können.

Rudolf Pikola

Manöverball und Totentanz

Das Schlimmste war eigentlich die Presse. Nicht die ganze, aber immerhin. Und gerade die Zeitungen, die nicht auf kleine Gruppen oder auch größere Kreise beschränkt sind, sondern diejenigen, die gewissermaßen das tägliche Brot der Bevölkerung darstellen, das zum Kaffee gebracht und mit diesem konsumiert wird.

Ja, man konnte seine helle Freude haben an den Zeitungsberichten über die Herbstmanöver der Bundeswehr! Da fehlte nichts, aber auch gar nichts von anno dunnemal! Wie zu Kaisers forschen Zeiten brachen „Blau" und „Rot" aus den Wäldern hervor, die Panzerbrigade X holt „zum entscheidenden Schlag" aus, von den Fahrzeugen aus „kämpfen die Panzergrenadiere die letzten Widerstandsnester nieder", „ein Bild gepanzerter und übermächtiger Kraft" stellt sich den alten Herren dar, denen hinter den Fernrohren die Augen kampfesmutig blitzen und das Herz unter der Windjacke höher schlägt (Donnerwetter, das ist mal wieder was!), es fehlt auch nicht an den „phosphoreszierenden Leuchtsätzen der Raketen", die „über Hindernisse hinwegtanzend den Panzern entgegenfliegen" und (wie neckisch!) „an Glühwürmchen erinnern", der nicht ermüdende Hauptmann ist da, der sich schon die Kehle heiser geschrieen hat, und geschäftig verteilen die Schiedsrichter die Treffer.

Tatsächlich, wir haben ihn wieder, den ganzen widerlichen Kriegsberichter-Jargon der Propagandakompanien, mit dem über den Widersinn des militärischen Spiels genau so hinweggelogen wird wie über das Grauen des militärischen Ernsts. Gelernt ist gelernt, und oft hatte man, wenn man diese Reportagen las, den Eindruck, als hätten die Herren Verfasser mit frischem Mut und heitrem Sinn den Ton da wieder aufgenommen, wo wir ihn 1945 für immer verklungen glaubten. Denn wir hatten es erlebt, wie es ist, wenn nicht der Schiedsrichter mit der weißen Binde um die Mütze die Treffer verteilt, sondern der Tod selbst, für den die Herren Kampfrichter ja derzeit nur — in erschreckender Verkennung der wartenden Wirklichkeit — stellvertretend amtieren. Wir haben es erlebt, wie es ist, wenn nicht die Glühwürmchen der Platzpatronen auf den Panzer losfliegen, sondern wenn lebende Menschen, Söhne von Müttern, Männer von Frauen, Väter von Kindern in den glühenden Stahlkerkern verbrennen, wir haben gehört, wie die Sterbenden verröcheln, wie die Verblutenden schreien, wie die Frauen weinen!

Aber davon spricht man doch jetzt nicht! Es ist ja alles so schneidig und männlich, die knabenhafte Lust am Kriegsspiel ist nun wieder organisiert und zur vaterländischen Tugend erhoben, jovial fragt der Herr Bundeskanzler seine Fallschirmspringer, ob sie Angst gehabt hätten, und sein ganzer Stab freut sich über die treudeutsch ehrliche Antwort „Jawoll, Herr Bundeskanzler!", und selbst der Herr Bundespräsident ist da, an der historischen Stelle ist er, wo schon Cäsar den Rhein überschritt (was ist doch ein historisches Bewußtsein wert!), und ruft wie ein guter Onkel (der wissen müßte, was er tut) den jungen Soldaten (die wohl noch nicht wissen, was sie tun) zu: „Nun siegt mal schön!" Notieren, notieren, wir haben wieder ein köstliches Bonmot unseres alten Herrn!

Wie schön man doch in Wirklichkeit siegt! Wie schön doch in Wirklichkeit die verstümmelten Leichen eines siegreichen Heeres sind! Augen zu, Augen zu, nicht daran denken! Es ist alles nur Spiel, außer ein paar Knochenbrüchen ist nichts passiert, und der Trompeter gibt ja schon das Signal zum Aufhören — alles wie zu Kaisers Zeiten! Da war es auch immer nur Spiel und blieb es — — oder täuschen wir uns?

Der Trompeter blies, und die Kompanie macht sich fertig zum Manöverball. Da sage einer, das Soldatenleben sei nicht schön! So wollen wir die Jugend, nicht wahr, so wollen wir, daß die Jugend es will! Das gibt Erinnerungen für ganze Wälder von Stammtischen!

Wo ist der Griesgram, der es übers Herz bringt, der Jugend diese unschuldige Freude zu schmälern? Wer wagt es, zu sagen, daß bisher noch auf alle Manöverbälle der grausigste Totentanz folgte? Jedesmal, jedesmal, jedesmal! Und welchem krankhaften Gehirn kommt es in den Sinn, daß so bald auf die Herbstmanöver der Totensonntag folgt? Aber was wäre dahinter zu finden? Zieht nicht eine Ehrenkompanie am Heldendenkmal auf, hält nicht der Pfarrer eine feierliche Ansprache unter Hinweis auf das Wort, wie hoch diejenigen zu preisen seien, die ihr Leben hingaben für ihre Freunde (ach, ihre Freunde wollten alles andere als das!), und legt nicht der dicke Herr Bürgermeister einen schweren Kranz nieder und sagt dazu: „Ich danke euch, Kameraden!"

So ist denn alles in der Ordnung, und wir, nach einigen Um- und (selbstverständlich) Irrwegen im alten Gleis. Deutschland ist wieder „hörbar eingerastet", um im Bild zu bleiben.

Unsere Presse hat brav mitgeholfen, daß es so kam. Hut ab vor ihr! Helm auf! Bald binden wir ihn noch fester.

Günther Weisenborn

Besuch in Peking

Als ich am frühen Abend durch die Straßen Pekings ging, glaubte ich, eine Massenversammlung sei soeben zu Ende gegangen. Menschenheere drängten sich im Neonlicht auf den Bürgersteigen. Die Frauen in Hosen schwatzten miteinander, lachten und kauften ein. Die jüngeren Frauen trugen meist lange Zöpfe. Die Männer trabten in blauen, hochgeschlossenen Anzügen, in langen, seitlich geknöpften Kitteln, in Pelzen, in abenteuerlichen Trachten an den Läden vorbei. Manche mit weißen Mullmasken vor dem Mund. Die eilig radelnden Dreiradfahrer stießen ihre Warnrufe aus. Die alten roten Straßenbahnen klingelten. Die Gemüsemänner schlugen auf ihre Gongs. Die Nudelverkäufer schwangen ihre Knarren, schrien „Tschau-mien!" Der Kuchenmann schrie „Tschao-ping!" und schlug mit dem Hartholz an die Tragestange. Am Straßenrand standen die Verkäufer von Bonbons, von Tee, von Bohnensaft, doudjan, von Erdnüssen, Lotossamen oder von gelben, apfelähnlichen Früchten und priesen sie fast singend an. Die wenigen Autos hupten unaufhörlich.

Wie heißt diese Straße? ‚Entenhaut-Gasse'. Und diese? ‚Straße des lächelnden Patriarchen'. Und diese? ‚Straße des glücklichen Phönix'.

Hier gab es fliegende Zinnausbesserer, Krabbenverkäufer, Maronenhändler, Ausrufer vor den Läden und Verkäufer uralter Wecker und Grammophone mit spitzen Trichtern. Und überall war das Röcheln und Ausspucken zu hören, das eine chinesische Angewohnheit ist, unhygienisch und widerwärtig. Die Menschen schrien, sprachen singend, schimpften und lachten. Es lag eine gewaltige Wolke von Lärm über den abendlichen Straßen, deren niedrige Häuser oft rote Lackgiebel tragen. Die vielen gelben Gesichter, jung und alt, zogen im Schein der fremdartigen Lampions und bunten Laternen an mir vorüber. Ich sah Tartaren, Huis, mongolische Nomaden, Studentenrudel, weibliche Armeeoffiziere und zahllose Kinder. Es war ein erregendes Bild. Lehmwände, hellgrau, Plakatwände, rot gelackte Yamen-Tore, Blick in von Ampeln erleuchtete Hinterhöfe, geheimnisvolle Feuerchen, Frauen mit fremdartigen Beschäftigungen, Tempelbögen, Ölpapierfenstern, Masken, Buddhas. Es gab vielerlei Reklamen und rot oder blau flimmernde Neonleuchtschriften mit den senkrechten chinesischen Buchstabenreihen. Andere Buchstabenfahnen wehten im Wind. In den überladenen Seidenläden, Curio-Basaren, Pelzgeschäften, Buchhandlungen, Lebensmittelgeschäften, Teehäusern und Warenhäusern drängten sich lärmend die Menschen. Die Dreiradfahrer, abenteuerliche Gestalten, hockten zusammen und luden unaufhörlich die Passanten zu einer Fahrt ein. Lastkamele zogen schweigend hindurch, umsungen von näselnden Sängern aus den Lautsprechern. Karren mit einem Korbgestell voller Kohlen folgten, gezogen von Eseln. Die wildromantischen Gestalten riesiger Fuhrmänner knallten die Peitschen, ein Dutzend Karren hintereinander, das macht ein Dutzend Peitschen, sie werden überholt von einer russischen Limousine, der ein Schwarm von Radfahrern laut klingelnd folgte. Und jeder sprach mit jedem.

Die riesigen Stadt-Türme mit drei geschwungenen Dächern ragten gewaltig in den vom Schimmer des Lichtes rötlich erleuchteten Abendnebel vor uns auf.

In der Straße der Laternenmacher, einer engen, überfüllten Gasse, in der abends Tausende von kleinen, bunten Laternen aus den offenen Läden glühen, Ochsenhornlaternen mit Fransen, beschriftete Kugellampen, offene Öllampen und Kürbislaternen, kann man Goldfische, Affen und Grillen in zierlichen Käfigen

kaufen und die berühmte Ginseng-Wurzel in den altertümlichen Apotheken, die aus den Männern wahre Casanovas machen soll und langes Leben verspricht. Man kann auch die roten, brokatseidenen Totenkleider kaufen, die im Licht bunt aufglühender Reklameschriften einladend leuchten. Jadeschmuck oder die in einen Elefantenzahn hineingeschnitzten Kugeln, von denen sieben ineinander liegen und sich jede verschieden bewegen läßt, auch Korallenbäumchen unter einem staubigen Glassturz oder geschliffene Steinplatten mit skurriler Zeichnung, sogenannte „Gemälde der Natur". Der nächste Stand hat viele Sorten von Zuckerzeug und Leckerbissen, der folgende bietet Grammophonplatten an oder Lotosblumenkerne oder sehr undurchsichtige Apothekerwaren.

Und immer befindet man sich in einer schiebenden, lärmenden Menschenmasse, in der alle mit allen zu sprechen scheinen. Fremdartige Gesichter, von Windlichtern erhellt und sonderbare Schatten werfend, gleiten an dir vorbei.

Es gibt riesige Basare, die unter Strohmatten durch zwanzig, dreißig Hinterhöfe führen und in denen ständig Waren angeboten werden. An manchen Läden hängen dunkelbraune Violinen nebeneinander. Sieht man genauer hin, sind es gebackene Enten.

In malerischen Gewändern ziehen Tibetaner durch das Gewühl. Sie haben rasierte Köpfe und tragen mächtige Pelzmützen oder Konfektionshüte. Sie tragen den rechten Arm nackt. Im Bausch ihres Mantels führen sie ihr Besitztum mit sich. An ihrem Gürtel baumeln silberbeschlagene Dolche. Man sieht sie recht oft in den Städten Chinas. Man sieht gelegentlich kleine buddhistische Nonnen in gelben Kitteln mit kahlrasierten Schädeln, man sieht elegante Damen im Schneiderkostüm, man sieht Soldaten mit kindlichen Gesichtern unter mächtigen Pelzmützen und gelegentlich mit Regenschirmen aus Ölpapier. Und man watet am Tag durch wahre Kindermeere, die den Fremden aus ihren dunklen Augenschlitzen neugierig anstarren.

Ein ohrenbetäubender Lärm herrscht. In China liebt man den Lärm. Unaufhörlich klingeln die Fahrräder, hupen die Autofahrer, singen die Arbeiter vor den Neubauten, stoßen die Maultiertreiber Warnrufe aus und schreien, und die Anpreiser und Ausrufer gehen mit schallenden Stimmen ihrer Profession nach. Die Polizisten rufen durch das Megaphon fahrlässige Passanten zur Ordnung, Kinder kreischen, und aus dem Menschengewühl steigt eine Wolke von fremdartigem Menschenlärm, von tausend lauten Gesprächen, von Pfiffen, Klingeln, Musik, Schreien und Singen, und immer lachen sie irgendwo.

Ein Gang durch die Straßen zeigt Ungeniertheit, Handelslust, Freude an Lärm, viel Armut und viel Vergnügtheit. Schließlich läßt der Fremde sich mit einem Dreiradfahrer ins Hotel fahren.

Er ist völlig verwirrt, als er dem Fahrer, der 60 Fen verlangt, einen Jüang reicht und der ihn zurückweist. Erst als Wang mit seinem Dreirad gleichfalls hält, erfährt der Fremde, daß es kein Trinkgeld mehr gibt in China. Der Rikschafahrer trollt sich mit 60 Fen, und der Fremde betritt betäubt sein Zimmer. Im Hotel ist die Muschel des Telefons mit zart rosa Gazestoff umhüllt.

Am nächsten Tag gehe ich in den Kaiserpalast. Er umschließt ein riesiges, rechteckiges Areal mitten in der Stadt mit vielen Palästen, Pagoden, Parks und Seen. Rundum ziehen sich hohe, altersgraue Mauern. Die Haupteinfahrt ist das „Tien-An-Men", das berühmte rote „Tor des himmlischen Friedens". Dort ist heute die Picasso-Taube zu sehen und eine Inschrift, die bedeutet: „Lang leben die vereinigten Volksrepubliken!"

Die „Verbotene Stadt" der Kaiser hieß so, weil abends nach dem Geläut vom großen Glockenturm jedem Mann der Aufenthalt darin bis zum Morgengeläut

verboten war. Auch sie ist eine große ummauerte Parkanlage, in der Paläste und Pavillons stehen. Rot ist in China seit ewiger Zeit die Farbe des Glücks, der Kraft und der Kaiser. Die Paläste mit den vielen gelb belackten Dächern haben poetische Namen: ‚Der Palast der erhöhten Harmonie', ‚Palast der literarischen Auszeichnung', ‚Palast der kraftvollen Fruchtbarkeit', ‚Getrennte Paläste des Blicks nach Süden, der himmlischen Gunst und der gewöhnlichen Vergnügungen', ‚Pavillon der Jademuschel' und der ‚Quellen der kostbaren Konkubine', ‚Palast der eilenden Zeit'.

Hier gibt es zwischen Seen und Parks Hunderte von Tempeln und Gebäuden. Hier, wo seit altersgrauer Zeit der Kaiserthron steht, hier ist der Sitz der heutigen Regierung. Statt des Drachens sieht man die Taube, statt der seidenen Gewänder der Mandarine die blauen, hochgeschlossenen Anzüge der Funktionäre, statt der purpurnen Sänften die eiligen Regierungsautos, Sym, Cadillac oder Mercedes 300. Statt der kostbaren Papierdrachen, die einst an langer Leine in der Luft schaukelten, sieht man chinesische Düsenjäger am Himmel von Peking. In den kaiserlichen Gärten, die früher so verlassen dalagen, sieht man Hunderte von Spaziergängern familienweise dahinflanieren und einander fotografieren. Auf dem Pehai-See rudern sie in Booten und singen, und Bauerndelegationen aus Honan bewundern die Birnen-Pagode.

Ich ging in den Kaiserpalast und sah den Drachenthron. Links und rechts vom tischhohen Thron der Erhabenheit standen reglos im Dämmer zwei große Ibisvögel aus Silber, außerdem zahlreiche Opfergefäße, aus denen kein Weihrauch mehr stieg. Hinter dem Thron befand sich eine hohe Wand mit edlen Schnitzereien, deren kunstvolle Rotholzrosetten Öffnungen haben, zum Flüstern der Berater hinter der Wand geschaffen.

Hier in dem Irrgarten von Palästen, Pavillons und Pagoden war das Reich der Eunuchen, Mandarine und Konkubinen. Hier war die seidenraschelnde, von Gongs durchsungene Stille zuhause, in der die Hofintrigen, die Launen, die Bestechlichkeit und jene weltfremden Künstlichkeiten gediehen, die bizarre Muschelgrotten, Tuffsteingebirge und verschlungen gewundene Bäumchen erschuf.

Aber das Höchste in diesem Heerlager von Melancholie, Selbstmord, Wonne, Wollust und Willkür blieb die Mechanik. Ja, im Allerheiligsten des Kaiserpalastes befinden sich wahre Ungetüme von Uhren, von Wasseruhren, von goldenen Weckern, mechanische Leierkasten aus Paris und mit kostbaren Intarsien eingelegte Chronometer.

Hier unter den gelbgezackten Zeltdächern aus kaiserlich gelben Porzellanziegeln, inmitten von Bronzefässern aus der Tang-Dynastie, von grimmigen Drachen und goldenen Löwen umgeben, saß der Kaiser, einsam und angebetet und sah den Uhren zu, den tickenden Eilern, den Automaten aus Europa, die Vergänglichkeit auf silbernen Zifferblättern darstellend.

Hier waren sie einer nach dem andern gestorben. Hier hatten seit nahezu 5000 Jahren 317 Kaiser aus 35 Dynastien gelebt und regiert. Viele Dynastien sanken durch Revolutionen. Neue Bauernkaiser, wie die Ming-Kaiser, schufen neue Dynastien. Als Moses vom Berg Sinai die zehn Gebote zu den Menschen trug, regierten in China die Kaiser, als Homer die ‚Ilias' sang, regierten in China die Kaiser, als Christus ans Kreuz geschlagen wurde, regierten in China die Kaiser. Die Dynastien sanken dahin, aber der Kaiser blieb.

Als die goldene Horde kam, starb wieder eine Dynastie. Die Tartarenkaiser begannen mit Dschingis Khan, die mongolischen Kaiser folgten, darunter Kublai-Khan. Die Mandschu-Kaiser regierten bis 1911. Im Jahre 1911, nach dem Tode der Kaiserin Mutter, gelang es Sun-yat-sen, das kaiserliche Regime zu stürzen. Es

fiel beim ersten Anstoß, fast ohne daß Blut vergossen wurde, wie eine Mumie, die plötzlich zerfällt, wenn die Grabkammer geöffnet wird. Und über ganz China erhob sich 1911 das Klappern der Scheren, mit denen hundert Millionen Männer sich ihre verhaßten Zöpfe abschnitten, die ihnen 1644 von den Mandschu-Kaisern aufgezwungen worden waren. Sun-yat-sen begründete die Kuomintang und führte freie Wahlen ein. Ein Parlament entstand, und eine Demokratie wurde begründet, verfiel jedoch sofort in heftige Wirren.

Als ich vor dem leeren Kaiserthron stand, dem Thron des Himmels, schob sich eine Schulklasse kleiner Mädchen in den ‚Palast der äußersten Harmonie'. Sie blickten staunend aus ihren schmalen Augen um sich, die schwarz glänzten. Die kleinen, zierlichen Mädchen drängelten sich um den Thron, staunten ein wenig und kicherten. Eine flocht ihrer Freundin das Haarband in den Zopf und hielt ein zweites rotes Band dabei zwischen den Zähnen. Einige schlenderten schon weiter und teilten sich an den Stufen des Thrones eine Orange.

Als ich den Kaiserpalast verließ, las ich in einer alten Reisebeschreibung:

‚Die Stadt ist vollkommen viereckig gebaut, ganz von Lehmmauern umschlossen, die unten ungefähr zehn Schritte dick und mit Zinnen versehen sind. Die ganze Anlage zeigt die größte Regelmäßigkeit, und die Straßen sind daher so gerade, daß man, kommt man durch eines der Wacht-Tore und blickt geradeaus, am anderen Ende der Stadt das entgegengesetzte Tor sieht. In der Mitte der Stadt liegt ein Palast, der an Größe nirgends seinesgleichen hat, von schönen Wiesen und prächtigen Bäumen umgeben, die verschiedenartige Früchte tragen. Und im Norden, fern vom Palast, steht ein künstlich angelegter Erdhügel, der wohl 100 Schritte hoch ist'.

Diese Reisebeschreibung ist rund 600 Jahre alt. Sie stammt von M a r c o P o l o.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aus dem Bericht der Sachverständigen-Konferenz in Genf vom 1. Juli bis zum 21. August 1958 zum Studium der Methoden, Verstöße gegen ein eventuelles Abkommen über Einstellung der Kernversuche zu entdecken

Einleitung

A. Gemäß der Übereinkunft, die auf Grund eines Briefwechsels zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight D. Eisenhower, über die Einberufung einer Sachverständigenkonferenz zum Studium der Möglichkeit einer Entdeckung von Verstößen gegen ein eventuelles Abkommen über die Einstellung von Kernversuchen erzielt worden war, begann am 1. Juli 1958 in Genf, im Palast der Nationen, die Konferenz der Sachverständigen der westlichen Länder einerseits und der Sachverständigendelegationen der Sowjetunion und der Volksrepublik Rumänien andererseits.

B. Der Konferenz wohnte als persönlicher Vertreter des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen Herr T. G. Narayan bei. Die Organisation der Vereinten Nationen sicherte der Konferenz die nötigen Arbeitsbedingungen und stellte ihr die Dienste ihres Sekretariats zur Verfügung. Die Sachverständigen sagen dem Generalsekretär und seinem persönlichen Vertreter für ihre liebenswürdigen Dienste Dank, desgleichen dem Personal des Sekretariats, das die Konferenz betreut hat, für die von ihm geleistete Arbeit.

C. Die am 4. Juli beschlossene Tagesordnung umfaßte folgende Hauptfragen:

1. Meinungsaustausch über die verschiedenen Methoden zur Entdeckung von Atomexplosionen und über andere allgemeine Fragen der Konferenzarbeit.

2. Bestimmung der Nomenklatur der Hauptarten systematischer Beobachtungen von Erscheinungen, die Anzeichen einer Explosion sind.

3. Ein System der Kontrolle über Einhaltung eines Abkommens über Einstellung der Kernversuche.

4. Abfassung eines Berichts der Sachverständigen an die Regierungen der auf der Konferenz vertretenen Länder nebst Gutachten und Vorschlägen betreffs eines Kontrollsystems über Einhaltung eines Abkommens über Einstellung der Kernversuche.

D. Die Konferenz führte 30 offizielle Sitzungen durch und schloß ihre Arbeit am 21. August 1958 ab. Im Einklang mit der vorangegangenen Übereinkunft führte die Konferenz ihre Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch.

E. Die Konferenz erörterte die Begleiterscheinungen von Atomexplosionen, die unter verschiedenen Bedingungen durchgeführt werden.

F. Einige dieser Erscheinungen, nämlich die akustischen Wellen bei Explosionen in der Luft und im Wasser, die seismischen Schwingungen bei Explosionen auf der Erde, unter der Erde und unter dem Wasser, die Radioimpulse bei Explosionen in der Atmosphäre, das Licht und die Gammastrahlung, wenn sie sich über große Entfernungen hin ausbreiten, dienen als Anzeichen von Explosionen und ermöglichen es, Ort und Zeit dieser Explosionen abzuschätzen.

G. Die sich bei Kernexplosionen in der Atmosphäre bildenden radioaktiven Produkte verlagern sich in der Atmosphäre und breiten sich über große Entfernungen aus. Wurde die Kernexplosion im Ozean oder in der Erdkruste vorgenommen, so werden die radioaktiven Produkte lange Zeit hindurch unweit der Explosionsstelle konzentriert bleiben.

H. Die Empfindlichkeit der modernen physikalischen, chemischen und geographischen Messungsmethoden ermöglicht es, Kernexplosionen anhand der obenerwähnten Anzeichen auf bedeutende Entfernungen hin zu entdecken, wie weiter unten gezeigt werden wird.

So ist bekannt, daß Explosionen von großer Stärke, die auf der Erdoberfläche und im unteren Teil der Atmosphäre vorgenommen wurden, an von der Explosionsstelle denkbar weit entlegenen Punkten des Erdballs mühelos entdeckt werden können. Andererseits können Explosionen von geringer Stärke (von einigen Kilotonnen) mit großer Sicherheit beim heutigen Stand der Beobachtungstechnik nur entdeckt werden, wenn ein speziell geschaffenes Kontrollsystem vorhanden ist, wie dies im Abschnitt IV dieses Berichts vorgeschlagen wird.

I. Eine besondere Schwierigkeit bei Entdeckung und Identifizierung kleiner Explosionen besteht darin, daß viele Naturerscheinungen (Erdbeben, Gewitter u. a.) Signale hervorrufen, die den von Explosionen bewirkten ähnlich sind, oder daß sie durch ihre Anwesenheit die Entdeckung der gesuchten Signale behindern.

J. Eine sorgfältige Analyse der Registrierungsmaterialien unter Berücksichtigung der an mehreren Punkten gewonnenen Daten trägt dazu bei, die Signale der Naturerscheinungen von den Signalen von Explosionen zu unterscheiden. Vorgänge, die unidentifiziert bleiben und bei denen der Verdacht einer Kernexplosion möglich ist, könnten mittels einer Inspektion an Ort und Stelle erkannt werden.

K. Die Sachverständigenkonferenz hat die Methoden zur Entdeckung von Kernexplosionen anhand der von den Explosionen hervorgerufenen akustischen, hydroakustischen und seismischen Schwingungen in der Luft, im Wasser und in der Erdrinde geprüft, desgleichen die Entdeckung von Explosionen mit Hilfe der von ihnen verbreiteten elektromagnetischen Schwingungen und der von den Explosionen hervorgerufenen radioaktiven Produkte.

L. Die Konferenz hat die Möglichkeiten und Begrenzungen, die einer jeden dieser Methoden innewohnen, untersucht und festgestellt, daß eine gemeinsame Anwendung der verschiedenen Methoden die Entdeckung und Identifizierung von Kernexplosionen bedeutend erleichtert.

M. Nach Erörterung der einzelnen Methoden prüfte die Konferenz die Frage der technischen Ausrüstung des Kontrollsystems, die nötig wäre, um Kernexplosionen zu entdecken und zu identifizieren, und ging sodann zur Frage des Kontrollsystems als Ganzes über.

N. Auf Grund der Behandlung dieser Fragen gelangte die Konferenz zu dem Schluß, daß es t e c h n i s c h d u r c h f ü h r b a r ist, ein arbeitsfähiges und effektives Kontrollsystem mit den im Abschnitt IV des vorliegenden Berichts erwähnten Möglichkeiten und Begrenzungen zwecks Entdeckung von Verstößen gegen ein Abkommen über allgemeine Einstellung der Kernwaffenversuche ins Leben zu rufen.

O. Im vorliegenden Bericht sind Angaben gemacht über verschiedene Methoden zur Entdeckung und Identifizierung von Kernexplosionen, über die technische Ausrüstung des Kontrollsystems und über das Kontrollsystem als Ganzes. Die einzelnen Dokumente, die die von der Konferenz angenommenen Schlußfolgerungen zu jeder der genannten Fragen enthalten, sind dem vorliegenden Bericht beigegeben.

Gutachten über ein Kontrollsystem zur Entdeckung eines Verstoßes gegen ein eventuelles Abkommen über Einstellung der Kernversuche

Die Sachverständigenkonferenz ist nach Erörterung eines Kontrollsystems zur Entdekkung von Verstößen gegen ein eventuelles Abkommen über Einstellung der Kernversuche zu folgendem Schluß gelangt:

Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Methoden zur Entdeckung von Kernexplosionen — die Methode der Probenentnahme von radioaktiven Produkten, die Methoden der Registrierung von seismischen, akustischen und hydroakustischen Wellen und die Methode des Radiosignals zusammen mit dem Einsatz einer Inspektion an der Stelle, wo unerkannte Erscheinungen auftraten, bei denen der Verdacht von Kernexplosionen besteht — ermöglichen es, Kernexplosionen zu entdecken und zu identifizieren, darunter auch Explosionen von geringer Stärke (1—5 Kilotonnen). Die Konferenz gelangte deshalb zu dem Schluß, daß es t e c h n i s c h d u r c h f ü h r b a r sei, ein arbeitsfähiges und effektives Kontrollsystem mit den unten genannten Möglichkeiten und Begrenzungen für die

Entdeckung von Verstößen gegen ein Abkommen über allgemeine Einstellung der Kernwaffenversuche ins Leben zu rufen.

Die Sachverständigenkonferenz ist zu folgendem Gutachten betreffs eines solchen Systems gelangt:

1. Das Kontrollsystem soll von einem internationalen Kontrollorgan geleitet werden. Dies Kontrollorgan muß für eine koordinierte Tätigkeit des Kontrollsystems Sorge tragen, das folgenden technischen Anforderungen sowie den damit verknüpften Funktionen zu entsprechen hätte:

a) Ausarbeitung, Erprobung und Übernahme einer Meßapparatur sowie von Ausrüstungen für das Kontrollpostennetz; Bestimmung der Kriterien für die Wahl des Stationierungsorts der Kontrollposten;

b) Durchführung an den Kontrollpostenstationen und auf Flugzeugen, die in den Punkten 3 und 5 des vorliegenden Gutachtens erwähnten ständigen und effektiven Beobachtungen von Erscheinungen, die es ermöglichen, Kernexplosionen mittels der von der Konferenz empfohlenen Methoden zu entdecken;

c) zuverlässige Verbindung mit Hilfe der vorhandenen Mittel dort, wo sie für diesen Zweck taugen, zwischen dem internationalen Kontrollorgan einerseits und den Kontrollposten und -stützpunkten, von denen aus regelmäßige Flüge unternommen werden, andererseits; die Verbindung und die Beförderung müssen eine rasche Übermittlung der Beobachtungsresultate, der Daten (einschließlich Proben), Berichte sowie der nötigen Versorgung gewährleisten;

d) Transportmittel für das Personal der Kontrollposten entsprechend seinen Obliegenheiten und, soweit dies erforderlich ist, für die Mitarbeiter des internationalen Kontrollorgans;

e) rechtzeitige Analyse und Bearbeitung der von den Kontrollposten angestellten Beobachtungen, um die Erscheinungen, bei denen der Verdacht einer Kernexplosion aufkommen könnte, rasch zu identifizieren und um darüber in einer Weise Mitteilung zu machen, die die Regierungen für angebracht halten;

f) rechtzeitige Inspizierung der unerkannten Erscheinungen, bei denen der Verdacht von Kernexplosionen aufkommen kann, gemäß Punkt 6 des vorliegenden Abkommens;

g) Komplettierung des Kontrollsystems (des Netzes der Kontrollposten auf dem Festland, auf Schiffen und auf Flugzeugen sowie der Mitarbeiter des internationalen Kontrollorgans) durch qualifiziertes Personal mit dem entsprechenden Fachwissen;

h) Beistandsleistung bei Verwirklichung des wissenschaftlichen Forschungsprogramms zwecks Steigerung des wissenschaftlichen Niveaus des Systems.

2. Das Netz der Kontrollposten wird durch drei höchst wichtige Parameter charakterisiert:

a) durch die minimale Stärke der Kernexplosion oder der Naturereignisse, die äquivalente Signale aussenden;

b) durch die Zahl der Kontrollposten;

c) durch die Wahrscheinlichkeit einer wichtigen Identifizierung der Naturerscheinungen, insbesondere von Erdbeben.

Zwischen diesen Parametern besteht folgende Abhängigkeit: mit zunehmender Stärke der Explosion oder der Zahl der Kontrollposten wächst die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung und Identifizierung, während die Menge der unerkannten Erscheinungen, bei denen der Verdacht einer Kernexplosion besteht, sich verringert. Andererseits wäre es für die Identifizierung einer wachsenden Zahl von unerkannten Erscheinungen bei einer geringeren Anzahl von Kontrollposten nötig, die Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle zu vermehren oder in größerem Ausmaß die Daten auszuwerten, die aus Quellen stammen, die dem Kontrollorgan nicht unterstellt sind, oder, falls nötig, das eine und das andere auszunutzen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Aufgabe der Entdeckung und Identifizierung unterirdischer Explosionen zu den schwierigsten gehört und in vielem die Charakteristika des Kontrollpostennetzes bestimmt.

3. Das Kontrollpostennetz umfaßt 160 bis 170 Bodenkontrollstationen (ausgerüstet entsprechend Abschnitt III des vorliegenden Berichts) und ungefähr 10 Schiffe. Von diesen

160—170 Kontrollposten würden 100—110 auf dem Festland gelegen sein, 20 auf großen Ozeaninseln und 40 auf kleinen Ozeaninseln, doch kann die genaue Zahl der Kontrollposten in den genannten Grenzen erst im Prozeß ihrer konkreten Verteilung auf dem Erdball bestimmt werden, unter Berücksichtigung der Geräusche an ihren Stationierungsstellen und anderer Umstände.

Die Entfernung zwischen den Kontrollposten in kontinentalen, aseismischen Räumen würde ungefähr 1700 km betragen, in seismischen Räumen ungefähr 1000 km. Die Entfernung der Kontrollposten in ozeanischen Gebieten würde zwischen 2000 und mehr als 3500 km schwanken; die Entfernung zwischen den Inselkontrollposten in seismischen Räumen würde etwa 1000 km betragen. Das würde zu folgender ungefährer Verteilung der Kontrollposten auf dem Erdball führen (bei einem Netz, das 110 kontinentale Kontrollposten umschlösse): Nordamerika 24, Europa 6, Asien 37, Australien 7, Südamerika 16, Afrika 16, Antarktis 4; hinzu kämen 60 Kontrollposten auf Inseln und rund 10 auf Schiffen.

4. Zu den Aufgaben des Personals der Kontrollposten gehört die Sicherstellung eines normalen Funktionierens der Apparaturen, die primäre Bearbeitung der gewonnenen Materialien und deren Weiterleitung an das internationale Kontrollorgan sowie an die Regierung des Landes, auf dessen Territorium sich der Kontrollposten befindet, und zwar auf die Art und Weise, die die Regierungen für angebracht halten.

Zur Erfüllung der genannten Aufgaben werden etwa 30 Fachleute verschiedener Qualifikation und Fachrichtung nötig sein, sowie ein sich aus einigen Personen zusammensetzendes Bedienungshilfspersonal für jeden Kontrollposten.

5. In Ergänzung zu dem genannten Hauptnetz werden Luftproben entnommen werden von Flugzeugen aus, die gewöhnlich die Trassen von Norden nach Süden über den Ozeanen an der Peripherie des Atlantik und des Pazifik befliegen sowie auch ozeanische Gebiete überfliegen, die von den Bodenkontrollposten weit entfernt liegen.

Ergibt sich im Falle der Entdeckung einer unerkannten Erscheinung, bei der der Verdacht einer Kernexplosion besteht, die Notwendigkeit, das Vorhandensein einer radioaktiven Wolke zu kontrollieren, so werden spezielle Flüge organisiert, um sich gemäß Punkt 10 Abschnitt II (b) Proben radioaktiver Produkte zu verschaffen.

6. Entdecken die Kontrollposten eine Erscheinung, die vom internationalen Kontrollorgan nicht erkannt werden kann und bei der der Verdacht einer Kernexplosion aufkommen könnte, so kann das internationale Kontrollorgan dorthin, wo diese Erscheinung beobachtet wurde, eine Inspektionsgruppe entsenden, um festzustellen, ob eine Kernexplosion stattgefunden hat oder nicht. Diese Gruppe wird mit Ausrüstungen und einer Apparatur ausgestattet, die ihrer Aufgabe in jedem einzelnen Fall entspricht. Die Inspektionsgruppe läßt einen Bericht über die von ihr durchgeführte Untersuchung dem internationalen Kontrollorgan und der Regierung des Landes, auf dessen Territorium die Untersuchung stattgefunden hat, in einer Art und Weise zugehen, die die Regierungen für geeignet halten.

7. Das Netz der Kontrollposten, deren Verteilung dargelegt wurde, würde zusammen mit der geschilderten Ausnutzung von Flugzeugen, unter Berücksichtigung des in den Punkten 8 und 9 Dargelegten, folgende Effektivität aufweisen:

a) eine begründete Wahrscheinlichkeit, Kernexplosionen bis zu einer Stärke von etwa einer Kilotonne zu entdecken und zu identifizieren, die auf der Erdoberfläche und in einer Höhe bis zu 10 km vor sich gingen, und eine begründete Wahrscheinlichkeit, Explosionen zu entdecken, doch nicht in allen Fällen zu identifizieren, die in Höhen von 10 bis 50 Kilometern stattfanden. In diesen Fällen würden die unabhängigen Methoden zur Anwendung kommen, die im Abschnitt II a, II b und II d dargelegt wurden;

b) begründete Wahrscheinlichkeit, Kernexplosionen von einer Stärke von einer Kilotonne zu entdecken, die in großer Tiefe im offenen Ozean stattfinden. In diesem Falle würden die in dem Abschnitt II a und II c dargelegten unabhängigen hydroakustischen und seismischen Methoden zur Anwendung kommen. Die Identifizierung von unterseeischen Explosionen kann in verhältnismäßig seltenen Fällen durch Naturereignisse erschwert werden, die ähnliche hydroakustische und seismische Signale senden;

c) begründete Wahrscheinlichkeit, seismische Signale von tiefen unterirdischen Kernexplosionen auf dem Kontinent, die einer Kilotonne und mehr äquivalent sind, zu regi-

strieren. In diesem Falle käme die im Abschnitt II c dargelegte seismische Methode zur Anwendung. Das Problem der Identifizierung tiefer unterirdischer Explosionen wird in Punkt 8 behandelt.

8. Bei Beobachtung von Signalen eventueller unterirdischer Explosionen würden die Kontrollposten zugleich auch eine beträchtliche Menge ähnlicher Signale, die von natürlichen Erdbeben herrühren, registrieren. Obwohl beim gegenwärtigen Stand des Wissens und der Technik das Netz der Kontrollposten die Signale von unterirdischen Explosionen von den Signalen gewisser Erdbeben nicht unterscheiden könnte, wäre es doch imstande, als Erscheinungen natürlicher Ursache ungefähr 90 Prozent der kontinentalen Erdbeben zu identifizieren, deren Signale fünf Kilotonnen äquivalent sind, sowie einen geringen Prozentsatz kontinentaler Erdbeben, die einer Kilotonne äquivalent wären[1]).

Auf Grund der vorhandenen Daten wurde geschätzt, daß die Zahl der Erdbeben, die man wegen der von ihnen ausgehenden seismischen Signale von tiefen unterirdischen Kernexplosionen mit einer Stärke von ca. fünf Kilotonnen nicht unterscheiden könnte, in kontinentalen Räumen 20 bis 100 im Jahr ausmachen könnte. Unerkannte Vorgänge, bei denen der Verdacht von Kernexplosionen aufkommen kann, würden einer Inspektion unterworfen werden, wie dies in Punkt 6 aufgezeigt ist.

Die Fähigkeit des Kontrollsystems, unterirdische Kernexplosionen mit einer Stärke von ein bis fünf Kilotonnen zu identifizieren, hängt ab von:

a) einem kleinen Teil von Erdbeben, die nur auf Grund der von den Kontrollposten gewonnenen Daten identifiziert werden können;

b) einem Teil der Erdbeben, die mit Hilfe zusätzlicher Daten, gewonnen von bestehenden seismischen Stationen, identifiziert werden können;

c) einem Teil der immer noch unerkannt gebliebenen Erscheinungen, die als Kernexplosionen verdächtigt werden könnten und in bezug auf die das internationale Kontrollorgan eine Inspektion gemäß Punkt 6 durchführen würde.

Obwohl das Kontrollsystem auf große Schwierigkeiten stoßen würde, um eine positive Identifizierung einer sorgfältig verborgenen tiefen unterirdischen Kernexplosion zu erzielen, gäbe es doch immer die Möglichkeit, einen solchen Verstoß mit Hilfe einer Inspektion zu entdecken.

Eine Inspektion an Ort und Stelle, die vom internationalen Kontrollorgan gemäß Punkt 6 durchgeführt würde, könnte mit begründeter Wahrscheinlichkeit unterseeische Kernexplosionen mit einer Stärke von einer Kilotonne und mehr identifizieren.

9. Die Konferenz stellt fest, daß in einigen besonderen Fällen die Möglichkeit, Kernexplosionen zu entdecken, sich verringern würde, beispielsweise bei der Durchführung von Explosionen in jenen Räumen des Ozeans, wo die Zahl der Kontrollposten gering ist und ungünstige meteorologische Verhältnisse herrschen; bei nicht tiefen unterirdischen Explosionen; bei der Durchführung von Explosionen auf Inseln in seismischen Gebieten; und in einigen anderen Fällen, wo die Explosion sorgfältig verborgen gehalten werden würde. In einigen Fällen würde es unmöglich sein, genau den Raum zu bestimmen, wo die entdeckte Kernexplosion stattgefunden hat. Die Konferenz ist jedoch der Ansicht, daß der Übertreter des Abkommens, was für Vorsichtsmaßnahmen er auch treffen würde, dennoch vor einer Entlarvung nicht sicher wäre, zumal wenn man die Durchführung einer Inspektion am Orte der vermuteten Explosion in Betracht zieht.

10. Das obenerwähnte System umfaßt nicht konkrete Methoden zur Entdeckung und Identifizierung von Kernexplosionen in großen Höhen (über 30—50 km). Die Konferenz hat ihre Schlußfolgerungen über die Methoden zur Entdeckung von Kernexplosionen, die in Höhen über 30—50 km erfolgen, formuliert und diese Methoden im Abschnitt II E charakterisiert.

II. Die Sachverständigenkonferenz empfiehlt den Regierungen, das oben geschilderte Kontrollsystem zu prüfen.

---

[1]) Die Konferenz stellt fest, daß es, um den Prozentsatz der Erdbeben mit einer Stärke unter fünf Kilotonnen, die sich identifizieren ließen, zu erhöhen, zweckmäßig wäre, zusätzlich zu den Daten der Kontrollposten auch zuverlässige Daten der bestehenden Erdbebenstationen heranzuziehen. Die Ergebnisse der von diesen seismischen Stationen zu diesem Zweck angestellten Beobachtungen sollen dem internationalen Kontrollorgan zugeleitet werden. Die Ausrüstung der für diesen Zweck geeigneten Erdbebenstationen könnte durch die besten modernen Apparaturen verbessert werden.

Wortlaut des Appells des Verbandes Physikalischer Gesellschaften

Die Gefahren der weiterschreitenden, allseitigen Aufrüstung mit Kernwaffen erfüllen die deutschen Physiker mit tiefer Besorgnis. Der Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften wendet sich deshalb erneut an die Öffentlichkeit mit der Feststellung, daß der kriegerische Einsatz dieser Waffen das Ende von Millionen Menschen und mörderische Verheerungen durch radioaktive Verseuchung unausweichlich nach sich ziehen wird.

Die Physiker, welche ihre Arbeit zum Wohl der Menschheit angewandt sehen wollen, wiederholen frühere Warnungen vor den Folgen des frevelhaften Mißbrauchs ihrer Forschungsergebnisse. Sie weisen mit allem Nachdruck darauf hin, daß nukleare Waffen Mittel allgemeiner, völkervernichtender Zerstörung sind, deren Gebrauch auch nicht beteiligte Völker den Schrecken des Strahlungstodes aussetzt.

Namens der 3000 von ihm vertretenen Physiker richtet deshalb der Verband Deutscher Physikalischer Gesellschaften nochmals an die Öffentlichkeit, insbesondere an die politisch Verantwortlichen in allen Regierungen und allen Parlamenten den dringenden Appell, die Bemühungen um friedliche Verständigung zwischen den Völkern mit allen Kräften und unablässig zu verstärken und das atomare Wettrüsten einschließlich der Kernwaffenversuche endlich einzustellen.

Essen, 4. Oktober 1958

Im Deutschen Senefelder-Bund erklärten sich 77,8 Prozent der Mitglieder notfalls auch zum Generalstreik bereit

Die erste Gewerkschaftsorganisation, die eine ordentliche Mitgliederbefragung über die atomare Aufrüstung und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen durchführte, ist der „Deutsche Senefelder-Bund". Auf dem 3. ordentlichen Verbandstag dieser Sondergewerkschaft, die ihre Bedeutung durch ihr Fachgebiet erhält — (Gewerkschaft Flachdruck, Chemiegraphie, Tiefdruckbildherstellung) — wurden die Stimmzettel dieser Umfrage durch einen eigens gebildeten „Kontrollrat" ausgezählt. Die Meinungsbefragung erfolgte durch Stimmzettel, die von den Vertrauensmännern der Gewerkschaft an die Mitglieder verteilt und dann in geschlossenem Umschlag über die Ortsvorstände an den Hauptvorstand weitergeleitet wurden. Die Auszählung auf dem diesjährigen Verbandstag in Bielefeld ergab folgendes Ergebnis: Auf die Frage: „Bist Du, Kollege, bereit, einen Generalstreik aller Schaffenden gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik aktiv zu unterstützen?" stimmten 77,8 Prozent dafür, 16,5 Prozent dagegen und 5,7 Prozent enthielten sich der Stimme. Die Frage, ob der DGB sich den Aktionen des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod" und der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung" anschließen soll, beantworteten 75,4 Prozent mit Ja.

IG Metall sucht erfolgreichen Weg im Atomkampf

Otto Brenner, der wiedergewählte und nunmehr alleinige Vorsitzende der IG Metall, sagte auf dem Kongreß seiner Organisation in Nürnberg Ende September:

„... Die IG Metall hat noch nie zu den Leisetretern gehört! Wir sind bereit, jedes erfolgversprechende demokratische Mittel zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung anzuwenden. Aber wir dürfen die Menschen, die an unseren festen Willen glauben, nicht enttäuschen. Wir müssen uns hüten, unsere Glaubwürdigkeit leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Darum müssen wir Klarheit schaffen über das, was wir wollen und tun können und uns die Konsequenzen vorher überlegen. — Man kann den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Das ist die Erkenntnis aus vielen Erfahrungen. — Die Frage, die wir alle uns heute stellen müssen, ist: Haben wir wirklich alles, aber auch alles getan, um aus der Aktion ‚Kampf dem Atomtod' die Volksbewegung zu machen, die Voraussetzung für den eventuellen Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel ist? Und werden wir die Kraft haben, die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik durch einen solchen Kampf zu verändern? — Mit anderen Worten: Ist die Situation für Aktionen reif? — Wenn sie es noch nicht ist, so müssen

wir die Bedingungen dafür schaffen. — Wir sollten uns aber hüten, die Gewerkschaften als die einzige gesellschaftspolitische Kraft in unserer Bundesrepublik hinzustellen. Kraft und Einfluß der politischen Parteien sind gerade in dieser Frage von entscheidender Bedeutung für die Möglichkeit einer gemeinsamen, erfolgreichen Aktion. Sie dürfen uns nicht im Stich lassen! Folgen aber die Menschen, die Wähler, nicht den politischen Parteien, dann können das die Gewerkschaften nicht ohne weiteres ausgleichen. Denn wir sind, wie ich schon sagte, kein Partei-Ersatz ..."

Die Formel von Scarborough: „Erst Entspannung, dann Wiedervereinigung"

Auf dem diesjährigen Parteikongreß in Scarborough entwickelten die Führer der englischen Labour-Party einen Plan für ihre künftige Europa- und Deutschland-Politik. Fritz von Globig berichtet darüber in der „Welt" 1958 Nr. 232 folgendermaßen:

Außenminister Bevan würde bei seinen ersten Besuchen in Washington und Paris erklären, daß (nach den Worten der in Scarborough verabschiedeten Resolution) „die Möglichkeit eines Konflikts in Zentral- und Osteuropa verringert werden muß, ohne das Gleichgewicht der militärischen Sicherheit zum Nachteil einer der beiden Seiten zu verändern." Der Nato-Rat würde eingeschaltet werden, und Ministerpräsident Gaitskell und Außenminister Bevan würden versuchen, die Zustimmung der übrigen verbündeten Regierungen zu folgender westlicher Verhandlungsposition für eine Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion zu erhalten:

1. Allmählicher Abzug unter wirksamer internationaler Kontrolle von allen ausländischen Streitkräften aus Ost- und Westdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.

2. Einrichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle für die Stärke und den Typ der für diese Länder vereinbarten nationalen Rüstung und bewaffneten Streitkräfte.

3. Deutsche Wiedervereinigung in einem Rahmen, der zwischen den vier Mächten (Großbritannien, Frankreich, USA, UdSSR) vereinbart und von ihnen garantiert werden müßte, einschließlich freier Wahlen, wobei die Wege und Mittel von den Deutschen selbst geregelt werden müßten.

4. Aushandlung eines von den vier Mächten unterstützten europäischen Sicherheitsvertrages, um die territoriale Unverletzlichkeit der Länder dieses Gebietes zu garantieren.

5. Austritt der Länder dieses Gebietes aus der Nato und dem Warschau-Pakt."

Ein amerikanischer Milliardär über Chruschtschows Friedenswillen

„Ich bin überzeugt davon, daß dieser Mann den Frieden wünscht." Diese Erklärung gab der amerikanische Milliardär Cyrus Eaton ab, der bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau eine längere Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow hatte. Eaton berichtet, Chruschtschow habe ihm erklärt, die Sowjets hätten so viel Zukunft, daß sie gar kein Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Westen haben könnten. Der sowjetische Parteichef und Ministerpräsident hatte in dem Gespräch mit Eaton u. a. gesagt:

„Wir können doch vor der Welt nur bestehen, wenn wir den Sozialismus zuerst und vor allem in unserem eigenen Lande verwirklichen. Bisher haben wir alle Anstrengungen darauf verwendet, eine Industrie aufzubauen, die es uns ermöglicht, von der übrigen Welt unabhängig zu sein und unser eigenes Wirtschaftssystem zu entwickeln, das der Bevölkerung Sicherheit und eine bessere Zukunft bringen wird. Nun fangen wir an, den Lebensstandard in der Sowjetunion, der bisher noch nicht auf die Höhe des Westens gebracht werden konnte (eben wegen unserer Aufbauarbeit in der Schwerindustrie), kräftig zu fördern. Das ist ein großes Programm, und es erfordert alle unsere Kräfte. Weshalb sollten wir unter diesen Umständen weiterhin so viel Geld für die Rüstung ausgeben? Wir sind dazu allerdings gezwungen, solange wir noch kein zuverlässiges Abrüstungssystem gefunden haben. Aber uns tut jeder Rubel weh, den wir für militärische Zwecke opfern müssen."

Chruschtschow sprach dann weiter von den Aufbauplänen der Sowjetunion; dabei verwies er u. a. auf ein „gigantisches Wohnungsbauprogramm", sprach von Verbesserungen in der Landwirtschaft und allgemein von den Problemen der Steigerung des Lebensstandards. Er sagte zu Eaton ungefähr noch folgendes: „Außerdem möchten wir für unsere Leute viele von den Dingen erreichen, die Ihre Leute in den USA schon haben: Automobile, Radios, Eisschränke usw. Es gibt soviel zu tun, daß wir weder Zeit noch Geld für militärische Operationen übrig haben."

„Agenten des Todes" nennt Präsident Sukarno die Wirtschaftsmanager der freien Welt in Asien

In einem Brief an die sozialistische Londoner Wochenzeitung „New Statesman and Nation" schrieb der indonesische Staatspräsident Achmed Sukarno Mitte September 1958: „Glauben Sie mir, daß wir die Manager der freien Wirtschaft in Asien nicht als Retter der Zivilisation oder als Männer der Zukunft betrachten. Wir betrachten sie als Agenten des Todes — unseres Todes ... Zweifellos gibt der Westen nunmehr die moralische Führung an Asien ab. Diese seine moralische Führung bedeutete für uns bislang den Kolonialismus. Das heutige nukleare Wettrüsten kommt dem philosophischen, moralischen, politischen und sozialen Bankrott gleich ... Sie im Westen tragen viel zur Verunreinigung der Menschen bei. Sie sind im Begriff, den Kampf um die Herzen und Hirne der Menschheit zu verlieren."

Bisher ernsteste amerikanische Kritik an Dulles

Am 11. und 12. Oktober d. J. beschäftigte sich der Politische Beirat der Demokratischen Partei mit der Außenpolitik von Eisenhower und Dulles. Der Beirat, dem u. a. der ehemalige amerikanische Präsident Truman, der zweimalige Präsidentschaftskandidat Stevenson und der Gouverneur von New York, Harriman, angehören, formulierte eine Erklärung, in der es heißt: „Dulles' Außenpolitik waren sechs Jahre führungsloses Hin und Her. Die Republikanische Regierung hat die Vereinigten Staaten an den Rand der Isolierung von ihren Alliierten und an den Rand eines Atomkrieges gebracht. An die Stelle der von Tag zu Tag wechselnden Launen von Außenminister Dulles werden endlich wieder geordnete und von der Bevölkerung unterstützte Regierungsmaßnahmen treten müssen."

Botschafter a. D. Prof. Ernst Meyer: Die leeren Stühle im Osten

Es ist zu vermeiden, daß eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion als eine antikommunistische Maßnahme mißdeutet werden kann. Leider wird solcher Mißdeutung von uns aus oft Vorschub geleistet. Es darf jedoch für uns nicht entscheidend sein, ob die Regierung eines Landes kommunistisch ist. Dies ist in erster und letzter Reihe eine Angelegenheit des betreffenden Landes ... Wir verurteilen, um das schlechte Wort zu gebrauchen, jede „indirekte Aggression", die gegen uns oder andere erfolgt. Wir müssen uns daher doppelt vor eigenen Handlungen hüten, die anderswo — wenn wir bei einem alten Wort bleiben wollen — als „Einmischung" in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten charakterisiert werden könnten ... Es wird nicht angezeigt sein, Beziehungen zu anderen Oststaaten, aber nicht gleichzeitig auch zu Polen aufzunehmen. Dies wäre eine Brüskierung unseres wesentlichsten östlichen Nachbarn und in gewissem Sinne auch eine Brüskierung Moskaus. Es ist hierbei auch nicht zu vergessen, daß der polnische Staat an der Austreibung von neun Millionen Deutschen aus Ostdeutschland im Ursprung weniger schuldig ist als einige Großmächte ... Es handelt sich, wie bereits angedeutet wurde, um eine außenpolitische, nicht um eine innenpolitische Sache. Danach sind Mitglieder des Bundeskabinetts, die nicht in erster Linie für Außenpolitik verantwortlich sind, nicht befugt, unverantwortliche Äußerungen zu machen. Außenpolitische Erklärungen abzugeben, mögen Außenminister oder Bundeskanzler berufen sein. Auch jeder einzelne Bürger wäre hierzu berufen. Äuße-

rungen eines Regierungsmitglieds über außenpolitische Fragen sind nicht statthaft ohne vorherige Sanktion der zuständigen Kabinettsmitglieder. Sonst leidet unsere Außenpolitik. In keiner Regierung der Welt gibt es mehrere Außenminister ... Das deutsche Problem, das Wiedervereinigungsproblem, auch das Oder-Neiße-Problem verlangen schon heute, auch wegen der polnischen Stimme im Rate der Völker, Beziehungen, außer von Volk zu Volk auch zu der polnischen Regierung. Und das eminent politisch veranlagte polnische Volk wird dies voll und ganz verstehen ... Es gibt in der Tat keine Fabel in unserem Vaterland, die nicht Gläubige zu finden vermöchte. So heißt es auch, daß vor einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen erst alle ernsten diplomatischen Konflikte bereinigt sein müßten ... Wir sollten auch nicht vergessen, daß seit Jahrhunderten alle diese Länder dem Deutschen Reich nahegestanden haben. Nicht immer zu dessen Schaden und nicht immer zu ihrem Schaden. Es läßt sich kaum leugnen, daß einst Deutschland, gewiß auch aus geographischen Gründen, eine Brücke jener Länder zum Norden, Süden und Westen war. Dies bedeutet nicht, daß wir etwa eine deutsche Politik, wie sie war, wieder aufnehmen wollten. Es bedeutet, daß wir die Aufgabe, Bindeglied zu sein, nicht vernachlässigen dürfen, sofern jene Völker und Staaten sie wünschen ... Lediglich Wirtschaftsbeziehungen aufzunehmen, erscheint auch aus praktischen Gründen abwegig. Nur wirtschaftliche Missionen verfehlen unter anderem auch deshalb ihren Zweck, weil ihre Leiter lediglich Zutritt zu den Wirtschaftsministerien, aber nicht zu den Auswärtigen Ämtern oder zum diplomatischen Korps besäßen ... Das völlige diplomatische Vakuum deutscherseits in jenen Räumen unmittelbar an deutschen Grenzen auf ungezählte Jahre hin — denn wer wollte sagen, wann sich die Zustände ändern werden — trägt etwas ungeheuer Gefährliches, etwas fast Unheimliches an sich. Das Vakuum fortbestehen zu lassen, bedeutet nicht mehr Außenpolitik. Es bedeutet Ersatz von Außenpolitik durch pseudopolitische Spekulation. (Die Welt — Nr. 225, 9/1958.)

Professor Hahn: „Der Appell der Göttinger Achtzehn bleibt gültig"

Auf der 100. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in Wiesbaden, auf der fünf Nobelpreisträger über die Ergebnisse ihrer Forschungen berichteten, erneuerte Prof. H a h n den Appell der Göttinger Achtzehn. Er sprach über „Die Geschichte der Uranspaltung und die aus dieser Entwicklung entspringenden Konsequenzen". Er sagte u. a.:

Immer wieder hören wir von Versuchen zur Einstellung der Bombentests, von geplanten Konferenzen über eine Rüstungsverminderung. Vielleicht führen sie auch einmal zu einem Ergebnis. Aber auf der anderen Seite lesen wir von den Plänen so mancher Länder, die nun auch ihre eigenen Atombomben herstellen wollen. Hätte es nicht genügt, wenn die USA und Rußland, vielleicht auch noch England, sich als gleichgefährliche und gleichgefährdete Gegner gegenüberständen und aus diesem Grunde einen Krieg verhindern könnten? Wo soll es hinführen, wenn in einer Reihe von Jahren alle möglichen, größeren und kleineren, verantwortungsvolle und verantwortungslose Machthaber auf den Knopf drücken können, was ihnen heute noch verwehrt ist? Ich kann nicht glauben, daß es bei dem lokalen, mit Atomwaffen geführten Kriege bei der neuerdings diskutierten „gestuften Abschreckung" bleibt. Ich fürchte, aus der gestuften Abschreckung wird eine allgemeine, wenn der Gegner sieht, daß er sonst nicht weiterkommt. Die achtzehn Atomphysiker bestehen auch heute noch auf ihrem Manifest vom Frühjahr vorigen Jahres, auf der Ablehnung einer Mitarbeit an Atomwaffenversuchen.

Die Wissenschaftler können nicht verhindern, was mit den Ergebnissen ihrer Forschung geschieht. Aber sie können doch immer wieder versuchen, friedliche Gespräche vor kriegerische Maßnahmen zu stellen. Heute haben wir die Wasserstoffbombe als das drohende Gespenst der explosiven Vereinigung von Wasserstoff in Helium. Aber unere Sonne zeigt uns ja etwas ganz anderes. Daß unsere Erde noch bewohnbar ist, daß sie nicht längst zu einem toten Steinhaufen erkaltet ist, verdanken wir der in der Sonne seit einigen Millionen Jahren vor sich gehenden geregelten Verschmelzung des Wasserstoffs in Helium, also dem Vorgang, um den sich unsere Wissenschaftler jetzt bemühen. Und unsere Kinder und Enkel — oder ihre Kinder und Enkel — werden den Prozeß gemeistert haben.

Dann bringen sie das, was die Sonne uns seit Milliarden Jahren geliefert hat, dann bringen sie die Sonne auf die Erde — wenn man ihnen ein Weiterleben auf der Erde gestattet . . ."

Bertrand Russell: Atomkrieg ist Tod der Menschheit

Im Deutschen Fernsehen gab der britische Nobelpreisträger Lord Russell ein Interview, aus dem ein Ausschnitt festgehalten zu werden verdient.

Frage: Es ist in der Öffentlichkeit so definiert worden, als seien Sie der Ansicht, „besser rot als tot". Trifft das zu? Lord Russell: Ja, das ist wahr, das ist meine Meinung. Wenn es jemals zu dieser Alternative käme, dann wäre das besser. Aber ich glaube, daß diese Alternative sich mit ein wenig Weisheit vermeiden läßt. Auf jeden Fall würde ich eine Welt unter dem Kommunismus einer Welt vorziehen, in der gar keine menschlichen Wesen mehr leben. Schließlich wäre es ja möglich, daß sich der Kommunismus bessert. Ich nenne das Beispiel der Mongolen, die ganz entsetzliche Leute waren. Dschinghis-Khan war furchtbar, doch sein Enkel Kublai-Khan war ein großartiger Kerl.

Frage: Lord Russell, Sie haben schon 1920, glaube ich, über den Bolschewismus ein Buch geschrieben und darin Ihre Ansicht sehr deutlich gesagt. Wie stehen Sie heute zum Kommunismus? Lord Russell: Meine Meinung ist heute die gleiche wie damals. Ich glaube, daß der Kommunismus tödlich für den menschlichen Geist ist, daß er viele Grausamkeiten mit sich bringt. Alles in allem ist der Kommunismus etwas, das ich überhaupt nicht mag. Aber ich bin der Meinung, daß eine kommunistische Welt mit der Zeit besser werden könnte, eine Welt, in der es kein menschliches Wesen mehr gibt, jedoch nicht.

Frage: Lord Russell, waren Sie nicht vor etwa 10 Jahren anderer Meinung, sagten Sie nicht, daß man eine Diktatur dieser Art, wie Sie sie eben auch wieder charakterisieren, die sowjetische, eben nur in Schach halten könne auch durch Macht? Wer hat recht, Bertrand Russell 1948 oder Bertrand Russell 1958? Oder haben beide zu ihrer Zeit recht? Lord Russell: Beide hatten wohl zu ihrer Zeit recht. Denken Sie daran: Rußland hatte noch keine Atombombe, als ich meine frühere Meinung äußerte. Damals, als Amerika noch allein nukleare Waffen hatte, machten die Amerikaner ein sehr großzügiges Angebot, den Baruch-Vorschlag: alle Atomwaffen sollten internationalisiert werden. Ich war der Meinung, daß Rußland den Vorschlag der Internationalisierung annehmen sollte. Damals war ich sogar bereit, Rußland einen Krieg anzudrohen, falls es diesen Vorschlag nicht annähme. Aber das war wie gesagt zu einer Zeit, als wir allein die Waffen hatten — eine Situation, die weit entfernt ist von der heutigen.

Frage: Glauben Sie, daß die einseitige Aufgabe der Atomwaffen wirklich verhindern würde, daß kleinere Nationen zu Atommächten werden? Aus rein moralischen Gründen zum Beispiel? Lord Russell: Nicht aus moralischen Gründen, nein. Aber was ich gern sähe, wäre ein Abkommen zwischen Amerika und Rußland, in dem beide sich verpflichten würden, keine andere Macht in den Besitz der Atombombe gelangen zu lassen. Sie könnten die anderen Länder auch ohne Kriegsdrohung, schon allein durch die Kontrolle des notwendigen Rohmaterials, ganz leicht daran hindern.

Bevan erklärt: „Atomrüstung ist unmoralisch"

Anläßlich der außenpolitischen Debatte des Jahreskongresses der Labour-Party bekannte sich Aneurin Bevan, der Außenminister im Schattenkabinett seiner Partei, zur unbedingten Beendigung der Atomwaffenversuche: „Ich, Aneurin Bevan, gelobe, daß eine Labour-Regierung sofort am Tage nach ihrem Antritt und ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Staaten alle Atomwaffenversuche einstellen wird. Denn es ist unmoralisch, die eigene Rüstung dadurch zu verstärken, daß man unschuldige Menschen vergiftet." Während der Rede Bevans senkte sich plötzlich von den Tribünen ein Banner auf die Versammlung herab mit der Aufschrift: „Wenn das Wettrüsten mit H-Bomben andauert, wird die Menschheit untergehen." Auf einer öffentlichen Versammlung während

des Parteikongresses in Scarborough erklärte Bevan: „Jedesmal wenn Herr Dulles spricht, läuft mir eine Gänsehaut über den Rücken. Dieser Mann besitzt eine gefährlich apokalyptische Schau der Weltlage und eine Einteilung der Welt in Gottesvölker auf der einen und Nationen des Teufels auf der andern Seite — im Munde eines Menschen ein sträflich hoffärtiges Urteil."

„Sterben für Quemoy?" — Ein nach wie vor aktuelles Briefduell zwischen Gaitskell und Macmillan

Gaitskell schrieb: „Die englische Regierung muß der amerikanischen klarmachen, daß wenn die amerikanischen Staaten in einem Krieg zur Verteidigung Quemoys verwickelt werden, Großbritannien sich nicht beteiligen werde. Besonders beunruhigt sind wir durch Berichte, daß die Vereinigten Staaten ernsthaft die Anwendung nuklearer Waffen gegen das chinesische Festland zur Verteidigung Quemoys erwägen . . . Während wir verstehen, daß normalerweise Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und unseren Alliierten nicht an die große Glocke gehängt werden sollten, halten wir doch die Lage für viel zu ernst, als daß diese Rücksicht entscheidend sein könnte. Es ist Tatsache, daß die öffentliche Meinung nicht nur in Großbritannien, sondern, wie wir glauben, in ganz Westeuropa einen Krieg wegen Quemoy völlig ablehnt."

Macmillan antwortete gewunden, „daß Washington weder um britische Unterstützung ersucht, noch ein britisches Versprechen erhalten habe . . ." Er fuhr fort: „Während es privat selbstverständlich zwischen Partnern ungehinderte Beratungen und aufrichtige Ratschläge geben muß, über die beste Art, eine besondere Frage zu behandeln, würden wir den Kommunisten in die Hände spielen, wenn wir uns gestatten, Schwierigkeiten, die wir gemeinsam zu überwinden hoffen, publik zu machen."

Der polnische Außenminister Rapacki warnt die Welt vor einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik

In der allgemeinen Debatte der UNO-Vollversammlung am 1. Oktober d. J. rief der polnische Außenminister Rapacki aus: „Die Ausstattung der deutschen Bundeswehr mit Atomwaffen stärkt in gefährlicher Weise die Kräfte des Revisionismus und Militarismus. Es ist gefährlich, Atomwaffen dem einzigen Lande Europas zu liefern, das territoriale Ansprüche gegen andere Staaten besitzt. Meine Regierung gibt darum den Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Europa nicht auf."

Einladung der norwegischen Regierung an Rapacki. Finn Moe, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des norwegischen Parlaments, sagt: „Rapacki gebührt der Nobelpreis"

Die norwegische Regierung Gerhardsen lud Ende September d. J. den polnischen Außenminister Rapacki für Anfang November oder einen anderen möglichst nahen Zeitpunkt nach Oslo ein. Sie brachte dabei zum Ausdruck, daß auch sie den Wunsch habe, den Entspannungsplan Rapackis für Europa erneut zu prüfen und nach Möglichkeit ihrer eigenen Friedensinitiative zugrunde zu legen. Ein wesentlicher Verfechter des Rapacki-Planes ist der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des norwegischen Storting, Finn Moe. Auf einer internationalen Tagung der Unabhängigen Norwegischen Gruppe, die sich zu den Friedensidealen Albert Schweitzers bekennt, sagte Finn Moe am 19. September:

„Ich bin nach wie vor der festen Ansicht, daß der Plan des polnischen Außenministers Rapacki einem eigenen echten Friedenswunsch der polnischen Regierung entsprungen ist. Keineswegs ist es so, wie man im Westen allzugern aus Bequemlichkeitsgründen anzunehmen bereit ist, daß mit dem Rapackiplan ein ferngesteuerter Versuch Moskaus vorliegt. Der Fehler des Westens ist es vor allem, diesen Plan zu einseitig von strategischen

und rein militärischen Gesichtspunkten zu sehen. Ich halte dies persönlich für einen großen Fehler; zumindest sollte man im Westen den Mut haben, die Möglichkeiten und Chancen des Planes einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa zu diskutieren, um darüber hinaus mit dem Osten überhaupt im Gespräch zu bleiben."
Zugleich schrieb Finn Moe in den „Oslo Tidningen" vom 30. 9. 58, „dem polnischen Sozialisten Rapacki gebührt der nächste Nobelpreis, weil er den Kampf für die Verständigung und gegen den Krieg nicht aufgegeben hat".

Das UNO-Gutachten über die atomaren Strahlungsschäden läßt nur den Schluß zu, daß eine weitere Fortsetzung der Atomwaffenversuche schwere Schädigungen der Menschheit mit sich bringen muß

Der „Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen über die Wirkung atomarer Strahlung", der der UNO-Generalversammlung im Herbst d. J. vorliegt, (unter der Bezeichnung „Offizielle Berichte, 13. Sitzung, Fortsetzung Nr. 17 — A/3838") breitet umfassendes Material über die biologischen und insbesondere auch die genetischen Auswirkungen von Strahlungsschäden aus. In Kapitel VII, Absatz III, Abschnitt 54 heißt es unter „Allgemeine Schlußfolgerungen": „Der Ausschuß zieht den Schluß, daß alle Schritte, die dazu bestimmt sind, die Bestrahlung der menschlichen Bevölkerung zu verringern, der menschlichen Gesundheit zugute kommen werden. Hierzu gehört es einerseits, eine unnötige Strahlenbelastung bei medizinischen, industriellen und sonstigen Maßnahmen zur friedlichen Nutzung zu vermeiden und andererseits die Kontamination der Umwelt durch Explosionen von Kernwaffen zu beenden."

Schon die kleinen Atombomben von Hiroshima und Nagasaki verursachten Erbschäden über Generationen hin

Der Bericht der Japan-Delegation der Städte Frankfurt/M., Offenbach/M. und Gießen wird in Kürze veröffentlicht werden. Unter Federführung von Professor Dr. Kaplan, Ordinarius der Genetik an der Universität Frankfurt/M., sind die Ergebnisse der Japan-Delegation der Städte Frankfurt/M., Offenbach/M. und Gießen beim Besuch insbesondere von Hiroshima und Nagasaki inzwischen bearbeitet und zur Publikation vorbereitet worden. Dabei wirkten auch mit: Prof. Dr. med. Schubring, Dekan der Medizinischen Fakultät Gießen, der Röntgenologe Dr. P. Zacharias, Frankfurt/M., und Medizinalrat Dr. H. Schmidt, Sprendlingen b. Frankfurt/M., sowie Pfarrer Dr. Berger, Frankfurt/M., Stadtrat Dr. P. Gläss, Frankfurt/M., Professor Dr. Eugen Kogon, Technische Hochschule Darmstadt, und Pfarrer Kratz, Offenbach/M. Professor Dr. Kaplan schließt das Gutachten mit einer „Zahlenbilanz der Atombombenschäden in Hiroshima und Nagasaki" ab. Am Ende eingehender exakt wissenschaftlicher Untersuchungen heißt es u. a.: „Wahrscheinlich haben die Überlebenden sogar erhebliche Erbschäden in ihren Keimzellen davongetragen. Die bisherigen Berechnungen haben ergeben, daß aller Voraussicht nach bei jeder zweiten Keimzelle eine kritische Mutation eingetreten ist. Bei einem nicht unwesentlichen Teil der Geburten muß das zu Erbkrankheiten verschiedener Art führen, die allerdings erst in späteren Generationen erkennbar werden können . . . Die Bombardierung der beiden japanischen Städte wird voraussichtlich noch bis in ferne Generationen für das zusätzliche Auftreten vieler Erbkrankheiten verantwortlich sein."

Drei schreckliche Nachrichten: Taktische Atomwaffen perfekt — Atombombenangriff auf Rußland schon bei der Libanon-Landung einkalkuliert — Warn-Atombombe vor Hiroshima und Nagasaki absichtlich unterlassen

Anfang Oktober wurde die Weltöffentlichkeit durch drei „amtliche Informationen" erschreckt. Teller, der Chef der Atomwaffenversuche des USA-Verteidigungsministeriums, erklärte, daß die taktischen Atomwaffen nunmehr durchkonstruiert und so perfekt seien, daß sie bis in die untersten Einheiten der amerikanischen Streitkräfte eingesetzt werden könnten. — Kingsbury Smith, Vizepräsident der UPI, erklärte auf

Grund von zuverlässigen Informationen, „daß bereits bei der Libanon-Landung alle Vorbereitungen getroffen gewesen wären, 20 sowjetrussische Städte durch einen nuklearen Angriff auszulöschen, falls die Sowjetunion damals Abwehrmaßnahmen zugunsten der libanesischen Aufstandsbewegung getroffen hätten." — In der Oktober-Ausgabe des Magazins „Look" berichtet der ehemalige Außenminister Byrnes, „der Abwurf einer Warn-Atombombe auf einer abgelegenen Insel im Beisein von internationalen, auch japanischen Beobachtern, die eigentlich den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki vorausgehen sollte, ist damals durch Präsident Truman ausdrücklich abgelehnt worden. Einziger Grund für diese Haltung ist gewesen, daß man auf Grund eines Gutachtens von Sachverständigen befürchtet hat, die Warn-Atombombe könne sich möglicherweise nicht entladen und der gewünschte Effekt auf Japan würde infolgedessen nicht eintreten."

„Wir widerstehen jeder Verharmlosung des Atomwaffenproblems!"

Dr. Elisabet Heimpel, die Frau des Direktors des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen, hat am 26. September im Namen von 18 463 Frauen in der Bundesrepublik dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, eine Erklärung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr übermittelt. In dieser Erklärung heißt es: „Wir erklären unsere Zustimmung zu der Rede Albert Schweitzers und zu der Göttinger Erklärung der westdeutschen Atomphysiker, in Deutschland keine atomare Waffen, welcher Art auch immer, zu haben, und wir erklären uns bereit, für diesen Gewissensentscheid überall und jederzeit einzutreten und jeder Verharmlosung des Atomwaffenproblemes zu widerstehen."

Zu den Unterzeichnerinnen dieser Petition gehören unter anderen Gertrud von le Fort, Luise Orff-Rinser und Ina Seidel.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.